



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

DIE TÜRKEI

&

IHRE BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Verfasser:

BIROL YILMAZ

angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich

Diese Diplomarbeit möchte ich
meinen Eltern Faruk - Döndü
und den im Philiphof verstorbenen Kindern und Frauen
widmen.

Herzlichen Dank an meine Eltern!

Vor allem danke ich
Prof. Dr. Hans Georg Heinrich,
der mich bei dieser Arbeit betreut und unterstützt hat.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	8
EINLEITUNG	9
1. Begriffsklärung.....	10
1.1. Integration als gemeinsame politische Entscheidungsfindung.....	10
2. Integrationstheorien.....	11
2.1. Föderalismus: „The federal idea of Europe“	12
2.2. Funktionalismus: "form follows function"	14
2.3. Neofunktionalismus: "spill over" und "spill backs"	15
2.4. Intergouvernementalismus	17
2.5. Zusammenfassung	18
I. DIE EUROPÄISCHE UNION	22
1.1. Gründungsziele der EU	22
1.2. Die Entstehungsgeschichte der EU	24
1.2.1. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	24
1.2.2. Die Römischen Verträge	25
1.2.3. Fusionsvertrag	27

1.2.4. Die einheitliche europäische Akte.....	27
1.2.5. Der Vertrag von Maastricht.....	29
1.2.6. Der Vertrag von Amsterdam	30
1.2.7. Der Vertrag von Nizza	31
1.2.8. Kopenhagener Kriterien – Beitrittskriterien der Europäischen Union.....	33
1.3. Die Europäischen Institutionen	34
II. DIE ASSOZIATION ZWISCHEN DER TÜRKEI UND DER EUROPÄISCHEN UNION	36
2.1. Historischer Rückblick.....	36
2.1.1. Abkommen von Ankara	36
2.1.1.1. Das Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara.....	38
2.1.2. Die Zollunion	40
2.1.2.1. Was bedeutet diese Zollunion?	40
2.1.2.2. Die Bedeutung der Zoll-Union bis heute	42
2.1.2.3. Die Zollunion als logische Konsequenz der türkischen Geschichte	43
2.1.2.4. Die Aufhebung der Zollltarife.....	44
2.2. Bewerbung der Türkei um Vollmitgliedschaft im Jahr 1987.....	45
2.3. Die Türkei als Beitrittskandidat	45
2.4. Das Türkische Nationalprogramm	46
III. HAUPTPROBLEME D. TÜRKEI AUF DEM WEG ZUR EU	47

3.1. Arbeitslosigkeit	47
3.2. Minderheiten in der Türkei	49
3.3. Zypern Konflikt und der Annan Plan.....	51
3.3.1. Einige Fakten zum Zypern-Konflikt	52
3.4. Armenier-Konflikt.....	54
3.5. Ägäischer Konflikt mit Griechenland	56
3.6. Die Kurdenfrage	57
3.6.1. Kurdische Aufstände	58
3.6.2. Das Recht, die PKK zu "vernichten".....	63
3.6.3. Eskalation provoziert.....	63
3.6.3.1. General Doğan Güreş	64
3.6.3.2. General Hilmi Özkök	64
3.6.3.3. General Aytaç Yalman	65
3.6.3.4. General İsmail Hakkı Karadayı.....	65
3.6.3.5. General Kenan Evren	66
3.6.3.6. General Necati Özgen	66
3.6.3.7. General Hasan Kundakçı.....	66
3.6.3.8. General Altay Tokat	67
3.6.3.9. Präsident Süleyman Demirel.....	67

3.6.3.10. General İlker Başbuğ.....	67
3.7. Terror und die Fakten in der Türkei	69
IV. DIE ANSICHTEN DER EU-STAAATEN ZUR VOLLMITGLIEDSCHAFT DER TÜRKEI	70
4.1. Die Argumente der EU-Staaten für eine Vollmitgliedschaft der Türkei	70
4.1.1. Militärische Bedeutung der Türkei	70
4.1.2. die Türkei als Energie-Transitland.....	71
4.1.3. Die Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten.....	73
4.1.4. Die geografische Lage der Türkei.....	74
4.1.5. Vermittlerrolle der Türkei	74
4.1.6. Wirtschaftliche Vorteile	75
4.2. Die Argumente der EU-Staaten gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei.....	79
4.2.1. Kultur und Religion.....	79
4.2.2. Die Grenzen der Türkei.....	81
4.2.3. Wirtschaftliche Probleme.....	82
4.2.4. Ansturm der türkischen Bevölkerung durch Öffnung der Grenzen	86
4.2.5. Auswirkungen auf den EU-Haushalt.....	87
4.2.6. Die Bevölkerungszahl der Türkei und ihre Kompetenzen im EU-Gremium.....	88
4.2.7. Die EU-Bevölkerung ist dagegen.....	89
4.2.8. Vorposten des Westens	90

4.2.9. Keine gemeinsame Sprache	90
4.2.10. Teure Landwirtschaft	90
4.2.11. Sonderstatus	91
4.2.12. Türkische Gegenargumente.....	93
4.2.13. Heuchelei.....	94
4.2.14. Vermittler im Nahen Osten	94
4.2.15. Heute offen muslimisch	95
4.2.16. Kein Problem für die Briten	95
4.2.17. Gegenmittel Agrarreform.....	95
4.2.18. Dehnbare Strukturen	95
V. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSWORT	97
VI. LITERATURVERZEICHNIS	100
ANHANG.....	105

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer dreijährigen, schwierigen und ermüdenden Arbeit. Diese Zeit war geprägt von vielen negativen und behindernden Geschehnissen. Trotz dieser Hindernisse ist die Arbeit das positive Ergebnis meiner Bemühungen. In der Arbeit werden die EU und die Türkei analysiert. Bei der Analyse der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU werden die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Aspekte berücksichtigt. Alle Faktoren wurden aus der politischen Perspektive untersucht, da der politische Aspekt die Grundstruktur bildet und als zentraler Punkt für die Problemstellung anzusehen ist. Es wird erhofft, mit dieser Arbeit Wissenschaftlern und interessierten Lesern die komplizierten Beziehungen näherzubringen.

EINLEITUNG

In meiner Arbeit werde ich den möglichen Beitritt der Türkei zur EU behandeln. Die Ausgangslage für die Untersuchungen schildert sich wie folgt. Die Europäische Union hat das erklärte Ziel, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im europäischen Raum zu fördern. Die Untersuchung ist gestützt auf die neofunktionalistische Integrationstheorie, die 1968 erstmals von Ernst Haas formuliert und 1971 von Philippe Schmitter überarbeitet und erweitert wurde. Im Sinne von Klaus Buschs Neuformulierung der Theorie werde ich Elemente des Drei-Vektoren-Modells der Integration anwenden.

Die Forderung an die europäische Integration ist damals wie heute ein heiß diskutiertes Thema. Antworten auf die Frage, welche Aufgaben die Europäische Union im Zuge der Integration erfüllen muss, suchen nicht nur Politiker wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger oder Winston Churchill. Doch bevor es möglich ist, Ziele zu erkennen und zu formulieren, muss man zumindest eine Vorstellung davon haben, wie eine europäische Integration zustande kommen und funktionieren kann. Darüber haben sich Vertreter verschiedener Theorierichtungen wie Hans J. Morgenthau oder David Mitrany Gedanken gemacht und mit ihren Schriften zur politischen Diskussion beigetragen.

Die "Blütezeit" der daraus entstandenen Schulen erstreckt sich von Mitte der 1940er Jahre bis in die 1970er Jahre hinein. Doch da es im Zusammenhang mit der europäischen Integration um die großen Themen des 20. Jahrhunderts wie Krieg und Frieden, Souveränität oder Staatenbildung geht, lohnt es sich, die Theorien der europäischen Integration näher zu untersuchen und sie auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. Hierfür ist jedoch die eindeutige Definition der Begriffe "Theorie" und "europäische Integration" vonnöten, da ihre Bedeutungen im politischen Zusammenhang noch differenzierter als im alltäglichen Gebrauch zu verstehen sind. Im Hauptteil werden die drei wesentlichen Theorie-Richtungen, nämlich der Realismus aus der ökonomischen Theorietradition und aus der soziologischen der Funktionalismus und der Föderalismus vorgestellt.¹

¹ Sonja Breining Theorien der Europäischen Integration, 2000, S. 1.

1. Begriffsklärung

Der Begriff Integration ist sehr umfassend, er wird im täglichen Gespräch immer vielseitig und unterschiedlich angewendet. Dadurch ist es notwendig, auch diesen Terminus genau zu definieren und abzugrenzen.

Der Begriff Integration bedeutet Herstellung eines Ganzen, Zusammenhang oder Vereinigung. Im Hinblick auf den politischen Bereich unterscheidet Freitag drei wesentliche Dimensionen: 1. Integration als gemeinsame politische Entscheidungsfindung (institutionelle Dimension), 2. Integration als gemeinsames Bewusstsein (sozialpsychologische Dimension), 3. Integration als gesellschaftliche Verflechtung.

Die Entwicklung der Integration kann durch Beobachtung verfolgt werden. Diese Art des Abgrenzungsversuchs des Integrationsprozesses eignet sich deshalb nach Frei gut für politische Gemeinschaften.

1.1. Integration als gemeinsame politische Entscheidungsfindung

Eine Gemeinschaft kann sich dann als integriert bezeichnen, wenn wichtige Aufgaben und Positionen durch die einzelnen Mitglieder ausgeübt werden und sich Aktionen auf eine gemeinschaftliche Ebene verlagern. Auf europäischer Ebene finden gemeinschaftliche Entscheidungsfindungen statt; es gibt aber auch Bereiche, wo diese ausgeklammert sind. Zwei Beispiele für gemeinschaftliche Entscheidungsfindungen sind die Verteidigungspolitik und die Agrarpolitik.

Eine supranationale Integration ist erst dann möglich, wenn die Organe der Gemeinschaft Beschlüsse fassen, die dann auch für alle Mitglieder Gültigkeit haben. Ein Integrationsprozess ist dann schon weiter fortgeschritten, wenn eben diese Entscheidungen durch einen einfachen Mehrheitsbeschluss entstehen. Hingegen befindet sich der Integrationsprozess auf einer noch sehr niedrigen Stufe, wenn jedes einzelne Mitglied ein Vetorecht besitzt und die Entscheidung

daher einstimmig vorgenommen werden muss, da dann die Integration langsamer vonstatten gehen kann.²

2. Integrationstheorien

An dieser Stelle möchte ich die verschiedenen Ansätze einmal näher beleuchten, die sich darum bemühen, das Phänomen von Integration zu erklären. Die integrationstheoretische Diskussion lässt sich als eine immer wieder neu formulierte Antwort der Scientific Community auf außerwissenschaftliche Entwicklungen auffassen.

Nachdem der übersteigerte Nationalismus nicht nur den europäischen Völkern unsägliches Leid beschert hatte, stand am Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst einmal die Frage im Vordergrund, wie der Nationalstaat überwunden und friedvolle Kooperation gewährleistet werden könne.³ Mit diesen Leitthemen setzen sich Föderalismus, Funktionalismus sowie der Neofunktionalismus auseinander. Zum einen stark normativ geprägt, zum anderen empirisch.⁴ Zu Beginn der 1960er Jahre reagierte die Forschungsgemeinschaft intern auf die Thesen des Neofunktionalismus.

Mitte der 1970er Jahre scheint das theoretische Interesse an der europäischen Integration ein wenig nachzulassen. Dies liegt zum einen sicherlich an der Stagnation ihrer Entwicklung in diesem Zeitraum, zum anderen aber auch am Aufkommen des Interdependenz-Paradigmas innerhalb der internationalen Beziehungen.

Die Mitte der 1980er Jahre einsetzende europäische Reformdiskussion schlägt sich dann jedoch auch theoretisch nieder: Bestehende theoretische Konzeptionen werden modifiziert und weiterentwickelt (wie beispielsweise der intergouvernementalistische Ansatz zum Liberalen Intergouvernementalismus).⁵ **(Kapital I)**

² Christoph Themel, Zur Problematik der PR-Maßnahmen der ungarischen Regierung vor und nach dem EU-Plebiszit, 2005, S. 6.

³ Dr. Christoph Themel: (<http://www.grin.com/de/preview/42377.html>) Integrationstheorien der Europäischen Union. Wien 2005, S. 5.

⁴ Tayyar Ari: Die internationale Beziehungen und die Theorien. Bursa 2002, S. 446.

⁵ Sebastian Wiesnet: Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus – Zwei Integrationstheorien im Vergleich. Bamberg 2003, S. 7.

Zu Beginn der 1990er Jahre setzt dann allmählich ein grundlegender Perspektivenwechsel ein: Die Europäische Union, so wird nun argumentiert, sei ein eigenständiges Gebilde mit spezifischen Merkmalen. Ansätze aus der Policy-Netzwerkanalyse werden für die Analyse und theoretische Interpretation der EU fruchtbar gemacht, von Formen des „Governance“ ist die Rede.

All diese verschiedenen Theorieansätze sollen nun zumindest ansatzweise skizziert werden.

2.1. Föderalismus: „The federal idea of Europe“

Föderalismus zielt darauf ab, eine gewisse Einheit mit einer gewissen Vielfalt zu verbinden. Föderalisten beharren darauf, dass die Europäische Union durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden sollte, nicht durch die Diplomaten, sondern durch die Direktwahl zu einer europäischen verfassungsgebenden Versammlung, über deren Verfassungsvorschlag durch Volksabstimmungen zu entscheiden ist.⁶

Die föderalistische Denkrichtung gilt als eine der ältesten kooperations- beziehungsweise integrationstheoretischen Ausrichtungen und erlebte im Laufe der europäischen Einigung – vom Haager Kongress bis hin zur berühmten Fischer-Rede – immer wieder auch eine erhebliche Praxisrelevanz. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Denkrichtungen hat der Föderalismus ein klares Integrationsziel vor Augen: den föderal organisierten, supranationalen Staat.

Die staatliche Ausgestaltung der sogenannten "Finalität" des Integrationsprozesses zeichnet sich beim Föderalismus im Wesentlichen durch folgende Merkmale aus. ein effektives Gewaltmonopol und ein Entscheidungszentrum, welches die Allokation und Verteilung von Ressourcen übernimmt und gleichzeitig den dominierenden Schwerpunkt politischer Identifikation und Orientierung für den Bürger darstellt. Der föderalistischen Auffassung zur

⁶ Gellner: Alternativen zum Prozess der europäischen Integration.

http://72.14.203.104/search?q=cache:jCQjctfu414J:www.phil.unipassau.de/politik/_ss05/gellner/euro/050705_alternativen_zum_prozess_der_integration.pdf+F%C3%B6deralismus:+%22function+follows+form&hl=de&gl=at&ct=clnk&cd=16, aktualisiert 05.07.2005.

Folge sind Frieden und Sicherheit allein durch die Umwandlung des internationalen Systems im eben angedeuteten Sinne zu erreichen.

Integration stellt sich demnach als eine originär politische Angelegenheit dar und bedarf der bewussten Entscheidung politischer Eliten und deren Unterstützung durch Massenbewegungen innerhalb der am Integrationsprozess beteiligten Gesellschaften. Das föderalistische Integrationskonzept lässt sich somit auf die Formel "function follows form" zuspitzen: Zuerst die Schaffung eines institutionellen Rahmens (Verfassungen, supranationale Körperschaften; Kapitel I), dem in einem zweiten Schritt die Ausfüllung mit politischen Inhalten und Funktionen folgt.⁷

2.1.1. Normative Elemente oder Tugendkatalog des Föderalismus

Nachdem Föderalismus als Struktur- und Organisationsprinzip verstanden wird, sind damit eine Reihe von Erwartungen und Leitbildern verknüpft, die auch als „Tugendkatalog“ bezeichnet werden.

- der Föderalismus ermöglicht den Problemen angemessene, effektive und effiziente Lösungen, weil sie durch mit den Gegebenheiten vor Ort Vertraute gefunden werden, und ist damit der politischen Steuerung durch eine ferne Zentrale überlegen.
- In einem föderalen System sollen dieser Zentrale nur die Aufgaben übertragen werden, die diese im Sinne des Subsidiaritätsprinzips wirklich besser als die nachgeordneten politischen Ebenen erfüllen können.
- Der Föderalismus bietet ein zusätzliches Instrument der politischen Gewaltenteilung und der „checks and balances“, in dem er den Bürgern eigenständige und zudem vertraute Möglichkeiten der demokratischen Partizipation bietet.
- Föderalismus bietet auch größten Schutz von Minderheiten, seien diese nun politischen, religiösen oder ethnischen Ursprungs, da der Föderalismus den Status von Minderheiten in der politischen Gemeinschaft anerkennt.

⁷ Prof. Dr. Cord Jakobeit: Theorien der Europäischen Integration. Hamburg 2004.
<http://72.14.203.104/search?q=cache:7qjFNSLzMe8J:www.sozialwiss.uni-hamburg.de/lpw/personal/vorlesungEUTheorien103.rtf+F%C3%B6deralismus:+%22function+follows+form&hl=de&gl=at&ct=clnk&cd=19>

- Föderalismus soll und kann den kreativen Wettbewerb um die sog. „beste“ Lösung eines Problems fördern.
- Vor allem aber bietet der Föderalismus in heterogenen Gesellschaften, wie Europa, ein Lösungsmodell an, um Teilgesellschaften in einem größeren System zu integrieren, ohne dass die Subsysteme dafür ihre Identität aufgeben müssen.

In der Europäischen Union wurde in den 1990er Jahren das Wort „föderal“ aus der Vertragspräambel genommen, da vor allem der damalige britische Premierminister diese Formulierung aus innenpolitischen Gründen ablehnte. Gerade aber in der europapolitischen Debatte seit dieser Zeit, wo sich eine immer breitere Skepsis gegenüber Europa breit machte, gewann die Föderalismusdebatte im Umfeld der Verträge von Maastricht und Amsterdam (**Kapital I**) neuen Aufwind.

Zusammenfassend lässt sich über diese Theorie sagen, dass der Föderalismus als Theorie wie auch als politisches Leitbild nicht nur die Vor- und Frühgeschichte der europäischen Einigung geprägt haben, sondern auch Jahrzehnte später noch ein wichtiges Paradigma zur Beschreibung des „europäischen Sonderwegs“ und der wissenschaftlichen Analyse der EU darstellt.⁸

2.2. Funktionalismus: "form follows function"

Der Funktionalismus internationaler Beziehungen ist eine Theorie innerhalb der internationalen Politik, nach der das Zusammenwachsen von Staaten bzw. die Aufgabe staatlicher Souveränität zugunsten überstaatlicher Institutionen funktioniert. Dabei werden einzelne Politikbereiche schrittweise – unter anderem über internationale Abkommen – miteinander verschmolzen. Dies zieht ähnliche Prozesse in anderen Politikbereichen nach sich und führt zur Bildung gemeinsamer politischer Institutionen (siehe **z. B. Türkei-EU-Beziehungen Kapital II**)

⁸ Christoph Themel, Zur Problematik der PR-Maßnahmen der ungarischen Regierung vor und nach dem EU-Plebiszit, 2005, S. 7.

Obwohl auch beim Funktionalismus die Überwindung des als ineffizient und – nach den Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges – sogar als gefährlich geltenden Nationalstaates im Mittelpunkt steht, unterscheidet sich dieser theoretische Ansatz dennoch grundlegend vom Föderalismus.

Den wohl bekanntesten Ansatz dieser Denkrichtung entwarf David Mitrany in seinem Buch "A Working Peace System" von 1943. Mitrany geht davon aus, dass moderne Industriegesellschaften nur zusammenwachsen können, wenn zunächst einzelne Funktionsbereiche (wie Verkehr, Kohle oder Stahl) verschmelzen würden. Allmählich werde sich dann ein Netzwerk internationaler, funktionsspezifischer Organisationen herausbilden, deren Leistungen von den Bevölkerungen immer mehr anerkannt würden. Diese Form der Kooperation werde dann auch auf andere Bereiche überspringen und letztlich zu einer Erosion des Nationalstaates führen.⁹ (**Kapital II**)

Der Integrationsansatz des Funktionalismus lässt sich daher mit der Formel "form follows function" zusammenfassen: Die Erfüllung funktionsspezifischer Aufgaben benötigt institutionalisierte Formen der Kooperation. Erwähnenswert ist noch, dass sich Funktionalisten strikt gegen Formen regional begrenzter Integration (wie es beispielsweise bei der Europäischen Union der Fall ist) aussprechen, da sie die das internationale System belastende politische Spaltung nur noch verstärken. Für sie kommen lediglich globale Lösungen infrage.¹⁰

2.3. Neofunktionalismus: "spill over" und "spill backs"

Aufgrund einer Analyse des Integrationsprozesses der Montanunion führte Ernst B. Haas eine Revision des Funktionalismus durch. Denn Haas kam bei seinen Untersuchungen zu dem Schluss, dass Integration vor allem von den Interaktionen wichtiger politischer Akteure (zum Beispiel Verbände, Parteien oder Regierungen) (**Kapital II**) abhängig sei. Ihre Integrationsbejahung wachse seiner Auffassung nach mit dem zunehmenden Erfolg des Integrationsprozesses.

⁹ Dougherty/Pfaltzgraff: Funktionalismus und Integration. 1990, S. 432.

¹⁰ Tayyar Ari: Die internationale Beziehungen und die Theorien. Bursa, 2002. S. 449.

Von grundsätzlicher Bedeutung seien zudem die zur Organisation der Zusammenarbeit neu geschaffenen supranationalen Institutionen. In ihnen sieht Haas nicht die klassische internationale Organisation, sondern einen embryonalen supranationalen Staat. Mögliche Integrationsrückschritte könnten durch die Initiativfunktion dieser Instanzen verhindert werden, so dass längerfristig auf jeden Fall ein sogenannter spill over-Effekt eintrete.

Spill over bedeutet, dass bereits vorhandene Integration in einem unpolitisch-technischen Bereich auf den politischen Bereich überspringt und diesen in den Integrationsprozess hineinzieht. Diese Deutung des Integrationsprozesses wird daher oft auch als "Monnet-Methode" bezeichnet, benannt nach dem ersten Präsidenten der durch den EGKS-Vertrag geschaffenen supranationalen Hohen Behörde. Es zeigte sich jedoch schon bald beim europäischen Integrationsprozess, dass beispielsweise charismatische Führungspersönlichkeiten, wie De Gaulle sehr wohl auch schwerwiegende Integrationsrückschläge hervorrufen können.¹¹

2.3.1. Normative Elemente der Theorie

Nach der Überzeugung von Haas ist der Nationalstaat und der damit verbundene Nationalismus die zentrale Gefahr für Frieden und Menschenrechte. Die Einhegung und Überwindung nationaler Staatlichkeit mittels regionaler und internationaler Kooperation stellte daher für ihn die zentrale Aufgabe dar. Eine auf pluralistischen Interessenwettbewerb aufgebaute Mehrebenenkonstellation bot für Haas die beste Gewähr dafür, dass nicht auf Grund nationalistischer Interessen und Parolen ein dritter Weltkrieg vom Zaun gebrochen werden kann.

Somit können auch bei ihm normative Elemente gesehen werden: Regionale Integration und internationale Kooperation sind gut, die Einhegung der Nationalstaaten ist dringend notwendig, der Nationalismus hat sich nicht nur überlebt, sondern vollständig desavouiert, und die europäische Einigung ist ein Vorbild für regionale Kooperationen in der Welt.

¹¹ Konzelmann, Thomas: Integrationstheorien – Neofunktionalismus. Stuttgart, 2005.

2.4. Intergouvernementalismus

Nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich allmählich die Auffassung durch, dass Erfolg eines friedlichen Europas und einer europäischen Integration nur durch die Einhegung, oder krasser ausgedrückt, nur durch die Überwindung des Nationalstaates erreicht werden kann. In den 1960er Jahren wurde die Annahme einer sukzessiven Vergemeinschaftung politischer Kompetenzen dann jedoch durch den Intergouvernementalismus in Frage gestellt. Die Beiträge nach Stanley Hoffmann, der in diesem Kapitel im Zentrum stehen wird, waren insofern bahnbrechend, als dieser erstmals eine realistisch inspirierende Theorie der europäischen Integration entwickelte.

Die Grundaussage nach Hoffmann lautete dabei, dass die Nationalstaaten nach wie vor die zentralen Basiseinheiten der europäischen Integration darstellen und die Gemeinschaftspolitik vor allem durch die nationalen Regierungen bestimmt wird.

Als zentraler Gegenpol zum neo-funktionalistischen Paradigma traf der Intergouvernementalismus offenkundig den Nerv der damaligen Zeit. In der politischen Öffentlichkeit wie auch in den wissenschaftlichen Diskussionen wurde verstärkt zur Kenntnis genommen, dass die zwischenstaatlichen Konflikte in der Gemeinschaft nicht einfach abnahmen, sondern sich sogar verschärft artikulierten: Verteidigungspolitisch drängte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle – im Unterschied zu den anderen Mitgliedsstaaten – darauf, ein westeuropäisches Gegengewicht zur US-Dominanz in der NATO zu schaffen. Die Etablierung der Gemeinsamen Agrarpolitik konnte nur allmählich im Rahmen harter und zäher Verhandlungen realisiert werden. Gleichzeitig wurden die Aufnahmeanträge Großbritanniens vonseiten der französischen Regierung mehrfach abgewiesen. Zudem wurde im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der vorgesehene Übergang vom Prinzip der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen durch die „Politik des leeren Stuhls“ von de Gaulle und den „Luxemburger Kompromiss“ faktisch hinausgezögert.

2.4.1. Das intergouvernementale Paradigma europäischer Integration

In den meisten Überblicksdarstellungen des Verlaufs der integrationstheoretischen Diskussion wird der Intergouvernementalismus in erster Linie als Antipode zum Neo-Funktionalismus

nach Haas gesehen. Hoffmann erschien die neo-funktionalistische Analyseperspektive vor allem aus zwei Gründen als problematisch: Erstens war sie viel zu formalistisch angelegt und zweitens unterschätzte sie nicht nur die weltpolitischen Einflüsse auf die europäische Integration, sondern auch die nach wie vor bestehenden – sozialen, kulturellen und politisch-normativen – Differenzen zwischen den westeuropäischen Nationalstaaten. Ausgehend von diesen Beobachtungen wurden die neo-funktionalistischen Grundannahmen über die Triebkräfte, die Dynamik und die Perspektiven der europäischen Integration daher substanziell infrage gestellt. Er meinte auch, dass auch gut zwanzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg keine gemeinsamen Vorstellungen über die Finalität der europäischen Integration existieren.

Im Gegenzug dazu plädierte Hoffmann dafür, die weltpolitischen und gesellschaftlichen Grundlagen der europäischen Politik, insbesondere die Ziele, Interessen und politischen Strategien der nationalen Regierungen, systematischer in Augenschein zu nehmen. Die europäische Integration wurde somit in erster Linie als ein gemeinsamer Handlungsrahmen begriffen, den die beteiligten Nationalstaaten unter den Bedingungen des Kalten Krieges ausgehandelt haben.¹²

2.5. Zusammenfassung

Trotz aller Unterschiede erscheinen die integrationstheoretischen Ansätze nicht konträr zueinander, sie sind vielmehr gemeinsam auf einzelne Aspekte der europäischen Integration anwendbar. So wurden im Vertrag von Amsterdam inouvernementale Verfahren und Institutionen gestärkt, gleichzeitig kam es zu einem weiteren Transfer von nationalstaatlichen Kompetenzen auf die europäischen Institutionen. Langfristig wird daher eine Integration der Integrationstheorien notwendig sein.

Jeder theoretische Ansatz hat seine Stärken, aber auch seine Schwächen. So liegt der Vorteil des föderalistischen Konzepts sicherlich darin, ein konkretes Integrationsziel des Integrationsprozesses, eine Art „road map“ anbieten zu können. Jedoch kann die Frage

¹² Christoph Themel: Zur Problematik der PR-Maßnahmen der ungarischen Regierung vor und nach dem EU-Plebiszit, 2005, S. 20.

aufgeworfen werden, ob auf diese Art und Weise nicht gerade die prozessuale Komponente, die der Auffassung von Integration als fortlaufende Entwicklung zu Grunde liegt, vernachlässigt wird. Im Gegensatz zum föderalistischen bot sich lange Zeit auch parallel dazu das neofunktionalistische Modell sowohl als theoretischer Erklärungsansatz als auch als praktische Integrationsmethode an. Letzteres lässt sich geradezu exemplarisch am Beispiel des Binnenmarkt-Projekts zeigen, welches im Laufe seiner Entwicklung – oft auf das Wirken der Kommission hin – sukzessive durch gemeinsame Politiken (etwa im Bereich der Struktur- oder Sozialpolitik) ergänzt wurde.

Doch dass die bereits von den Gründungsvätern verfolgte Integrationsmethode (daher auch „Monnet-Methode“ genannt) mehr und mehr an ihre Grenzen stößt, zeigt ein Blick auf die jüngere europäische Geschichte: Bereits in Maastricht übertrugen die Staats- und Regierungschefs ihre nationalstaatlichen Hoheitsrechte nicht mehr in gewohnter Manier auf die gemeinsame supranationale Ebene, sondern vereinbarten im Bereich der sogenannten zweiten und dritten Säule zwischenstaatliche Formen der Zusammenarbeit. Ganz so, wie es die intergouvernementale Denkrichtung theoretisch postuliert.

Doch den Einfluss nicht-staatlicher Akteure innerhalb der Europäischen Union zu unterschätzen hieße, die Realität zu verkennen und theoretisch verzerrt zu reflektieren. So ist das enorm ausdifferenzierte EU-System in zahlreichen Politikbereichen bereits heute in der Lage, autoritativ (also herrschaftlich) verbindliche Wertzuweisungen vorzunehmen. Ein Merkmal, welches in der Vergangenheit den Nationalstaaten vorbehalten blieb.

Diese Komplexität und Vielschichtigkeit mögen neuere Ansätze sicherlich adäquater widerspiegeln, jedoch verlieren sie somit oftmals die Eigenschaft, auch handlungsweisend zu sein. Sie wollen es allerdings auch nicht unbedingt sein, weshalb normative Aspekte bewusst ausgeblendet werden. Fazit: Wie so oft bietet die Wissenschaft auch in diesem Fall keinen Königsweg an, es herrscht Pluralität im Theorienangebot. Diese Pluralität soll auch in dieser Arbeit ihren Widerhall finden, um die Entwicklung der EU besser verstehen zu können.

Praktischer Teil: Der Hauptteil der Arbeit wird die faktenorientierte Skizzierung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU sein, und die Probleme, die die Türkei auf dem Weg zur EU hat, werden analysiert. Diese Probleme beruhen hauptsächlich darauf, dass vielen politischen Akteuren in Europa die Bedeutung der Türkei für Europa – in wirtschaftlicher wie auch in militärischer Hinsicht – zwar durchaus bewusst ist, sie wissen aber ebenso um die – zum Teil massiven – Widerstände in der Bevölkerung etlicher EU-Länder, Widerstände, die kulturelle wie auch wirtschaftliche (Arbeitsplätze, Agrarsubventionen) Ursachen haben.

Hypothesen und Analyse: In der Analyse der Arbeit geht es um die Fragen, welche Positionen die Türken zu einem EU-Beitritt der Türkei einnehmen, welche Bedeutung der Begriff Europa für sie hat und welche Standpunkte sie bezüglich der Forschungsfrage nach der Europa-Zugehörigkeit der Türkei vertreten. Erwartungen werden formuliert und mit den Ergebnissen kontrastiert.

Mit der Arbeit will ich einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion um die Türkei leisten, in dem ich mich bemühen werde, einen kritischen Blick auf die Beziehungen der Türkei zur EU zu werfen. Diese Arbeit hat weniger die empirische Überprüfung von Hypothesen zum Anliegen, als vielmehr die umfassende strukturierte Auswertung sowie übersichtsorientierte Dokumentation anhand eines eigens dafür erstellten Forschungsrasters zur Aufgabe, um den Grad der wissenschaftlichen Lesbarmachung dementsprechend zu erhöhen. Die Gliederung der Arbeit erfolgt nach dem klassischen Muster wissenschaftlicher Arbeit, nämlich die Heranziehung theoretischer Paradigmata sowie eines daraus kreierten Forschungsrasters, der deskriptive Hauptteil nach historiographischen Gesichtspunkten und zuletzt der analytische Schluss, wo der Geschichtsverlauf am theoretischen Forschungsraster lesbar gemacht wird.

Methoden: Zwischen Theorie und Material wurde ein Kategoriensystem entwickelt, das festlegt, welche Aspekte aus dem Material herausgefiltert werden sollen. Zunächst wurden Textstellen markiert, in denen explizit von der Türkei, Europa, der Europäischen Union oder dem türkischen EU-Beitritt die Rede ist. Danach wurde überprüft, ob bestimmte Charakteristika den einzelnen Themenbereichen zugeordnet werden, wie etwa die Vielfalt in der Türkei beschrieben und die Prozesshaftigkeit Europas betont wird. Gleichzeitig wurde

nach Bewertungen gesucht, indem positiv und negativ dargestellte Aspekte gekennzeichnet wurden, wie beispielsweise die Probleme der Türkei auf dem Weg zur EU kritisiert werden. Stellungnahmen zum EU-Beitritt wurden herausgefiltert, und es wurde untersucht, ob zwischen den Begriffen „Europa“ und „Europäische Union“ differenziert wird. Schließlich ging es um die Beantwortung der Forschungsfrage nach der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa.

Die gesamte Arbeit bemüht sich darum, in allen Erläuterungen so knapp und präzise wie möglich zu sein, und jedwede Redundanz zu vermeiden. Fernerhin möchte diese Arbeit als Basis für weiterführende empirische Forschung dienen; es soll mit der Arbeit ein gewisser Überblick über den „Stand der Diskussion“ über die Beziehungen zwischen der Türkei und EU geboten werden.

I. DIE EUROPÄISCHE UNION

1.1. Gründungsziele der EU

Nach dieser Information ist uns klar, mit welcher Mission und welchen Zielen die EU im historischen Szenario auftauchte. Kurz gesagt ist die EU eine Union, die auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und gemeinsamer Werte der in ihr versammelten Staaten beruht. Die Union basiert auf den Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft mit den „Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten“ sowie der Rechtsstaatlichkeit. Und die Union zielt auch auf wirtschaftliche Integration und politische und soziale Einigung ab.

Die EU möchte eine Wirtschafts- und Währungsunion errichten, die im Einklang mit diesem Vertrag die Solidarität zwischen ihren Völkern sowie Demokratie und Effizienz in der Arbeit der Organe weiter verstärkt, die Konvergenz ihrer Volkswirtschaften herbeiführt und eine einheitliche stabile Währung einschließt.

Weiteres Ziel der EU ist die Verwirklichung des Binnenmarkts sowie Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes. Die EU ist nichts anders als eine Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu sorgen.

Am Anfang wurde die EU von sechs Staaten (Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien) gegründet. Bis heute verwirklichte die Union fünf Erweiterungen. Zunächst wurden 1973 die Staaten Großbritannien und Nordirland (UK), Irland (IRL) und Dänemark (DK) aufgenommen, dann folgte 1981 Griechenland (GR) und wenige Jahre später (1986) kamen Spanien (E) und Portugal (P) hinzu. Mit den Beitritten der früheren EFTA-Mitglieder Finnland (FIN), Österreich (A) und Schweden (S) wuchs die EU 1995 auf fünfzehn Mitglieder. Die aus 15 europäischen Staaten bestehende EU bildete im Jahr 1995 die Zollunion. Und am 01. Mai 2004 traten 10 neue Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, die Slowakische Republik, Slowenien, Ungarn und Zypern) der EU bei. Somit erhöhte sich die Zahl der Mitglieder auf 25. Nach diesem Wachstum brauchte man eine

gemeinsame Verfassung. Am 29. Oktober 2004 einigten sich die 25 EU-Mitglieder und die drei Beitrittskandidaten auf eine gemeinsame Verfassung, die am 01. November 2006 in Kraft treten sollte, wenn die Mehrheit sie ratifiziert hat.

Hinter diesem Prozess steht eine Idee, die die EU-Staaten seit Jahrhunderten – seit dem Mittelalter – verwirklichen wollten. Die Idee war, die Vereinigten Staaten vom Europa zu errichten. Aber diese Idee konnte wegen des wirtschaftlichen und politischen Wettkampfs und häufiger militärischer Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten nicht realisiert werden. Die EU-Staaten fingen damit an, diese Idee stufenweise zu realisieren. Erst durch den Einsatz des französischen Außenministers Robert Schumann wurde die EGKS von sechs Staaten gegründet, um die Kohle- und Stahlreserven unter eine gemeinsame Kontrolle zu bringen (1951). Die europäischen Staaten kamen durch die EGKS zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Am 25. März 1957 haben dann diese sechs Staaten mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet. Am 01. Juli 1967 bildeten sie dann auf der Grundlage von EGKS, EWG und EURATOM die Europäische Gemeinschaft. Mit der Europäischen Einheitsakte vom 14. April 1987 wollten die europäischen Staaten einen europäischen Staat gründen und einen gemeinsamen Binnenmarkt schaffen. Bis 1993 wurde diese Staatengemeinschaft „Europäische Gemeinschaft“ genannt. Nach 1993, mit dem Vertrag von Maastricht, änderte sich der Name der Staatengemeinschaft: die Geburtsstunde der „Europäischen Union“. Die Namensänderung lässt sich mit einer inhaltlichen Änderung der vertraglichen Verbindung zwischen diesen Staaten erklären.

Die EU steht auf drei Säulen

1. Säule: Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), bestehend aus den bisherigen EG-Institutionen. Diese sind EGKS, EWG und EURATOM. Die WWU basiert auf deren geänderten Grundverträgen sowie neuen Bestimmungen über die WWU. **2. Säule: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** **3. Säule: Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (JI)**

Die Ordnung der EU nach Maastricht wurde auch als Tempelkonstruktion bezeichnet. Das Dach bilden die gemeinsamen Bestimmungen der EU und der gemeinsame institutionelle

Rahmen für die oben erwähnten Säulen, die auf den politischen Systemen der Mitgliedstaaten als „Sockel“ stehen.¹³

1.2. Die Entstehungsgeschichte der EU

1.2.1. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Die erste Gemeinschaftsorganisation entstand unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, als es notwendig erschien, den europäischen Kontinent wirtschaftlich wieder aufzubauen und einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten.

So entstand die Idee, die französisch-deutsche Kohle- und Stahlproduktion zusammenzuführen, und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde gegründet. Diese Entscheidung folgte nicht nur einer wirtschaftlichen, sondern auch einer politischen Logik, da diese beiden Rohstoffe die Grundlage der Industrie und der Macht dieser beiden Länder waren.¹⁴

Auf einer Pressekonferenz am 09. Mai 1950 wurden die Grundlagen für die Gemeinschaft (von Schumann) vorgestellt und am 18. April 1951 unterzeichneten dann die sechs Staaten Belgien (B), die Bundesrepublik Deutschland (D), Frankreich (F), Italien (I), Luxemburg (L) und die Niederlande (NL) in Paris den Vertrag zur Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**, der am 23. Juli 1952 in Kraft trat. Die EGKS sollte einen gemeinsamen Markt schaffen, um damit eine gemeinsame Kontrolle, Planung und Verwertung dieser Grundstoffe und der daraus hergestellten Produkte zu ermöglichen. Der Hauptgrund der EGKS war jedoch die Beseitigung der deutsch-französischen Feindschaft und die Bildung einer europäischen Föderation. Frankreich wollte sich Einfluss auf die deutschen Kohlereserven sichern und gleichzeitige „deutsche Bedrohungen“ verhindern.

¹³ Peter Filzmaier/Otmar Höll: Internationale Politik. Wien/Innsbruck, 1999, S. 99

¹⁴ http://europa.eu/scadplus/treaties/ecsc_de.htm, Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS-Vertrag, 31.01.2005

Als Kontrollinstanz wurde die Gemeinsame Versammlung, das Parlament der EGKS, eingerichtet. Ihr gehörten 78 Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten an. Streitigkeiten innerhalb der EGKS sollten durch einen aus neun Richtern bestehenden Gerichtshof entschieden werden.¹⁵ Der EGKS-Vertrag, der für eine Dauer von 50 Jahren geschlossen wurde, lief am 23. Juli 2002 aus. Er wurde nicht verlängert; seine Regelungsmaterie wurde fortan dem EG-Vertrag zugerechnet.

1.2.2. Die Römischen Verträge

Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom unterzeichnet. Sie traten am 01. Jänner 1958 in Kraft.¹⁶

Grundstein der Römischen Verträge waren die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), welche einen gemeinsamen Markt als Ziel hatte, und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).¹⁷

Die Römischen Verträge enthielten:

- eine Zollunion
- Abbau der Handelshemmnisse zwischen den sechs europäischen Staaten. In der EWG wurde, wie schon erwähnt, das Ziel festgelegt, einen gemeinsamen Markt zu schaffen. Das bedeutete die Verkehrsfreiheit für:

- ✓ Personen
- ✓ Waren
- ✓ Dienstleistungen
- ✓ Kapital

¹⁵ Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessel: Europa von A bis Z. Bonn, 2002, S. 22

¹⁶ <http://derstandard.at/?url=/?id=2804123>, „Happy Birthday EU: 50 Jahre Römische Verträge“, 03.05. 2007

¹⁷ Murat Ercan, „Die Türkei und die Europäische Union; die Bedeutung der Türkei für die EU“, 2007, S. 30

- Angleichung der Lebensstandards in den Mitgliedstaaten
- Wichtigstes politisches Ziel war die politische Einheit Europas.
- Die Kommission erhielt exekutive Gewalt.
- Der Ministerrat fungierte legislativ und der Gerichtshof kontrollierte die Anwendung der Verträge.¹⁸

Die Römischen Verträge markierten 1957 den Beginn der politischen Integration Europas und zeigten auch bereits die Richtung an, in die sich die EU später entwickeln sollte. Das Ziel der Verträge war die Schaffung eines immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker. Dies sollte durch die Weiterentwicklung gemeinsamer Institutionen, die schrittweise Fusion der nationalen Wirtschaften, die Schaffung eines gemeinsamen Markts sowie die Entwicklung der Atomenergie für eine friedliche Verwendung (EURATOM) geschehen. Der EG-Vertrag galt als völkerrechtliches Übereinkommen, wurde aber im Europarecht als "Primärrecht" bezeichnet und genoss daher Vorrang vor nationalrechtlichen Vorschriften.¹⁹ Die EURATOM sollte die friedliche Nutzung der Kernenergie durch gemeinsame Forschung, einheitliche Sicherheitsvorschriften und eine gemeinschaftliche Versorgung der Wirtschaft mit Kernbrennstoffen regeln.²⁰ Deren weitere Ziele waren: sichere und effektive Kernenergie, friedliche Verwendung, gemeinsames Vorgehen, um Leistungen zu verwirklichen, Modernisierung beziehungsweise Zugang zu den besten technischen Mitteln, Sicherheitsnormen und ein gemeinsamer Markt für verwendete Stoffe und Aufgaben, die durch Rat, Kommission, Versammlung und EU wahrgenommen wurden. Der Ministerrat war das legislative Organ der Europäischen Gemeinschaft. Er setzte sich jeweils aus den entsprechenden Fachministern der Mitgliedsländer zusammen. Die Entscheidungsvorbereitung, die Durchführung der Beschlüsse und die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes war Aufgabe der EG-

¹⁸ Peter Böhlinger/Walter Jacob: „Die Europäische Union: Wesen, Struktur, Dynamik; Zwölf Beiträge zu einem vertieften Verständnis der europäischen Integration, mit Synopsen, Materialien und Kommentaren zur Situation nach Abschluss der Regierungskonferenz 1996/1997“, Zürich 1997, S. 14

¹⁹ <http://www.schulserver.hessen.de/kassel/heinrich-schuetz/website-eu2000/vertragrom.htm>, „Die Römischen Verträge, 2007

²⁰ Murat Ercan, „Die Türkei und die Europäische Union; die Bedeutung der Türkei für die EU“

Kommission. Sie war ein Kollegium, dessen Mitglieder einvernehmlich von den nationalen Regierungen ernannt wurden.²¹

1.2.3. Fusionsvertrag

Die Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM) fusionierten zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und verfügten nun über gemeinsame Organe. Der Fusionsvertrag wurde 1965 unterzeichnet und trat am 01. Juli 1967 in Kraft. Der Vertrag brachte eine Konsolidierung der institutionellen Strukturen. In diesem Rahmen wurden ein gemeinsamer Rat, eine gemeinsame Kommission, eine gemeinsame Verwaltung der Gemeinschaften und ein gemeinsamer Haushalt geschaffen.

Artikel 9 Fusionsvertrag: „Es wird eine Kommission der Europäischen Gemeinschaften, im Folgenden ‚die Kommission‘ genannt, eingesetzt. Diese Kommission tritt an die Stelle der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft.“²²

1.2.4. Die einheitliche europäische Akte

Die erste umfangreiche inhaltliche Weiterentwicklung der Gründungsverträge erfolgte im Jahr 1987, mit der sogenannten Einheitlichen Europäischen Akte (EEA)²³, und zielte so auf die Vollendung des europäischen Binnenmarkts (1992). Sie schuf im Zuge dessen zügigere Entscheidungsverfahren im Ministerrat und eine rechtsverbindliche Grundlage für die

²¹ Walter Hallstein, „Der vergessene Europäer“, Bonn 1995

²² <http://www.europa.eu.int>, Fusionsvertrag, 20.2.2006

²³ Ali Bulac, Avrupa Birliği ve Türkiye, Die EU und die Türkei, 2001, S. 20

Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) und erweiterte die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments bei der Rechtsetzung der EG.²⁴

Die ersten großen Reformen der Römischen Verträge wurden unter dem bürokratischen Kürzel der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) zusammengefasst und auf dem Luxemburger Gipfel im Dezember 1985 verabschiedet. Vor allem sollte bis 1992 ein gemeinsamer Markt (Binnenmarkt) geschaffen werden. Deshalb wurde eine Reihe von Aufgaben wie die Kontrolle des Wettbewerbs und die staatlichen Beihilfen, an die Europäische Gemeinschaft (EG) übertragen. Auch das Prinzip der Solidarität wurde durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (Regional- und Strukturpolitik) in der Gemeinschaft festgeschrieben.

Zudem wurden einige Politikbereiche, die seit Ende der 1960er beziehungsweise seit Anfang der 1970er Jahre bereits von der EG behandelt, aber noch nicht oder nur am Rande in den Römischen Verträgen erwähnt wurden, durch die EEA in den gemeinsamen Kompetenzbereich übertragen und dort vertraglich fixiert. So räumte die EEA etwa in der gemeinsamen Umwelt-, Forschungs- und Technologiepolitik den supranationalen Institutionen ein größeres Mitspracherecht ein.²⁵

Die formulierten Ziele der EEA waren:

- Verwirklichung des Binnenmarkts bis zum 1. Januar 1993
- Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments zur Beseitigung des demokratischen Defizits im gemeinschaftlichen Beschlussfassungssystem
- Verbesserung der Beschlussfähigkeit des Rats
- Bildung einer Gesamtorganisation in Form der europäischen politischen Zusammenarbeit

²⁴ Klaus Schubert, Martina Klein: „Das Politiklexikon“, 4. aktualisierte Auflage, Bonn, Dietz 2006

²⁵ Claus Giering, „Die Einheitliche Europäische Akte (EEA)“, 2006

In den Bestimmungen der EEA zur Schaffung des Binnenmarkts wurde die Einstimmigkeit der Beschlussfindung durch ein mehrheitliches Abstimmungssystem in Angelegenheiten des Binnenmarktes ersetzt.

1.2.5. Der Vertrag von Maastricht

Am 01. November 1993 trat der Vertrag von Maastricht in Kraft und damit war die Europäische Union gegründet. Dieser Vertrag bildete die Grundlage für die Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis 1999 sowie des Weiteren politische Integrationsschritte, insbesondere eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (JI)²⁶, und sah eine umfassende Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts vor.

Seit dem Vertrag von Maastricht trat der ursprünglich rein wirtschaftliche Zweck der Gemeinschaft, nämlich die Vollendung eines gemeinsamen Markts, gegenüber ihrem neuen politischen Auftrag eindeutig in den Hintergrund.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden somit fünf Hauptziele verfolgt:

- Stärkung der Demokratie in den Organen;
- Funktionsfähigkeit der Organe;
- Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion;
- Entwicklung einer sozialen Dimension der Gemeinschaft;
- Einführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Das Ziel einer föderal organisierten Union konnte in den Vertrag allerdings nicht aufgenommen werden.

²⁶ Artikel EUV V nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam: Artikel 1 EUV

1.2.6. Der Vertrag von Amsterdam

Der Vertrag von Amsterdam wurde im Jahr 1997 unterschrieben und trat am 01. Mai 1999 in Kraft. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde der EG-Vertrag in wichtigen Teilen verändert. Der EG- sowie der EU-Vertrag wurden konsolidiert und neu nummeriert. Durch die Kontroverse um die Beschäftigungspolitik und den Stabilitätspakt im Vorfeld des Gipfels wurde das eigentliche Ziel der Reform – die Wahrung der Handlungsfähigkeit mit Blick auf die anstehende Erweiterung, die außenpolitischen Herausforderungen und die notwendige Effizienzsteigerung – in den Hintergrund gedrängt.

Der Vertrag von Amsterdam trug in zentralen Bereichen zur weiteren Vertiefung der EU bei:

- o Die GASP wurde durch den „Hohen Vertreter“ gestärkt. Unabhängig vom Ratsvorsitz sollte er die Außenpolitik der EU repräsentieren und zusammen mit der Kommission die Ratspräsidentschaft unterstützen.²⁷
- o Die in Maastricht begonnene Zusammenarbeit in der Justiz und der Innenpolitik hatte durch die Eingliederung der Zusammenarbeit der Justiz in Zivilsachen in die EG an Integrationsdichte gewonnen. Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in Strafsachen verblieb in der intergouvernementalen Zusammenarbeit, wurde aber optimiert. Die Grundlage für eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik wurde gelegt.
- o Um die Effizienz und Handlungsfähigkeit der EU zu steigern, wurden Mehrheitsentscheidungen im Rat ausgeweitet und dem Parlament weitere Rechte übertragen. Neben einem künftig größeren Mitspracherecht bei der Auswahl der Kommission wurde das Mitentscheidungsrecht des Parlaments auf über 20 neue Bereiche erweitert.
- o Als entscheidende Zäsur und wohl einzig kreative Entscheidung ist die Einführung von Flexibilitätsklauseln in das Vertragswerk anzusehen. Auf dieser Grundlage wird die Differenzierung der Integration das entscheidende Handlungsprinzip für die Zukunft einer erweiterten EU. Voraussetzung für das Voranschreiten einer Gruppe ist jedoch die zunächst erzielte Einstimmigkeit aller. Die Vertragsrevision von Amsterdam hat die Tradition der Einheitlichen Europäischen Akte und des Vertrags von Maastricht durch

²⁷ <http://www.dhm.de/lemo/html/WegeInDieGegenwart/DeutschlandInEuropa/vertragVonAmsterdamBody.html>; „Der Vertrag von Amsterdam“;

Vertragsfortschreibungen und Weichenstellungen fortgesetzt. Misst man die Ergebnisse jedoch an den künftigen Herausforderungen, dann werden diese Fortschritte der europäischen Einigung durch erhebliche Defizite geschmälert. In Amsterdam ungelöst gebliebene Fragen wurden für eine weitere Regierungskonferenz benannt, die sich in erster Linie mit den institutionellen Reformen befassen und die Europäische Union auf ihre Erweiterung vorbereiten sollte. Aber auch in Nizza zeigte sich, dass die Methode der Vertragsfortschreibung durch Regierungskonferenzen den Herausforderungen nicht gerecht wird.²⁸

1.2.7. Der Vertrag von Nizza

Der Vertrag wurde im Dezember 2000 auf der Tagung des Europäischen Rats in Nizza angenommen und am 26. Februar 2001 unterzeichnet, und trat am 01. Februar 2003 in Kraft. Sein Hauptzweck war eine institutionelle Reform, um die Union nach ihrer Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten funktionsfähiger zu machen. Der Vertrag von Nizza, der EU-Vertrag und der EG-Vertrag wurden in einer konsolidierten Fassung zusammengeführt.²⁹ Die Veränderungen, die der Vertrag brachte, betrafen vor allem die Begrenzung der Größe der Kommission und ihre Zusammensetzung, die Ausweitung der qualifizierten Mehrheit, eine neue Stimmengewichtung im Rat sowie eine flexiblere Gestaltung der verstärkten Zusammenarbeit.³⁰

Die neuen Reformen durch den Vertrag von Nizza:

- Ab 2005 stellte jedes Land nur noch einen Kommissar, d. h. die großen Mitgliedstaaten verzichteten auf ihren zweiten Kommissar.
- Die Stimmengewichtung im Rat der EU wurde künftig Bestandteil eines komplizierten Mehrheitssystems. Mehrheitsentscheidungen waren nur noch möglich, wenn eine Mehrheit der Stimmen, der Staaten und der Bevölkerung erreicht wurde.

²⁸ Werner Weidenfeld, „Europa von A bis Z“, 2002, S. 44

²⁹ http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm, „Verträge und Recht“, 15.06.2007

³⁰ http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/lexikon/vertrag_von_nizza.html; „Vertrag von Nizza“, 24.03.2004

- Trotz dieser dreifachen Absicherung wurde eine deutliche Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat nicht gewagt. Es wurden zwar in einigen Politikfeldern sowie bei personellen Entscheidungen die Mehrheitsbeschlüsse ausgeweitet, doch der große Durchbruch gelang nicht. Der größeren Union blieb somit eine schwere Zukunftshypothek.
- Die Sitzverteilung im Europäischen Parlament wurde den neuen Verhältnissen angepasst, doch auch hier waren Ungerechtigkeiten bei der Gewichtung der Stimmen der neuen Mitglieder zu verzeichnen, die in den Beitrittsverträgen nachverhandelt werden mussten.
- Das Vetorecht in der verstärkten Zusammenarbeit fiel in Nizza – wenn auch nicht für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Öffnung der Flexibilisierung geschah mit den Vorbehalten, dass sie sich nicht auf neue Politikfelder beziehen durfte, der gemeinsame Besitzstand zu wahren war und auch die Verteidigungspolitik ausgeschlossen blieb.

Mit der Proklamation der Grundrechte-Charta und der Zukunftserklärung von Nizza initiierten die Staats- und Regierungschefs jedoch den Post-Pizza-Prozess, der den Blick auch über die institutionellen Fragen hinaus richtete. Nun galt es, die Abgrenzung der Zuständigkeiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten vorzunehmen, den Status der Grundrechte-Charta zu klären, eine Vereinfachung der Verträge vorzunehmen und die Rolle der nationalen Parlamente in der Architektur Europas näher zu bestimmen. Ein zweckmäßiger Zeitplan musste die öffentliche Debatte, ergänzt um Diskussionsforen und Expertengespräche, in den Mittelpunkt rücken und konnte 2002 in die Einberufung eines Konvents aus Vertretern von Regierungen und Parlamenten zur Erarbeitung einer Verhandlungsgrundlage münden. Spätestens 2004 sollte die Regierungskonferenz mit Beteiligung der Beitrittskandidaten eröffnet werden und konnte noch im selben Jahr zu einem Abschluss kommen. Nationale Wahlen in Frankreich und Deutschland 2002, die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 wie auch die Einsetzung einer neuen Kommission Anfang 2005 waren Eckpunkte, die es zu berücksichtigen galt. Eine Ausweitung der Agenda jenseits der in der Zukunftserklärung fixierten Themen schien dabei unerlässlich. Mit dem Vertrag von Nizza lag ein weiteres Dokument europäischer Diplomatie vor, dessen Unlösbarkeit beispielhaft für die Undurchschaubarkeit des Integrationssystems

war. Irland setzte mit seinem ablehnenden Votum zum Vertrag von Nizza im Juni 2001 ein Zeichen.³¹

1.2.8. Kopenhagener Kriterien – Beitrittskriterien der Europäischen Union

Kriterien regeln den Beitritt:

Nach Art. 49 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Europäische Staat, der die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie sowie der Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten achtet, beantragen, Mitglied der Union zu werden. Beim Europäischen Rat in Kopenhagen wurden 1993 die Grundbedingungen für eine Mitgliedschaft, die sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, aufgestellt:

- 1) Politisches Kriterium: Vorhandensein stabiler Institutionen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz gewährleisten
- 2) Wirtschaftliches Kriterium: Entwicklung einer tragfähigen Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck und den Binnenmarktkräften der EU standhalten kann
- 3) Gemeinschaftlicher Besitzstand (acquis communautaire): Fähigkeit der Beitrittskandidaten, Verpflichtungen, die sich aus dem Beitritt ergeben, zu übernehmen. Dies betrifft insbesondere die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.

Erfüllt ein Bewerberland die politischen Voraussetzungen für einen Beitritt zur Europäischen Union, können Verhandlungen aufgenommen werden. Die EU unterstützt den Beitrittskandidaten bei der Übernahme des gemeinsamen Rechtsbestands der Gemeinschaft, des sogenannten *acquis communautaire*. Der *acquis* ist in insgesamt 31 Verhandlungskapitel unterteilt und reicht vom freien Warenverkehr bis zu Finanz- und Haushaltsbestimmungen. Jedes Kapitel wird mit dem Beitrittskandidaten einzeln verhandelt und bei Bedarf können Übergangsregelungen vereinbart werden. Zugleich bietet die EU finanzielle Unterstützung an,

³¹ Werner Weidenfeld; „Europa von A bis Z“, 2002, S. 46

um die Infrastruktur und Wirtschaft im Bewerberland zu verbessern. Das Europäische Parlament begleitet gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Rat den gesamten Verhandlungsprozess.

Wie rasch ein Bewerberland der EU beitreten kann, hängt vor allem von seiner Vorbereitung und seiner eigenen Leistung während der Verhandlungen ab. Die Ergebnisse werden in einem Beitrittsvertrag festgehalten, der dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorgelegt wird. Danach sind die EU-Mitgliedstaaten und das Beitrittsland aufgerufen, den Vertrag zu ratifizieren. Nach dem Ratifizierungsprozess tritt der Beitrittsvertrag in Kraft, und das Bewerberland wird Mitglied der EU.³²

1.3. Die Europäischen Institutionen

Seit dem EU-Vertrag vom 01. November 1993 basiert die Gemeinschaft auf drei Elementen, auch „Säulen“ genannt: Die erste und umfangreichste bildet die Europäische Gemeinschaft (EG), die zweite stellt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) dar und die dritte steht für die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (JI). Wie jede andere Organisation besitzt auch die Europäische Union verschiedene Organe:

Die Organe der Europäischen Union:

- Europäisches Parlament
- Europäischer Rat
- Rat der EU
- Europäische Kommission
- Europäischer Gerichtshof
- Europäische Zentralbank³³

³² <http://www.europarl.at/europarl/default.pxml?lang=de&kap=61>

³³ Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessel, „Europa von A bis Z“, 10. Auflage, 2007. S. 10

- Europäischer Rechnungshof
- Ausschuss der Regionen
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
- Europäische Investitionsbank

Der Europäische Rat (ER) setzt sich derzeit aus den 27 Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft sowie dem Präsidenten der Kommission zusammen und legt die allgemeinen Leitlinien der europäischen Politik fest, woran sich der Rat der EU (Ministerrat) zu halten hat.³⁴ Die Exekutivgewalt wird von der unabhängigen Europäischen Kommission (EK), den HüterInnen der Verträge, ausgeübt. Verstößt ein Mitgliedstaat gegen EU-Recht, muss diese einschreiten und notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), dessen Urteile unanfechtbar sind, Klage erheben. Die Prüfung der Einnahmen und Ausgaben der EU auf Recht- und Ordnungsmäßigkeit übernimmt der Europäische Rechnungshof (EuRH). Das Europäische Parlament (EP) ist die Vertretung der Völker in der EU und besitzt Rechte in den Bereichen Gesetzgebung, Haushalt, Kontrolle und Außenbeziehungen. Um Themen sachgerecht und fachkundig behandeln zu können, wird das EP von Ausschüssen beraten. Zu den rein beratenden Funktionen treten hinzu: ein Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie ein Ausschuss der Regionen. Ferner wird für die Gemeinschaft im Bereich der Währungspolitik das Europäische System der Zentralbanken und die Europäische Zentralbank sowie zur Entwicklungshilfe innerhalb der Gemeinschaft und in Drittländern die Europäische Investitionsbank tätig. Der Amtssitz der Organe ist in der Regel in Brüssel. Das Europäische Parlament tagt in Straßburg, der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Amtssprachen sind die gängigen Landessprachen der Mitgliedstaaten.

³⁴ Hans Boldt: „Die Europäische Union. Geschichte, Struktur und Politik“, Zürich, 1995, S. 55

II. DIE ASSOZIATION ZWISCHEN DER TÜRKEI UND DER EUROPÄISCHEN UNION

2.1. Historischer Rückblick

Der ganze Prozess hatte in den 60er Jahren angefangen und erreichte mit den Versammlungen von Helsinki und Nizza seinen Höhepunkt. Seitdem hat sich vieles verändert. Wer damals in der Türkei strikt dagegen war, ist jetzt dafür oder umgekehrt. Bei den Linken hat es geheißen: „die sind Partner – wir sind der Markt“.³⁵ Zum Thema „EU-Erweiterung“ kritisierte der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan: „Leider gibt es in Europa die Ansicht, dass die EU ein ‚Christen-Club‘ sein soll.“ Er forderte die EU auf, sich klar zur EU-Mitgliedschaft der Türkei zu äußern. „Entscheidet Euch! Entweder wir setzen den eingeschlagenen Kurs fort oder nicht, denn andernfalls verschwenden wir beide nur Zeit, Energie und Geld“, setzte Erdogan fort. Grund dafür war, dass die Türkei nicht zum EU-Jubiläumsgipfel eingeladen worden war.³⁶

2.1.1. Abkommen von Ankara

Man wollte einem solchen politischen Bündnis nicht weiter fern bleiben, auch nicht mehr zusehen, wie die Griechen die Vorteile der EU nutzten. Bis zum Ankara-Vertrag haben die bilateralen Beziehungen vier Jahre gedauert. Das Ziel war, wie unter Punkt 2.1. erwähnt, die türkische Wirtschaft anzukurbeln und die bilateralen Beziehungen zu erweitern.³⁷

Im Juni 1959, kurz nach der Gründung der EWG (1958), bewarb sich die Türkei zum ersten Mal um eine Mitgliedschaft. Als Antwort auf diese Bewerbung schlug die EWG der Türkei eine Assoziierung vor, bis die Umstände der Türkei eine Mitgliedschaft erlauben. Die nachfolgenden Verhandlungen führten am 12. September 1963 zur Unterzeichnung des

³⁵ Ali Bulac, Avrupa Birliği ve Türkiye, Die EU und die Türkei, S.7

³⁶ Der Standard, EU Erweiterung, 29.03.2007

³⁷ http://www.turkfederasyon.com/altsayfadetay.php?dokuman_kod=238, Abkommen von Ankara, 01.03.2006

Abkommens von Ankara, mit dem die Assoziation zwischen der Türkei und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde. Mit diesem Abkommen zur Errichtung einer Zollunion in drei Phasen, die als Integrationsinstrument dienen sollte, sollte eine spätere Mitgliedschaft der Türkei in der EWG gesichert werden.

Das Abkommen von Ankara sieht die schrittweise Errichtung einer Zollunion vor, welche die beiden Parteien in Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten einander näherbringen soll. In der Zwischenzeit soll die EWG der Türkei finanzielle Unterstützung leisten. Mit dem ersten Finanzprotokoll für die Phase zwischen 1963 und 1970 hat die EWG der Türkei Darlehen in Höhe von 175 Millionen ECU gewährt. Die von der EWG in Form von Zollkontingenten gewährten Handelskonzessionen an die Türkei erwiesen sich jedoch als nicht so wirksam wie erwartet. Dennoch haben die Einfuhren aus der Türkei in die EWG im Jahr 1963 um 29 Prozent und im Jahr 1972 um 42 Prozent zugenommen.

Obwohl das Abkommen von Ankara nicht nur einen freien Warenverkehr, sondern auch Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr zwischen den Parteien vorsah, schloss es die Türkei von Entscheidungsprozessen der EWG aus und erlaubte der Türkei zur Beilegung von Konflikten keinen Rückgriff auf den Europäischen Gerichtshof.

Die zwischen den Parteien zu errichtende Zollunion ging über die Abschaffung von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen für den Handel zwischen den Parteien und die Anwendung des gemeinsamen Zolltarifs der Gemeinschaft durch die Türkei auf Importe aus Drittländern hinaus. Sie sah auch eine Angleichung an die sonstigen Außenhandelsbestimmungen der EWG vor.

Bis heute ist das Abkommen von Ankara die rechtliche Grundlage der Assoziation zwischen der Türkei und der EU.³⁸ Das Ziel des Abkommens lag darin, im Interesse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu arbeiten und zu helfen, Grundrechte wie Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen. Zur Erreichung dieser Vorgaben war in Artikel 1 eine Zollunion vorgesehen.

³⁸ <http://www.tcberlinbe.de/de/eu/geschichte.htm>, Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union, 12.07.2008

Die Assoziation sollte in drei Phasen erfolgen: in einer Vorbereitungs-, Übergangs- und Endphase. In der Vorbereitungsphase hätte die Türkei ihre Wirtschaft mit Hilfe der Gemeinschaft entsprechend auszurichten, würde sie den zukünftigen Verpflichtungen in der Übergangs- und Endphase nachkommen wollen (Art. 3).

Dazu gehörten einseitige Finanzhilfen der EWG an ihren Partner, später auch die Erleichterung des Zugangs türkischer Arbeitskräfte zu den EWG-Ländern. Laut Plan sollte die Vorbereitungsphase zumindest fünf Jahre lang dauern und konnte auf maximal 10 Jahre verlängert werden, wenn der Assoziationsrat zustimmte.

Die nächste Phase war die Übergangsphase mit einer vorgesehenen Dauer von 12 Jahren, wobei beide Vertragsparteien gegenseitige und gegeneinander ausgewogene Verpflichtungen eingingen, welche die schrittweise Errichtung einer Zollunion zwischen der EWG und der Türkei sowie die Annäherung der türkischen Wirtschaftspolitik an diejenige der Gemeinschaft gewährleisten sollten (Art. 4).

Zuletzt folgte die Endphase, deren Ziel in der Vollmitgliedschaft lag. Durch die Assoziation sollte die Wirtschaftspolitik der beiden Seiten verstärkt organisiert werden (Art. 5). Eingeplant war, dass die Türkei Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, während die Vertragsparteien die Möglichkeiten eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen (Art. 28).

Der Assoziationsvertrag sah vor, dass die im Prinzip autonome Wirtschaftspolitik der Beteiligten sich an gemeinsamen Zielen, wie einem beständigen und ausgewogenen Wachstum, dem Zahlungsbilanzgleichgewicht und der Preisniveaustabilität orientierte. Die Währungspolitik sollte zur Realisierung der Ziele des Abkommens dienen (Art. 17 und 18).³⁹

2.1.1.1. Das Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara

Das Zusatzprotokoll vom 13. November 1970 beschrieb detailliert den Ablauf für die Errichtung der Zollunion. Es sah bei Inkrafttreten des Protokolls für Einfuhren aus der Türkei

³⁹ Metin Aksoy, „Die Türkei Auf dem Weg in die EU“, S. 25

(mit einigen Ausnahmen, darunter auch Gewebe) eine Abschaffung von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen seitens der EWG vor.

In Übereinstimmung mit einem Zeitplan zur Annäherung der türkischen Gesetzgebung an die der EU im Wirtschaftsbereich war für die Türkei das Gleiche zu tun. Darüber hinaus sah das Zusatzprotokoll vor, innerhalb der nächsten 12 bis 22 Jahre zwischen den Parteien Freizügigkeit im Personenverkehr herbeizuführen.

Das Zusatzprotokoll brachte den Ausfuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Türkei in die EU erhebliche Vorteile. Im Jahr 1971 haben 92 Prozent der türkischen Ausfuhren von Landwirtschaftserzeugnissen von diesem Plan profitiert. Trotz der späteren EU-Mitgliedschaft anderer Produzenten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Griechenland, Portugal und Spanien und der Entscheidung der EWG, mit bestimmten Mittelmeerländern Präferenzabkommen abzuschließen, hat die Türkei bis heute ihre Position als einer der privilegiertesten Handelspartner der EU beibehalten.

Wäre das Zusatzprotokoll zur Gänze umgesetzt worden, wäre der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr und die Annäherung der türkischen Gesetzgebung an die der EWG in einer Vielzahl von Bereichen am Ende des 22-jährigen Zeitplans erreicht worden.⁴⁰

Die Regierung erhoffte sich durch das Erreichen von wirksameren Präferenzen für mehr Produkte einen besseren Zugang zum EWG-Markt. Auch sollten die Vorteile der bevorstehenden EWG-Erweiterung (Beitritt England, Irland und Dänemark) genutzt werden. Die Türkei zeigte mit diesem raschen Schritt ihre Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Vorbereitungsphase. Außerdem war eine ehebaldige Vollmitgliedschaft geplant. Die unbefriedigende Entwicklung des Außenhandels der Türkei mit der Gemeinschaft brachte zutage, dass die gewährten Zollkontingente auf zu wenige Erzeugnisse beschränkt waren und nur dazu dienten, den bestehenden Marktanteil dieser Produkte in den EWG-Staaten zu wahren, nicht aber die Ausfuhren der Türkei in die Gemeinschaft zu erhöhen. Nicht zu Unrecht kritisierte

⁴⁰ <http://www.tuerkischebotschaft.de/de/eu/geschichte.htm>, Türkei und EU, 07.12.2008

der damalige türkische Außenminister im Mai 1967 die schwache Entwicklung der türkischen Exporte in den EG-Raum.⁴¹

2.1.2. Die Zollunion

Am 01. Januar 1996 trat die Zollunion zwischen der Europäischen Union und der Türkei in Kraft. Diese Zollunion ist die engste wirtschaftliche und politische Beziehung zwischen der EU und einem Nicht-Mitgliedstaat.

2.1.2.1. Was bedeutet diese Zollunion?

Im Wesentlichen erlaubt die Zollunion der Türkei einen besseren Zugang zu den Ländern, die früher als der "Gemeinsame Markt" bezeichnet wurden. Sie garantiert einen freien Austausch von Industriegütern und verarbeiteten Agrar-Produkten. Zölle und Gebühren wurden aufgehoben, und mengenmäßige Beschränkungen, wie Quoten, sind nicht zugelassen. Die Zollunion beinhaltet die Harmonisierung der türkischen Handels- und Wettbewerbspolitik, einschließlich der Rechte des geistigen Eigentums, mit denen der Europäischen Union sowie die Ausdehnung der Mehrzahl der EU-Handels- und Wettbewerbsbestimmungen auf die türkische Wirtschaft. Die am 06. März 1995 vom Assoziierungsrat gefällte Entscheidung ist die rechtliche Grundlage für die Zollunion. Sie besteht aus 66 Artikeln, 12 Erklärungen und 10 Anlagen. Der gemischte Zoll-Unions-Ausschuss ist das verantwortliche Organ für den reibungslosen Ablauf des Handels.⁴² Er befasst sich mit Fragen der Durchführung und allen Streitigkeiten. Der Ausschuss kommt regelmäßig zusammen.

Wesentlicher Bestandteil der Zollunion ist der freie Warenverkehr zwischen der Türkei und der EU, ohne dass dieser Zöllen oder mengenmäßigen Beschränkungen unterliegt. Die Zollunion betrifft alle Aspekte der Handels- und Wettbewerbspolitik, um sicherzustellen, dass für türkische und europäische Firmen dieselben Voraussetzungen gelten.

⁴¹ Metin Aksoy, „Die Türkei auf dem Weg in die EU“, S. 28

⁴² Akkaya, Cigdem: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, 1996

Die Hauptkennzeichen dieser Entscheidung sind:

- ❖ die Aufhebung von Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung für den Handel mit Industriegütern und verarbeiteten Agrar-Produkten zwischen der Türkei und der EU
- ❖ die Übernahme des Gemeinsamen Zollaußentarifs der EU seitens der Türkei im Handel mit Drittländern
- ❖ die Übernahme von Maßnahmen, die äquivalent zur Gemeinsamen Handelspolitik der EU sind, seitens der Türkei
- ❖ das zunehmende Ausrichten der Zolltarife in Übereinstimmung mit den Präferenzhandelsabkommen der EU seitens der Türkei in Bezug auf bestimmte Drittländer
- ❖ Anpassung der türkischen Zollbestimmungen in Übereinstimmung mit denen der EU
- ❖ vereinbarte Wettbewerbsregeln und die Anpassung der türkischen Gesetze in diesem Bereich an die EU
- ❖ die Anpassung der türkischen Gesetze in Bezug auf den Schutz des geistigen Eigentums, damit in diesem Bereich ein EU-äquivalentes Niveau sichergestellt werden kann
- ❖ die Aufhebung freiwilliger Beschränkungen im Textil-Handel seitens der EU
- ❖ die Errichtung eines gemischten Zoll-Unions-Ausschusses zwischen der Türkei und Europa sowie die Übernahme anderer institutioneller Abkommen, damit die Türkei in EU-Angelegenheiten, die auch die Zollunion betreffen, umfassend informiert und konsultiert werden kann. Während des Treffens des Assoziierungsrats am 06. März 1995 wurde für die angrenzenden Bereiche, die nicht von der Zollunion abgedeckt sind (Zusammenarbeit im Bereich der Industrie, transeuropäische Netzwerke, Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Transport, Telekommunikation, Landwirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Statistik, Justiz und Innere Angelegenheiten, Verbraucherschutz, kulturelle Zusammenarbeit, Information und Kommunikation), eine Resolution zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei verabschiedet. Während des gleichen Treffens des Assoziierungsrats hat sich die Europäische Union zur finanziellen Kooperation mit der Türkei geäußert. Diese sollte der Türkei angesichts der neuen Wettbewerbssituation durch die Zollunion helfen, ihren industriellen Sektor neu zu strukturieren, ihre infrastrukturellen Verbindungen mit der Europäischen Union zu verbessern sowie die Unterschiede zwischen ihrer Wirtschaft und der der Union zu

reduzieren. Diese finanzielle Kooperation beläuft sich auf 2,2 Milliarden ECU für einen Zeitraum von 5 Jahren.

2.1.2.2. Die Bedeutung der Zoll-Union bis heute

Seit Inkrafttreten der Zollunion hat die Türkei alle Zölle und äquivalenten Gebühren für den Import von Industriewaren aus EU-Mitgliedsländern aufgehoben. Darüber hinaus hat sie ihre Zolltarife und die äquivalenten Gebühren für den Import von Industriegütern aus "Dritt-ländern" mit dem Gemeinsamen Zollaußentarif der EU harmonisiert.

Die Türkei wird innerhalb der nächsten fünf Jahre die Handelspolitik und die Präferenz-Zollpolitik der EU übernehmen. Für einige festgelegte "kritische" Produkte wird die Türkei für den Zeitraum von fünf Jahren einen über die allgemeinen Zolltarife hinausgehenden Schutzzoll für Importe aus Drittländern weiter erheben. Bei diesen Produkten handelt es sich in erster Linie um Keramik-Produkte, Kraftfahrzeuge und Schuhe.

Aufgrund aller dieser Maßnahmen sind die für die Türkei geltenden Sätze für die Schutzzölle für den Import von Industriegütern von 5,9 % auf 0 % gefallen, für Produkte aus EU- und EFTA-Ländern und für Importe aus Drittländern von 10,8 % auf 6 %. Diese werden, nachdem die EU ihren aus der GATT-Uruguay-Runde stammenden Verpflichtungen nachgekommen ist, auf 3,5 % gesenkt werden. Obwohl Agrar-Produkte von diesem Vertrag ausgenommen sind, übernimmt die Türkei zunehmend viele Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Entwicklung ihrer Agrar-Politik wird die EU soweit wie möglich die türkischen Agrar-Interessen in Betracht ziehen.

Zunehmende Verbesserungen, auf einer Basis, die für beide Seiten von Vorteil ist. Auch sind Präferenzvereinbarungen für den Handel mit Agrar-Produkten vorgesehen. Die Harmonisierung mit der EU-Handelspolitik schließt bisher das Monitoring und den Schutz von Importen aus der EU und Drittländern, das Management von mengenmäßigen Beschränkungen und Zolltarif-Quoten sowie die Verhinderung von Importen zu Dumping-Preisen und von subventionierten Importen ein. Die Türkei hat die EU-Regeln und Gesetze für den Wettbewerb übernommen. Wettbewerbsverzerrende Subventionierungen durch staatliche Mittel jeglicher Art sind nicht zugelassen. Jedoch ist eine Hilfe zur wirtschaftlichen Förderung der weniger entwickelten Regionen der Türkei und zum Erhalt des kulturellen Erbes zugelassen, solange sie den Wettbewerb nicht nachteilig beeinflusst.

Zunehmend wird die Türkei jedes Handelscharakter tragende Staatsmonopol den neuen Umständen entsprechend anpassen, um sicherzustellen, dass es zwischen den EU-Mitglieds-ländern und der Türkei in Bezug auf die Konditionen der Warenherstellung und -vermarktung für keine der Seiten zu einer Benachteiligung kommt.

Mit der Beseitigung von verfahrenstechnischen Hindernissen hat die Türkei ihre Gesetze mit der EU-Gesetzgebung in Einklang gebracht. Zwischen der Türkei und der EU gibt es nun eine aktive Zusammenarbeit in den Bereichen "Standardisierung, Eichung, Güteklassen, Zulassung, Prüfverfahren und Zertifizierung".

Die Türkei hat ihre Gesetzgebung in Bezug auf geistiges Eigentum, Urheberrechte und gewerbliche Schutzrechte den EU-Standards angepasst und Gesetze zum Schutz der Verbraucher und des Wettbewerbs eingeführt. Es ist beiden Seiten untersagt, interne Steuern als indirekte Schutzmechanismen und Steuernachlässe zur Subventionierung von Exporten zu benutzen.

2.1.2.3. Die Zollunion als logische Konsequenz der türkischen Geschichte

Die Türkei ist in der muslimischen Welt die einzige pluralistische und säkulare Demokratie, und sie hat dem Ausbau der Beziehungen mit den europäischen Ländern immer einen großen Wert beigemessen. Sie hat den Osten und Süden Europas stark beeinflusst. Die Türkei hat im 19. Jahrhundert begonnen, sich mit ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen

nach Westen hin zu orientieren. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Westeuropa als Modell für die neue, moderne und säkulare Republik gewählt. Seit dieser Zeit hat sich die Türkei stark nach Westen hin ausgerichtet. Sie ist ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, ein Mitglied der NATO, des Europarats, der OECD und assoziiertes Mitglied der Westeuropäischen Union. Bei der Verteidigung des europäischen Kontinents spielt die Türkei auch heute noch eine zentrale Rolle. Die Kernelemente der türkischen Außenpolitik konvergieren allgemein mit denen der Gemeinschaft. So hat die Türkei z. B. während des Golf-Krieges bei der Unterstützung der UN eine zentrale Rolle gespielt. Und das trotz eines beträchtlichen wirtschaftlichen Nachteils. Dieser wichtige Bereich der Zusammenarbeit läuft parallel zu einer sich vertiefenden wirtschaftlichen und politischen Beziehung.

Die Türkei ist das älteste assoziierte Mitglied der EU, und im Verlauf der letzten 50 Jahre war sie an den Aktivitäten von praktisch allen internationalen Organen, die bei der europäischen Integration eine Rolle spielen, beteiligt.

Im Jahr 1959 hat die Türkei zum ersten Mal einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation, aus der die heutige EU hervorgegangen ist, gestellt. Dies führte zu dem Abkommen von Ankara (1963), das die Grundlage für die heutigen Beziehungen ist. Mit der Anerkennung, dass die Türkei für eine Mitgliedschaft qualifiziert ist, wurde der Weg für die anschließenden Verhandlungen geebnet.

2.1.2.4. Die Aufhebung der Zolltarife

Im Jahr 1973 wurde zur Errichtung einer der Vollmitgliedschaft vorausgehenden Zollunion ein Zeitplan für 22 Jahre erstellt. Die Europäische Union hat bis auf wenige Ausnahmen ihre Zölle für Industriegüter aufgehoben und für Importe von Agrar- und einigen verarbeiteten Agrarprodukten aus der Türkei ein Präferenzsystem gewährt. Die Türkei hat seitdem einen freien Zugang zur Europäischen Union. Sie hat seit Anfang der 70er Jahre begonnen, ihre Zölle abzubauen. Dieser Prozess wurde seit 1987 beschleunigt.⁴³

⁴³ http://www.ma-tax.de/A_H_P/listen/paef/Tuerkei/20040304_zollunion_EU_Tuerkei.pdf, Türkei, 03.04.2004

2.2. Bewerbung der Türkei um Vollmitgliedschaft im Jahr 1987

Am 14. April 1987 stellte die türkische Regierung den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Griechenland zögerte nicht, seine Ablehnung offen auszusprechen, weil die ersten Reaktionen der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament deutlich negativ ausfielen. Man war sich mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund darin einig, dass vor einer eventuellen Mitgliedschaft der Türkei weitere erhebliche innenpolitische Schritte in Richtung einer liberalen demokratischen Ordnung notwendig seien. Trotz dieser Einstellung leitete der Ministerrat am 27. April 1987, gegen den erklärten Willen des griechischen Vertreters, den Antrag auf eine Sitzung ohne weitere Erörterungen an die Kommission weiter.

Am 18. Dezember 1989 veröffentlichte die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel ihre Reaktion auf den türkischen Antrag. Der Bescheid fiel nicht gerade positiv aus. Zwar wurde die grundsätzliche Beitrittsfähigkeit der Türkei nicht in Frage gestellt, aber man hatte sich lediglich zu der Formulierung durchgerungen, die Gemeinschaft werde eines Tages mit der Türkei in Beitrittsverhandlungen treten.⁴⁴

2.3. Die Türkei als Beitrittskandidat

Für die Beitrittsverhandlungen sind zwei Termine wichtig: Am 06. Oktober 2004 wurden der EU-Kommission und den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten Berichte und Empfehlungen betreffend die Frage vorgelegt, ob die Türkei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen reif ist. Es hat auch einen Fortschrittsbericht gegeben, der den Verlauf der Reformen in den vergangenen fünf Jahren bewertete, eine Studie, die sich erstmals mit den Auswirkungen des türkischen Beitritts auf die Europäische Union auseinandersetzt, und eine Empfehlung der Kommission.

⁴⁴ Metin Aksoy, „Die Türkei auf dem Weg in die EU“, S. 46

Das zweite entscheidende Datum für eine eventuelle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei war der 17. Dezember 2004. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hatten dann bei ihrem Gipfeltreffen anhand der Dossiers der EU-Kommission zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie der Türkei die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen anbieten. Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer befürworteten einen EU-Beitritt, Ähnliches war aus London, Paris und Rom zu hören.

Ob aber tatsächlich Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden, blieb offen. Mindestens die Hälfte der insgesamt 30 EU-Kommissionsmitglieder musste im Oktober den Türkei-Bericht billigen. Dass die Türkei vor 2015 der Europäischen Union beitrifft, hält Brüssels Erweiterungskommissar Günter Verheugen allerdings für ausgeschlossen.⁴⁵

2.4. Das Türkische Nationalprogramm

Zwischen dem Jahr 1999 – Helsinki Abkommen – und dem Jahr 2001 bereitete die damalige türkische Regierung ein Nationalprogramm vor. Ein umfangreiches Programm mit 795 Seiten, das hauptsächlich Versprechen und Zusagen beinhaltet.

Manche dieser Versprechungen und Zusagen sind:

- o Demokratisierung der Institutionen, Meinungsfreiheit, Menschenrechte (genannt werden hier die Punkte, die die Türkei im Demokratisierungsprogramm auflistet)
- o Wirtschaftliche Programme, die mehr ins Detail eingehen, und hierbei einige Zusagen, betreffen unter anderem:
 - Steuer, Inflation
 - Industrielle Programme
 - Freier Zugang der Güter im EU-Raum, freie Marktpolitik, Privatisierung

⁴⁵ <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung219520.html>

- Reduzierung der in der Landwirtschaft geltenden sozialen Garantien, Postenbesetzung, soziale Politik

Die oben genannten Programme entsprechen nicht den sozialökonomischen Voraussetzungen der Türkei.

III. HAUPTPROBLEME D. TÜRKEI AUF DEM WEG ZUR EU

3.1. Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote in der Türkei lag 2003 offiziell bei rund 10 %. Sie dürfte tatsächlich jedoch wesentlich höher liegen, da – anders als in Deutschland – erst Ende 1999 eine Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, nach wie vor aber kaum Anreize bestehen, sich offiziell als arbeitslos zu melden. Die Einkommen sind in den meisten Fällen sehr niedrig. Die Wirtschaftskrise von 2000/2001 hat eine Vielzahl an Unternehmen in den Ruin getrieben. Die Arbeitslosigkeit stieg erheblich, erreichte offiziell zeitweise 12 %, sank dann jedoch wieder. Insgesamt dürfte die reale Arbeitslosigkeit etwa das Doppelte dieser Werte erreichen.⁴⁶

Der Präsident des türkischen Arbeitgeber-Gewerkschaftsbundes Tuğrul Kutadgubilik erklärte: „Das Problem Nummer 1 in der Türkei ist das Beschäftigungsproblem. Es gibt 6 Millionen Arbeitslose in der Türkei. Jedes Jahr kommen 800.000 junge Menschen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist kein Problem, das sich per Zufall lösen beziehungsweise erledigen wird.“

Kutadgubilik übte scharfe Kritik an der Regierung im Hinblick auf ‘Beschäftigung und illegale Wirtschaft’. “Die ‘wahre’ Wirtschaft vertreten jene Arbeitgeber, die ihre Arbeitnehmer angemeldet haben und ihre Steuern und Versicherungen abgeben”, erinnerte Kutadgubilik.⁴⁷

⁴⁶ <http://www.isoplan.de/mi/index.htm?http://www.isoplan.de/mi/tr/tr7.htm>, Politische und Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, 10.2007

⁴⁷ <http://www.byegm.gov.tr/yayinlarimiz/tages/ALM2005/05/05x05x12.HTM>, Türkei und EU. 13.02.2007

1999 lag die registrierte **Arbeitslosenquote** in der Türkei bei 7,6 %. 2000 belief sie sich auf 6,6 %, 2001 auf 8,5 % und 2002 erreichte sie 10,4 %. 2003 betrug die Quote 9 %. In ihrem Bericht für das Jahr 2003 stellte die Europäische Kommission eine weitere Zunahme der Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt fest. Die Arbeitslosenquote schwankte damals deutlich zwischen 13,2 % in städtischen Gebieten und 6,3 % auf dem Land. Die Jugendarbeitslosigkeit war auf über 20 % angestiegen.

Angesichts des relativ hohen Anteils der verdeckten Arbeitslosigkeit dürfte das damalige Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vermutlich deutlich höher ausgefallen sein, als die amtlichen Arbeitsmarktstatistiken erkennen ließen. Im Bericht 2004 hieß es, dass die Arbeitslosenquote der Frauen 2003 einen Wert von 7,3 % erreicht habe, während die Arbeitslosenquote der Männer 9,5 % betrug. Ebenso wurde festgestellt, dass die übrigen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt bestehen blieben. Im Bericht 2005 hieß es, dass sich die Beschäftigungsquote im Jahr 2004 insgesamt auf 43,7 % belaufen habe. Die Quote der Frauen, die knapp unterhalb der Marke von 25 % lag, blieb niedrig, während sich die Erwerbsquote bei den Männern leicht verbessert hatte und von 62,9 % im Jahr 2003 auf 64,7 % im Jahr 2004 angestiegen war.

Es bedürfte noch großer Anstrengungen, um das Arbeitsangebot zu vergrößern, mehr Integration auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen und die Leistungen der Arbeitsämter auf allen Ebenen zu verbessern.

Die Türkei sollte ihre Bemühungen zur Entwicklung einer nationalen Beschäftigungspolitik, die im Einklang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie steht, verstärken. Die Europäische Kommission und die türkischen Behörden waren weiterhin mit der 2003 begonnenen Abfassung eines gemeinsamen Papiers zur Bewertung der Schwerpunkte der Beschäftigungspolitik befasst. Für diese Arbeiten sollte die Heranführungshilfe zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts eingesetzt werden, um so eine Beseitigung der im Evaluierungspapier festgestellten Lücken und Schwachstellen zu ermöglichen.

Im Bericht 2006 werden geringe Fortschritte in der Beschäftigungspolitik verzeichnet. Die geringe Erwerbs- und Beschäftigungsquote vor allem bei Frauen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, das Ausmaß der Schattenwirtschaft und die krassen Unterschiede zwischen

städtischen und ländlichen Gebieten stellten nach wie vor die größten Herausforderungen in diesem Bereich dar.

Im Jahr 2005 ging die Gesamtbeschäftigungsquote auf 43,4 % zurück. Die Arbeitslosigkeit stabilisierte sich bei 10,3 %. Der Umfang der Schwarzarbeit blieb besorgniserregend. Sie machte 50,1 % des Gesamtbeschäftigungsvolumens und 88,2 % der Beschäftigung in der Landwirtschaft aus. Die türkische Arbeitsagentur (ISKUR) war weiterhin um eine Verbesserung ihrer internen Abläufe bemüht. Schließlich waren Fortschritte bei der Abfassung des gemeinsamen Papiers zur Evaluierung der Schwerpunkte der Beschäftigungspolitik durch die Europäische Kommission und die türkischen Behörden zu verzeichnen.⁴⁸

3.2. Minderheiten in der Türkei

Dr. Bahçeli (Partei-Obmann der türkischen Rechten) in seiner Rede im Atatürk-Sport-Saal, beim 8. Partei-Kongress: „Die EU will in der Türkei unbedingt eine Minderheit schaffen, damit wollen sie die Türkei erpressen, indem sie die Unterschiede der Religionen und die Rechtswege ausnützen. Die EU unterstützt und finanziert jeden, der gegen die Türkei ist. Sie unterstützen beziehungsweise schützen auch Personen, die gegen die Brüderlichkeit sind und gewähren solchen Menschen Unterkunft. Die EU will die Türkei in die Knie zwingen.“⁴⁹

Bartholomaios, das religiöse Oberhaupt der Orthodoxen, besuchte die Türkei und Österreich, traf sich hier mit den Regierungsmitgliedern und meinte, dass der EU-Beitritt für die Türkei ein wichtiges Ereignis sei. Bartholomaios betonte auch, dass die Minderheiten dadurch mehr Rechte als zuvor erhalten. Daraufhin versprachen die Regierungsmitglieder in Wien, dass sie alles mobilisieren werden, um die Rechte der Minderheiten in der Türkei zu unterstützen.⁵⁰

Kurz nach dem Besuch wurde die Akdamar-Kirche renoviert. Die renovierte Kirche auf der Insel von Akdamar wurde feierlich eröffnet, und es traten zwei Fragen auf. Man fragte sich,

⁴⁸ <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/e02113.htm>, Türkei, 2007

⁴⁹ Milliyet Gazetesi, 8. MHP Kongresi, 19.11.2006

⁵⁰ Pusula Gazetesi, März-Ausgabe, 2008

mit welcher Absicht diese Kirche renoviert wurde. Zunächst war die Frage, ob Premier Erdogan diese Eröffnung politisch nützen wollte, indem er versuchte, die Meinung der Armenier gegenüber den Türken zu ändern. Oder sollte dies den US-Kongress beeinflussen, damit dieser seine Meinung änderte, da er ja kurz vor einer Abstimmung stand, die die Türkei aus nächster Nähe betraf. Premier Erdogan äußerte sich mit folgenden Worten:

„Das Akdamar-Museum ist eine armenische Kirche, und es ist ein Beweis für Anerkennung und Toleranz, sie zu renovieren und zu eröffnen.“⁵¹

EU: Ein Ausschuss, der in der Türkei die Minderheiten untersuchte, führte in seinem Bericht an, dass den Minderheiten nichts fehle. Der zuständige Obmann des EU-Rat-Ausschusses, Kommissar Yavuz Milden, besuchte in diesem Rahmen die Ureinwohner (Alt-Griechen) der Inseln Gökceada (Imbros) und Bozcaada (Tenedos).

Man kam zu der Erkenntnis, dass diesen Personen nicht das Geringste in Sachen Eigentum, Soziales, Kulturelles oder Ökonomisches fehlte. Es wurde auch erkannt, dass die Jugendlichen freiwillig nach Griechenland auswanderten, um dort zu studieren.⁵²

Trotzdem muss man feststellen, dass die Preise sehr gestiegen sind. Balat ist ein Bezirk in Istanbul, der hauptsächlich von spanischen Juden, Oströmern und Armeniern bewohnt ist. Ein Armenviertel in Istanbul.⁵³

Die Umgebung der Synagoge wird immer teurer, schon jetzt kostet eine Wohnung hier fast 250.000 YTL (umgerechnet ca. 180.000 Euro). Voriges Jahr wurden allein in der Fatih-Gemeinde 3.000 Wohnungen verkauft, 100 davon im Balat-Gebiet. Der Immobilienhändler Sasmaz glaubt, dass das im Rahmen der Projekte geschieht, die von der UNESCO unterstützt werden, den Balat steht auch unter Denkmalschutz der UNESCO. Dies führt dazu, dass in

⁵¹ Zaman Gazetesi, Akdamar-Kirche wurde renoviert, Ara Sarafiyani, 04.04.2007

⁵² Türkiye Gazetesi, Minderheiten auf der Insel Imbros und Tenedos, 17.05.2007

⁵³ www.Tvitamine.com, Tarihsel ve Kültürel Tutarlar (Geschichte und Kultur), 15.10.2006

diesem Zusammenhang die Häuser erneuert werden. Bisher waren 26 Häuser davon betroffen, aber insgesamt werden es 127 Häuser sein, so der italienische Kommissar Luis Mezzano.⁵⁴

3.3. Zypern Konflikt und der Annan Plan

Der **Annan-Plan** war ein Plan der Vereinten Nationen, der die Situation in Zypern neu ordnen und Zypern wiedervereinigen wollte. Benannt wurde der Plan nach dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan. Da über den Plan von beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns getrennt abgestimmt wurde und für eine Umsetzung beide Landesteile hätten zustimmen müssen, ist der Plan an der ablehnenden Haltung der Zyperngriechen gescheitert. Hauptmotive der Ablehnung waren unter anderem die aus griechisch-zyprischer Sicht unausgewogene Kompensation der Vertriebenen von 1974 sowie die Tatsache, dass lediglich 20 % der vertriebenen Zyperngriechen über einen Zeitrahmen von 25 Jahren zurückkehren durften, während auf der anderen Seite sämtliche türkischstämmige Vertriebenen das Recht auf Rückkehr und Repatriierung zuerkannt wurde.

Ein weiteres Problem aus griechisch-zyprischer Sicht war die im Annan-Plan vorgesehene dauerhafte Präsenz von türkischen Armeeeinheiten.⁵⁵

Zudem wäre nach diesem Plan die Wirtschaft des Vereinigten Zyperns permanent getrennt: Weder war eine gemeinsame Währung vorgesehen noch eine gemeinsame Fiskalpolitik; darüber hinaus wären Investitionen griechisch-zyprischer Unternehmen im türkisch-zyprischen "Bundesstaat" grundsätzlich untersagt. Dennoch war der Annan-Plan bis dato die einzige reale Gelegenheit für die beiden Bevölkerungsgruppen, die Teilung der Insel zu beenden und den Aussöhnungswillen zu bekunden.⁵⁶ Die größte Hürde für den Chef der EU-Verhandlungen der Türkei auf dem Weg in die EU ist das Zypern-Problem.⁵⁷

⁵⁴Tercüman Gazetesi, Balat in Durumu(Die Letzte Lage Von Balat) Çelik Çelikyaman, 03.09.2007

⁵⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Annan-Plan_-_note-0#_note-0, Zypern und Annanplan, 21.26.2008

⁵⁶ www.de.wikipedia.org/wiki/Annan-Plan_Zypern_und_Annanplan, 21.26.2008

⁵⁷Der Kurier, Zypern Problem, 23.03.2006

3.3.1. Einige Fakten zum Zypern-Konflikt

- Bei den Volksabstimmungen, die am 24. April 2004 zur Findung einer endgültigen Lösung für das Zypern-Problem abgehalten wurden, haben die türkischen Zyprioten für die Wiedervereinigung, die griechischen Zyprioten dagegen gestimmt.
- Wenn bei der Volksabstimmung beide Seiten für die Wiedervereinigung gestimmt hätten, wäre ein Staat entstanden, der aus zwei Teilen besteht. Der Norden hätte Teile seiner Gebiete dem Süden abgegeben. Dann hätten Hunderttausende türkische Zyprioten von ihren Aufenthaltsorten zu den neu geschaffenen Ansiedlungsorten übersiedeln müssen. Außerdem hätte die Türkei ihre Truppen von der Insel abgezogen.
- Im Gegenzug wären die türkischen Zyprioten rechtlich gleichgestellt und hätten an der Verwaltung teilgenommen.
- Die türkische Sprache wäre eine der Amtssprachen der EU geworden.
- Aufgrund des negativen Resultats der Volksabstimmung hat der Europäische Rat mit einem Beschluss vom 26. April 2004 zugesichert, die Isolation der türkischen Zyprioten zu beenden.
- Am 01. Mai 2004 wurde die griechisch-südzypriotische Verwaltung unter dem Namen „Republik Zypern“ als Vollmitglied in die EU aufgenommen.
- Der Norden der Insel wurde von der Anwendung des EU-Rechts ausgenommen. Das heißt, die Insel wurde als geteilte Insel in die EU aufgenommen.
- Die EU-Verordnungen über den direkten Handel und die Finanzhilfe zur Beendigung der Isolation konnten noch nicht realisiert werden. Diese werden von „Zypern“ blockiert.
- Die türkische-zypriotische Bevölkerung leidet seitdem unter Embargos. Ihre Reisefreiheit wird eingeschränkt.

- Die türkisch-zypriotische Bevölkerung hat seitdem nicht einmal die Möglichkeit, an den internationalen Kultur- und Sportaktivitäten sowie an allen anderen Tätigkeiten im Sozialbereich frei teilzunehmen.
- Zwischen der Türkei und der griechisch-südypriotischen Verwaltung wird Handel betrieben. Das Handelsvolumen beträgt 6 Mio. Dollar.
- Die griechischen Zyprioten können an den internationalen Kultur- und Sportaktivitäten in der Türkei sowie an allen sozialen Tätigkeiten teilnehmen.
- Die griechischen Zyprioten können in die Türkei ohne Visum einreisen.
- Zur Erweiterung der Zollunion auf alle am 01. Mai 2004 in die Union aufgenommenen 10 neuen EU-Mitgliedstaaten einschließlich der griechisch-südypriotischen Verwaltung hat die Türkei das Zusatzprotokoll am 17. Juli 2005 unterschrieben. Es bedarf der Ratifizierung durch das Parlament.
- Das Zusatzprotokoll muss auch vom Europäischen Parlament ratifiziert werden. Das Verfahren zur Ratifizierung wurde aber vom EP ausgesetzt.
- Die Türkei hat die Aufhebung des gegenseitig verhängten Embargos vorgeschlagen.
- Das geteilte Zypern darf seine EU-Mitgliedschaft nicht ausnutzen. Die Türkisch-Zyprioten sollten nicht mehr isoliert bleiben.⁵⁸

In ihrer Rede im Weltwirtschaftsforum sagte die Vorsitzende der Dogan GesmbH, Frau Hanzade Dogan: „In der türkischen Bevölkerung ist die Befürwortung des EU-Beitritts von 70 % auf 30 % gesunken; schuld daran ist die EU selbst. Die türkischen Zyprioten haben den Annan-Plan befürwortet, aber die griechischen Zyprioten haben dagegen gestimmt. Was ist das Ergebnis? Wir wurden dafür bestraft und die griechischen Zyprioten belohnt. Für die türkische Bevölkerung verliert die EU an Glaubwürdigkeit.“⁵⁹

⁵⁸ <http://www.tuerkeidialog.at/news/article/48/14.html>, Einige Fakten zum Zypern-Problem. 01.11.2007

⁵⁹ Milliyet Gazetesi, Annan Planı (Annan-Plan in Zypern), 23.09.2006

I. Türkischer-Zyprioten-Präsident Rauf Denktas: „Wenn die türkische Armee sich zurückzieht, heißt das, dass wir die Insel den griechischen Zyprioten überlassen. So eine ähnliche Frage stellte der Zyprioten-Abgeordnete Marios Matsakis in der EU dem türkischen Außenminister Ali Babacan.

Er fragte, wann der Rückzug der türkischen Armee aus Zypern beginnt. Daraufhin antwortete der türkische Außenminister: „Wenn die griechischen Zyprioten den Annan-Plan unterzeichnet hätten, wäre der Rückzug schon längst abgeschlossen.“

„Wir haben unsere roten Linien, die ernst zu nehmen sind. Unter anderem müssen beide Seiten akzeptieren, dass auf der Insel zwei Nationen sind, zwei verschiedene Demokratien und zwei verschiedene Staaten existieren. Wenn wir diesen Realitäten nicht ins Auge sehen und diese nicht ernst nehmen, dann hat das Ganze keinen Sinn mehr“, so Denktas.⁶⁰

3.4. Armenier-Konflikt

Einer der wichtigsten armenischen Journalisten, Harut Sasunyan, der zur Zeit in den USA lebt, sagte in seiner Rede: „Es ist unser Ziel, dass die Türkei den Völkermord an den Armeniern anerkennt, uns die Entschädigung zahlt und uns das armenische Territorium wiedergibt.“ Der Inhaber des California-Courier und Besitzer der armenischen Internet-Seite „AZG Daily“ betonte in seiner Rede: „Wir müssen unsere Strategie, die wir seit Jahren vertreten, durchsetzen. Wir betonen immer das Gleiche: Völkermord anerkennen, Entschädigung bezahlen und zum Schluss übernommenes Gebiet an die Armenier zurückgeben. Das hat bis jetzt wenig gebracht, ab jetzt müssen wir zum Internationalen Gericht gehen und dort klagen.“⁶¹

⁶⁰Yenicag Gazetesi, Annan Planı (Annan Plan), Rauf Denktas, 22.11.2007

⁶¹ <http://www.sabah.com.tr/haber,C3FA8BE3781D47F88AD236837BCFCD38.html>, 13.12.2007

Die Verleumdung vom angeblich erfolgten armenischen Völkermord wurde im französischen Parlament mit einem Gesetzesvorschlag anerkannt. Eingebracht wurde dieser von der Sozialistischen Partei.⁶²

Der abgesegnete Gesetzesentwurf empörte die regierende AK-Partei in der Türkei. Außenminister Abdullah Gül schickte ein Schreiben an einige Ministerien.

„... wegen dieses Gesetzes sollen die Boykotte der französischen Firmen weitergehen...“⁶³

Die Türkei hat offenbar die Verhandlungen mit dem französischen Energiekonzern „Gaz de France“ (GdF) über die geplante Nabucco-Pipeline, die Gas aus dem kaspischen Raum nach Europa bringen soll, ausgesetzt. Als Grund nannten Vertreter des Energieministeriums den Armenier-Beschluss der französischen Nationalversammlung. Ein Sprecher der GdF wollte die Angelegenheit nicht kommentieren.⁶⁴

Premier Erdogan traf in der 44. Münchner Sicherheitskonferenz den armenischen Außenminister Vartan Oskanyan, wo es schließlich zu einem Wortgefecht zwischen den beiden kam. Vartan Oskanyan äußerte sich und sagte: „Obwohl unsere Länder keinen Krieg führen, haben wir trotzdem keine bilaterale Beziehung. Auf eine Frage diesbezüglich erhalten wir von der türkischen Seite entweder die Ereignisse, die nach 1915 passiert sind, oder die Karabakh-Frage als Antwort. Daraufhin antwortete Erdogan: „Nachdem ich Regierungsoberhaupt wurde, haben wir die Türen des Dialogs geöffnet. Seither gibt es Cargo-Transporte, des Weiteren haben wir die Akdamar-Kirche am Van-See für unsere armenischen Mitbürger restauriert und eröffnet, als ein Zeichen der Freundschaft und der Bereitschaft für Dialoge. Außerdem leben in der Türkei zur Zeit 40.000 Menschen aus Armenien, die bei uns Zuflucht gefunden haben und nicht die türkische Staatsbürgerschaft besitzen. Am besten, Sie stellen sich selbst einmal die Frage, warum das so ist. Die Türkei ist ein Friedensland. Des Weiteren hat die ganze Welt gesehen, wer der eigentliche Besitzer von Berg Karabakh ist. Wenn Sie Berg Karabakh zurückgeben, könnten die Aserbaidshaner in ihre Wohnungen einziehen, und

⁶²Yenicag Gazetesi, Sözde Soykırım, (armenische Völkermord-Verleumdung), 12.10.2006

⁶³Hürriyet Gazetesi, Fransızlara Boykot(Boykotte für den Franzosen) Yalcin Dogan, 07.04.2007

⁶⁴Der Standard, Türkische Boykotte gegen die Franzosen, 06.04.2007

so hätten auch sie etwas für den Frieden getan. Der Karabakh-Krieg zeigt uns ansonsten nur, wer hier Völkermord begonnen hat.“⁶⁵

3.5. Ägäischer Konflikt mit Griechenland

Im Jahr 1926 (28. Februar), auf einer Yacht-Tour von Mersin nach Izmir, sah der damalige Staatsmann Ismet İnönü, wie nah die Insel am Festland liegt und musste Rauf Denktas Recht geben. Nach dem Pariser Abkommen im Jahr 1947, Artikel 14, haben wir die 12 Inseln (Dodekanes) den Griechen geschenkt. Präsident Ismet İnönü, Premier Hasan Saka, Außenminister Necmeddin Sadak haben den Fehler begonnen, keinen Zusatzartikel in das Abkommen von Paris einzufügen.

Wenn die Griechen ihren Forderungen nachgehen würden, das heißt ihre Hoheitsgewässer von 6 Meilen auf 12 Meilen ausdehnen würden, dann würde das Ägäische Meer zu 97 % den Griechen gehören. Wenn ein Schiff von Istanbul nach Izmir will, braucht es dann ein Visum von den griechischen Behörden.

Es ist noch immer ein Dilemma, warum der Dodekanes den Griechen gehört. Außer dem Dodekanes gehören noch folgende Streitthemen zur Tagesordnung des Ägäischen Problems zwischen den zwei Nachbarstaaten: FIR, Militarisierung und Bewaffnung der Inseln, Luftraumhoheit. Die Griechen versuchen, wie in Zypern, auch die Ägäischen Inseln zur Gänze zu besetzen und das Meer zu einem griechischen See zu erklären.⁶⁶

Von November 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (Mai 1945) waren die Inseln in deutscher, dann bis 1947 in britischer Hand. Erst dann wurde die Inselgruppe, die sich bogenförmig um die türkische Küste spannt, an Griechenland abgetreten. Der Dodekanes

⁶⁵ <http://www.milliyet.com.tr/2008/02/10/dunya/dun01.html>

⁶⁶ Türkiye Gazetesi, Ege Kibrislastirilmak isteniyor, (Ägäis wollen sie Zypernisieren), 10.07.2003

bildet den südöstlichen Teil des griechischen Territoriums. Hauptstadt, Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum ist die Präfektur in Rhodos (Stadt).⁶⁷

In der Außenpolitik belastet der griechisch-türkische Konflikt um Zypern sowie die Kontroverse um die Hoheitsrechte in der Ägäis die Beziehungen beider Staaten.⁶⁸

Ein Beispiel ist der Bericht eines türkischen Oberbefehlshabers: „Die türkischen Kampffjets wurden von den griechischen Kampffjets im internationalen Flugraum heute Morgen insgesamt siebenmal behindert. Bei einem im ägäischen Teil des Mittelmeers stattfindenden Manöver hoben die F-16 und F-4E Kampffjets von den Limni- und Skiros-Inseln ab und behinderten so unsere Jets.“⁶⁹

3.6. Die Kurdenfrage

Man muss die Kurden und die PKK gut definieren. Der Deckel vom Topf ist der Marxismus und der Alevismus. Die Vorstandsmitglieder der PKK sind aus Pazarcik, Elbistan und Tunceli, wobei die meisten die stalinistische Ideologie vertreten. Aber der Topf selbst ist der Sunnismus, der Schafismus und die Nakschibendi. Die Sache ist so, wie sie sein soll. Wie Topf und Deckel zusammenpassen.

Es ist also eine Uneinigkeit, ein Kontrast zwischen oben und unten, der den Kochtopf jetzt zum Pfeifen bringt. Auf die Frage, wie alles bis jetzt funktionierte, antwortete Herr Tan: „Weil das Feuer jetzt unter dem Topf ist und es zu brennen begonnen hat. Bis jetzt haben wir uns als Volk einigem unterziehen müssen, aber der Topf pfeift jetzt und macht sich bemerkbar, somit sollte man den Deckel wegnehmen. Nicht ein einziger von denen fastet im Ramadan, von den 22 unabhängigen DTP-Abgeordneten verrichtet keiner seine Pflichten als Gläubiger, keiner fastet vollständig. Das ist eine Feststellung, ich will dabei niemanden verletzen. 70 % der Wähler von DTP fasten im Monat Ramadan und 65 % verrichten das

⁶⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Dodekanes>, 08.08.2008

⁶⁸ <http://www.gottwein.de/Hell2000/gesch05.php>, Marc Endlich: Neuere griechische Geschichte, 2008

⁶⁹ Vatan Gazetesi, Yine Ucaklarimiza Taciz, (Wiederum behindern sie unsere Jets) 28.11.2007

tägliche Gebet. Wenn man sich die Meetings von Orhan Dogan ansieht, sieht man, dass die Hälfte der Frauen verschleiert ist. An und für sich sind die Wähler von DTP wie die Wähler von AKP. Die Führung ist wie CHP: Also sie assoziieren sich nicht mit ihren Wählern.“⁷⁰

Wer hat jetzt den Kurden gesagt: „Halt, du bist Kurde, du darfst nicht in diese Stadt hinein, da darfst du nicht arbeiten, da darfst du deinen Job nicht ausüben.“ In diesem Staat sind einige berühmte Personen Kurden, z. B. Sänger, Geschäftsleute, Kabarettisten, Disco-Besitzer, Hotel-Besitzer; die meisten Kino-Stars sind Kurden (Ibrahim Tatlis, Özcan Deniz, Ceylan, Yilmaz Erdogan etc.).⁷¹ Aber gab immer wieder Aufstände – in der Ost-Türkei sind die wichtigsten.

3.6.1. Kurdische Aufstände

1806	Baban (Nomadenstamm), Abdurrahman-Pascha-Aufstand
1833-1837	Mir-Mohammed-(Soran)-Aufstand
1843	Bedir-Han-Aufstand
1855	Yazhan-Şer-Aufstand
1878-1881	Şeyh-Ubeydullah-Nehri-Aufstand
1919-1922	Simko-(Ismail Ağa)-Aufstand
11. Mai 1919	Ali-Batı-Aufstand

⁷⁰ http://www.haberdiyarbakir.com/news_detail.php?id=3927Diyarbakır Haber, Altan Tan, 10.12.2007

⁷¹ Hakan Celik Türk vatandasi (ein türkischer Bürger)

21. Mai 1919	Mahmut-Berzenci-Aufstand
06. März 1921	Koçgiri-Aufstand
04. September 1924	Beytüşşebab-Aufstand
13. Februar 1925	Şeyh-Sait-Aufstand
10. Juni 1925	Nehri-Aufstand
07. August 1925	Reşkötan-Raman-Aufstand
November 1925	1. Sason-Aufstand
16. Mai 1926	1. Ağrı-Aufstand
21. Jänner 1926	Hazro-Aufstand
07. Oktober 1926	Koçuşağı-Aufstand
26. Mai 1927	Mutki-Aufstand
13. September 1927	2. Ağrı-Aufstand
07. November 1927	Bıcar-Aufstand
06. Juli 1929	İt-Resul-Aufstand
20. September 1929	Tendürek-Aufstand
26. Mai 1930	Savur-Aufstand

20. Juni 1930	Zilan-Aufstand
21. Juli 1930	Oramar-Aufstand
07. September 1930	3. Ağrı-Aufstand
24. November 1930	Pülümür-Aufstand
September 1930	2. Mahmut-Berzenci-Aufstand
November 1931	Şeyh-Ahmed-Barzani-Aufstand
Jänner 1937	2. Sason-Aufstand
21. Mai 1937	Dersim-Aufstand
1950	Die ersten politisch-kurdischen Bewegungen
1961	Kurdisch-Demokratische Partei, in Silopi
1964	Revolutionärer kurdisch-demokratischer Kulturverein
1974	Sozialistische Kurdistan-Partei in der Türkei
1974-1976	Kurdische Bewegungen: Kawa, Denge-Kawa, KUK, Rizgari, Ala-Rizgari, Tekoşin
1978	Gründung der PKK im Lice-Fis Dorf

Was wir als allererstes betrachten müssen: Sehr viele Kurdenstämme haben ihre Ursprünge im türkischen Karakeceli, der von einem Oguz-Kayi-Stamm abstammte, wo aber heute kurdisch gesprochen wird. Zum Oguz-Stamm gehörten 24 Unterstämme, die über Jahre hinaus kurdisiert wurden. Dazu gehört auch der Beydili-Stamm. Grund dafür sind die türkisch-iranischen Kriege.

Serbisch-kroatisch stämmige Paschas in der osmanischen Zeit haben die alevitischen Turkmenen in den Iran verdrängt, später wurden diese Siedlungen von den kurdischen Stämmen besetzt.

Die Turkmenen, die keine Zuflucht im Iran gefunden haben, sind unter den kurdischen Großstämmen geblieben. Die Kurden entrichteten hier keine Steuern und mussten keinen Präsenzdienst leisten. Sie waren hier privilegiert. Die Turkmenen hingegen wurden „Celali“ oder „Kizilbas“ genannt. Daraufhin haben sich die Turkmenen auch als kurdisch-stämmig ausgegeben. Auch in der Zeit von Sultan II. Abdulhamid wurden diese Privilegien weiter verlängert, dadurch haben sich alle hier Lebenden als Kurden registrieren lassen. So sind alle von Steuern und vom Militärdienst im Ausland verschont geblieben!⁷² Der EU-Ausschuss teilte mit, dass die PKK in der Liste der Terror-Gruppen geführt wird.⁷³

Ein griechischer Kolporteur berichtete in seiner Kolumne, dass sich auch Europäer am Kandil-Berg befinden, wo sich die PKK verschanzt hat. Herr Yannis Kanakis („Elefterotipia Zeitung“) besuchte den Berg Kandil und schrieb in seiner Kolumne, dass die Terroristen überwiegend aus der Türkei und aus Syrien kommen, aber dass darunter auch sehr viele Europäer sind.⁷⁴

Italiens Außenminister und Vize-Premier Massimo D'Alema erzählte bei seinem Besuch in der Türkei über die Gefangenschaft Abdullah Öcalans in Italien. Der türkische Botschafter in Rom, Inal Batu, besuchte den Vize-Premier und bat ihn, Öcalan an die Türkei auszuliefern, wenn dies nicht möglich sei, dann eben an ein Land, wo er keine Verbindung zu seinem

⁷² Yenicag Gazetesi, Kürtlesen Türkler,(Kurdisierte Türken) Aslan Bulut, 09.04.2007

⁷³ Pusula Gazetesi, Terör Örgütü PKK, (Terror Gruppe PKK), 04.04.2007

⁷⁴ Milliyet Gazetesi, Avrupa'lilar Kandil'de (Europäer auf dem Kandil), 15.04.2007

Netzwerk bekäme. Das alles lehnten die Italiener ab. Was auch Inal Batu sehr gestört hat, war der Empfang Öcalans als VIP.⁷⁵

Europol berichtet in seinem Report, dass sich die Terrororganisation PKK hauptsächlich durch ihre Einnahmen aus den Erpressungsgeldern im Ausland finanziert. Hohe Einnahmen bedeuten zugleich eine hohe Zahl an Attentaten in der Türkei. Diese Faktoren sind abhängig voneinander. In seinem Bericht: „EU-Terror und Erwartungen im Jahr 2007“ betont Europol, die Gruppe habe seit 2003 den Namen „Kongra-Gel“ und sei verantwortlich für die Attentate in Marmaris, Antalya, Kusadasi, wobei mehrere Touristen aus Irland, Holland und England ums Leben kamen.⁷⁶

Mindestens zwölf türkische Soldaten wurden getötet, als 200 PKK-Rebellen einen Militärkonvoi in der Provinz Hakkari mit Raketenwerfern angriffen und eine Brücke in die Luft sprengten. Dies war die größte PKK-Gewaltaktion seit Jahren. Laut PKK seien die türkischen Verluste deutlich höher, viele Soldaten seien gefangen genommen worden. Außerdem wurden 14 Zivilisten durch eine Mine unter einem Kleinbus schwer verletzt.

Erst am Mittwoch hatte das türkische Parlament grünes Licht für grenzüberschreitende Einsätze gegeben.

Die Türkei will trotz der jüngsten Gefechte aber zunächst keine Offensive gegen kurdische Rebellen im Irak starten. Es müsse nicht zwingend eine sofortige Reaktion auf die Angriffe auf türkische Soldaten geben, erklärte Verteidigungsminister Vecdi Gönül am Sonntag nach Gesprächen mit seinem US-Kollegen Robert Gates in Kiew. Das türkische Militär plane zwar grundsätzlich einen solchen Einsatz. Dieser solle aber bevorzugt gemeinsam mit den USA durchgeführt werden.

Oppositionspolitiker forderten nach dem Anschlag von Hakkari, Premierminister Recep Tayyip Erdogan solle der Armee unverzüglich den Marschbefehl erteilen. Erdogan forderte die Armee aber auf, mit kühlem Kopf über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

⁷⁵ Aksam Gazetesi, Italyanlar ve Öcalan, (Italiener und Öcalan), 12.05.2007

⁷⁶ Pusula Gazetesi, Yine PKK Terörü, (Wieder PKK Terror), 18.04.2007

Experten rechneten zwar damit, dass die Regierung der Armee die Genehmigung geben wird, PKK-Kämpfer auf nordirakischem Gebiet zu verfolgen, die Möglichkeit einer großflächigen Invasion wurde jedoch allgemein für unwahrscheinlich erachtet.

3.6.2. Das Recht, die PKK zu "vernichten"

Dass ein türkischer Einmarsch in den Nordirak aber im Bereich des Möglichen bleibt, zeigte die Reaktion von Staatspräsident Abdullah Gül. Wenn der Irak die PKK-Angriffe auf türkischem Boden nicht unterbinde, habe die Türkei das Recht, in den Nordirak einzumarschieren und die PKK zu "vernichten", sagte Gül am Sonntag. Diese Aussicht sorgt seit einiger Zeit für gewaltige internationale Spannungen. Die USA und die EU warnten die Türkei vor Alleingängen in der Pulverfass-Region. Die Türkei beklagte im Gegenzug, dass man den Verbündeten USA bereits wiederholt aufgefordert habe, entschlossener gegen die Aktivitäten der verbotenen PKK im Nordirak vorzugehen.

Nach der Entscheidung des türkischen Parlaments, die Gangart gegenüber der PKK im Nordirak zu verschärfen, hatte die Zentralregierung in Bagdad zwar um Zeit gebeten, selbst gegen die Terrororganisation vorzugehen. Doch schloss der irakische Präsident Jalal Talabani am Sonntag aus, dass PKK-Chefs an die Türkei ausgeliefert werden könnten. Talabani stammt selbst aus dem Nordirak. Der Präsident der kurdischen Autonomiezone im Nordirak, Massud Barzani, unterstrich, die PKK sei keine Terrororganisation, sondern würde sich nur gegen türkische Angriffe verteidigen.

3.6.3. Eskalation provoziert

Kenner der radikalen Kurdenbewegung sind der Meinung, dass die PKK ihre Angriffe in den Oktoberwochen 2007 bewusst intensiviert hat, um einen Einmarsch der Türkei in den Nordirak und damit eine Eskalation in der Region zu provozieren. Damit will die PKK unter anderem versuchen, ihren in jüngster Zeit geschwundenen Rückhalt bei den türkischen Kurden wieder zu stärken und den grenzüberschreitenden Nationalismus wieder

anzufachen. Ziel der PKK ist ein unabhängiger Kurdenstaat. Dieser wird von allen Seiten abgelehnt – nicht nur, weil er die Region destabilisieren würde, sondern auch weil er über einen beachtlichen Teil der irakischen Ölvorkommen verfügen würde.⁷⁷

Die Generäle im Osten der Türkei, die jahrelang mit der PKK gekämpft haben, erzählten, dass sie auch Fehler gemacht haben. Die Vier-Stern-Generäle erzählten ihren Erfahrungen zum ersten Mal dem „Milliyet Gazetesi“-Korrespondent und Schriftsteller Fikret Bila:

3.6.3.1. General Doğan Güreş

(Sondereinheiten): „Zuerst wurden sie in Ankara gegründet, dann sind alle unter Kemal Pascha in den Südwesten der Türkei geschickt worden.

Die Truppen wurden wie die PKK ausgerüstet. Sie sind in den Bergen geblieben und haben von dort aus ihren Kampf fortgesetzt. Diese waren sehr tapfere, starke Leute und konnten zudem auch mit allen Waffen und Geräten umgehen.“

3.6.3.2. General Hilmi Özkök

(Operation im Nordirak): „In der Öffentlichkeit herrscht eine Stimmung, als könnte man das Problem lösen, indem man eine militärische Operation im Nordirak startet. Aber leider ist es nicht so einfach.

Wir haben schon des Öfteren solche Operationen durchgeführt. Aus diesem Grund kann ich aus Erfahrung sagen, dass sich die Feinde 200 km zurückziehen können, nachdem wir in den Nordirak einmarschieren. Der Feind hat nämlich zumeist nur einen Rucksack und ein Gewehr. Hinzu kommt auch noch, dass sie Bekannte in diesen Gebieten haben. Wir können

⁷⁷ Die Presse, Eskalation provoziert, 21.10.2007

also nicht viel erreichen, außer unsere Entschlossenheit zu zeigen. Das wäre die einzige Nachricht, die wir in einem derartigen Fall übermitteln können.“

3.6.3.3. General Aytac Yalman

„Die Türkei müsste eigentlich das Ganze, als ein soziales Problem betrachtet, schon längst gelöst haben. Wenn wir alles aus diesem Blickwinkel betrachten, heißt es dann, die eigene Sprache sprechen, eigene Lieder singen, die eigene Kultur weiterzuführen. Wir haben damals die kurdische Existenz verleugnet und solche sozialen Meinungen als separatistische Ansichten betrachtet. Soziale Seiten haben wir nicht gesehen. Die USA hatte ihre Pläne über den Irak vor Jahren geplant, dabei brauchte sie die Hilfe der Kurden in Nordirak, außer Barzani und Talabani war Öcalan auch im Spiel. Was die Amerikaner gemacht haben? Sie übergaben Öcalan an uns, aber führten die Existenz der PKK im Nordirak weiter.“

3.6.3.4. General İsmail Hakkı Karadayı

„Die früheren Aufstände waren im Vergleich zur PKK harmlos, weil sie nicht gut organisiert waren. Die PKK hat die volle Unterstützung aus dem Ausland. Ein separatistisch orientierter Aufstand. Sie wollen die türkische Republik spalten. Die Situation wurde zuerst als ein ‚Persönlichkeits-Problem‘ dargestellt. Es gibt in der Türkei kein solches Problem. Wenn man mit solchen Dingen beginnt, dann findet das Ganze kein Ende, es wird anderen Minderheiten ein Beispiel sein. Das ist eine gefährliche Position. Der Kampf mit Terror ist nicht allein unsere Aufgabe. So eine Operation, wie wir sie gemacht haben, ist einmalig, weil wir die Operationen mit Trommeln geführt haben, d. h. sie vorher angekündigt haben. Die Grenze dort ist sehr schlecht passierbar und sehr riskant. Die Engländer haben damals Grenzen bestimmt, die über die Berge gehen. Wenn die Engländer ihre Finger im Spiel haben, müssen wir achtgeben. Die PKK nützt das voll aus. Die Engländer haben das vorher geplant.“

3.6.3.5. General Kenan Evren

„Mit der Militärrevolution vom 12. September 1980 haben wir einen Fehler begangen, indem wir die kurdische Sprache untersagt haben. Wir forderten sie auf, in Meetings, in Schulen und überall sonst nur türkisch zu reden. Dass das ein großer Fehler war, haben wir auch auf der anderen Seite gesehen, da die Kinder Schwierigkeiten in der türkischen Sprache hatten, sowohl beim Schreiben als auch beim Lesen. Ich war verärgert, dann haben wir dieses Gesetz erlassen. Später haben wir wieder diesen Fehler wieder behoben, aber es war sehr hart. Sogar die Beamten müssen die kurdischen Sprachen beherrschen. Beim Treffen mit Özal erzählte mir dieser über seine Überlegungen in Bezug auf den Irak, er wollte mit den Amerikanern ein Bündnis bilden und die Stadt Mousul übernehmen. Ich habe ihm davon abgeraten und ihm mitgeteilt, dass es sonst eine Katastrophe für uns wäre. Außerdem war es auch ein großer Fehler, dass wir Öcalan nicht erhängt haben.“

3.6.3.6. General Necati Özgen

„Beim Ereignis in Sirnak haben wir unsere Stärke gezeigt. Es war fast ein Ende der lokalen Institutionen. Die ganze Stadt war ohne unser Wissen mit Terroristen besetzt worden. Beinahe hätten diese die PKK-Fahne wehen lassen. In der Stadt war fast nirgends Sicherheit. Es war ein geplanter Aufstand. Von allen Seiten wurde auf uns gefeuert, aus allen Ecken und Häusern. Wir waren in Lebensgefahr.“

3.6.3.7. General Hasan Kundakçı

„Im Jahr 1986 waren sie nicht so stark wie heute. Sie haben dieselbe Strategie wie Mao in China. Am Anfang haben unsere Streitkräfte die Sache wirklich ernst genommen, aber leider waren die Politiker nicht ganz involviert und zeigten Desinteresse. Damals hatten sie große Angst, erwischt zu werden.“

3.6.3.8. General Altay Tokat

„Apo (Abdullah Öcalan) wurde festgenommen und sollte erhängt werden, das war der Beschluss des unabhängigen Gerichts. Was hat das TBMM getan? Es hat das Urteil des Gerichts nicht vollstreckt. Der Ausschuss der Koalitionsparteien (DSP-MHP-ANAP) hat den Endbeschluss nicht zum Parlament weitergeleitet, damit ist Apo verschont geblieben. Das war ein großer Fehler, dadurch wurde die PKK legalisiert und ist amnestiert worden. Wenn man mit einer Terror-Gruppe konfrontiert ist, dann muss man Führungskräfte eliminieren. Weil er nicht beseitigt wurde, ist das Terroraufkommen viel mehr geworden als vorher. Allein für den Terroristen sollte man die Todesstrafe einführen.“

3.6.3.9. Präsident Süleyman Demirel

„Die PKK haben wir am Anfang unterschätzt. Es war nur der Gipfel vom Eisberg. Unser Militär war zwar für Sahara-Kämpfe ausgebildet, jedoch nicht für den Guerilla-Kampf, wohingegen die PKK für den Guerilla-Kampf vorbereitet war beziehungsweise ihn betreibt. Selbst wenn das kurdische Volk keine Spaltung wünscht, herrscht im Augenblick ein großer Aufstand. Allein die eigene Sprache führt schon zur Spaltung des Landes, das ist nicht denkbar. The Big Game hat begonnen, die Auswirkungen werden sich schon in den nächsten zehn Jahren herausstellen.“

3.6.3.10. General İlker Başbuğ

„Die Terrorgruppe plant eine Teilung der Türkei, weil diese Gruppe einen ethnischen Nationalismus betreibt. Das heißt, sie wollen unsere Einheit zerstören. Personen, die andere Sprachen lernen und sprechen können, kann man nur beneiden und respektieren, aber diese Sprachen als Bildungssprache einzuführen, ist wieder etwas anderes.“⁷⁸

⁷⁸ Milliyet Gazetesi, Komutanalar Cephesi, (Ansicht der Kommandanten) Fikret BILA, 12.11.2007

Nach einem Attentat auf eine Militärbasis wurden in Sirnak 13 türkische Soldaten erschossen. Aber sowohl die deutschen, als auch die österreichischen und Schweizer Medien wollten die Attentäter nicht als Terroristen bezeichnen. Stattdessen nannten sie es einen ganz normalen Kampf zwischen zwei Streitkräften. Z. B.: Die „Welt Zeitung“ bezeichnete sie als PKK-Guerillas, kurdische Freiheitskämpfer oder extreme Kurden, aber von Terror war keine Rede.

Auch die Axel-Springer-Mediengruppe schreibt in ihrer Ausgabe, dass die kurdischen Parlamentäre die Stimme der Kurden sein werden und das Ganze in die Weltöffentlichkeit tragen werden. Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) bezeichnete sie als „Verbotene Kurdische Partei“ oder sogar als „Guerillas“. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) bezeichnete sie als „Kurdische Arbeiterpartei“ oder auch „extreme Kurden“. Die neue Züricher Zeitung (NZZ) beschreibt sie wiederum als „Verbotene Arbeiterpartei“. In Österreich berichtet die APA auch über einen kurdischen Aufstand und nennt sie „Verbotene Kurdische Arbeiterpartei“. „Terror“ und „PKK“ sind nie im selben Kontext zitiert worden. Auch die viel gelesenen Zeitungen wie Standard, Kurier, Kronen Zeitung beschreiben den Vorfall mit „kurdische Aufständische“ oder „Kurdische Arbeiterpartei“. Sogar die Kronen-Zeitung schreibt in einer Schlagzeile: „Die EU verlangt von der Türkei Seriosität.“ Außerdem schreibt die Zeitung auch, dass die Türkei die Grenzen im Nordirak respektieren müsse.

Wenn man diese Frage an die DPA (Deutsche Presseagentur) stellt und fragt: „Warum verwenden Sie nie das Wort Terror in Bezug auf die PKK?“ Dann antworten diese: „Da handelt es sich nicht um Zivilisten, sondern um eine Militär-Offensive“. Aber selbst beim Attentat in Istanbul mit 7 Toten (Anafartalar-Markt) spricht man, wiederum im ZDF, von einer „verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans“. Vom Terror ist wiederum nicht die Rede.⁷⁹

R.T. Erdogan zu den westlichen Staaten: „Wenn ihr die PKK nicht als Terrororganisation einstuft, dann werden wir die Al-Kaida als aufständisch betrachten.“

⁷⁹ <http://www.zamanavusturya.at/details.php?haberid=638>, Avrupa basını PKK'ya terör örgütü demiyor, (Medien in Europa betrachtet nicht als Terror), 20.10.2007

3.7. Terror und die Fakten in der Türkei

In den letzten 22 Jahren sind in der Türkei 46.000 Terrorakte vorgekommen. Seit 1984 sind genau 30.628 Menschen wegen dieser Terrorakte gestorben, darunter 508 Kinder. Ca. 5 Mio. Menschen wurden aus ihren Dörfern evakuiert. Von 1984 bis heute waren 5 Bundespräsidenten, 8 Premiers und 7 Oberbefehlshaber im Amt. Nach offiziellen Angaben betragen die direkten Kosten in der Türkei bis jetzt 100 Milliarden US-Dollar. Und indirekt belaufen sich diese Kosten auf mehr als 300 Milliarden US-Dollar. Um eine Vorstellung von der Höhe dieses Betrags zu vermitteln, einige Beispiele, wie man diese 300 Milliarden US Dollar noch investieren könnte:

- 7 südanatolische Projekt (GAP)
- Der Betrag entspricht den Außenschulden der Türkei.
- Bau von Autobahnen in einer Länge 30.000 km, aktuell realisiert ist nur die Hälfte
- 5 Mio. Klassenzimmer (zwölfmal so viel als jetzt)
- 350 Bosphorus-Brücken
- Gesundheitsausgaben für insgesamt 83 Jahre in der Türkei
- 75 Atatürk-Staudämme⁸⁰

⁸⁰ <http://www.gulum.net/kurtlarvadisiteror/> Terör ve Gerçekler (Terror und die Wahrheit), 12.04.2007

IV. DIE ANSICHTEN DER EU-STAATEN ZUR VOLLMITGLIEDSCHAFT DER TÜRKEI

4.1. Die Argumente der EU-Staaten für eine Vollmitgliedschaft der Türkei

4.1.1. Militärische Bedeutung der Türkei

Das türkische Militär nimmt den fünften Platz in der Weltrangliste ein.⁸¹ Nach den USA verfügt die Türkei über das zweitgrößte stehende Heer in der Nato. Die Armee besteht aus insgesamt 514.850 Mann. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die Gattungen: Heer 402.000, Marine 52.750, Luftwaffe 60.100. Dazu kommt eine paramilitärische Truppe aus 102.200 Mann und 378.700 Reservisten. Generalstabschef ist Yasar Büyükanit. Der Armee-Chef wird vom Präsidenten berufen und untersteht direkt dem Ministerpräsidenten.

Militärisch ist die Türkei in vier Gebiete eingeteilt, die sich nach den strategischen Bedingungen im Gelände, logistischem Aufwand und der potenziellen Bedrohung von außen unterscheiden. Den vier Sektoren ist je ein Armeeteil zugeordnet. Davon können drei im Ernstfall unter NATO-Kommando gestellt werden.

Die vier Armeen haben ihre Hauptquartiere in Istanbul im Westen, in Malatya im südöstlichen Anatolien zum Schutz der Grenzen mit Irak, Syrien und Iran, in Erzincan im östlichen Anatolien zum Schutz der Grenzen mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan sowie in Izmir an der ägäischen Küste. Letzteres wurde Mitte der siebziger Jahre während der wachsenden Spannungen mit dem benachbarten Griechenland eingerichtet. Die Marine hat 13 U-Boote, 20 Fregatten, 21 Schnellboote, 21 Minensuch- oder Jagdboote sowie 52 Landungsschiffe. Die Luftwaffe hat 19 Kampfstaffeln, zwei Aufklärungsstaffeln, fünf Ausbildungsstaffeln, sechs Transportstaffeln, eine Einheit mit Tankflugzeugen sowie acht mit Boden-Luft-Raketen ausgerüstete Einheiten. Sie sind zwei taktischen Luftkommandos

⁸¹ Türkiye Gazetesi, Türk Ordusu (Die Türkische Armee) Mustafa Necati Özfatura

zugeordnet, deren Hauptquartiere in Eskisehir im Westen und in Diyarbakir im Südosten stationiert sind. Die Türkei hat mehr als 440 Kampfflugzeuge.⁸²

4.1.2. die Türkei als Energie-Transitland

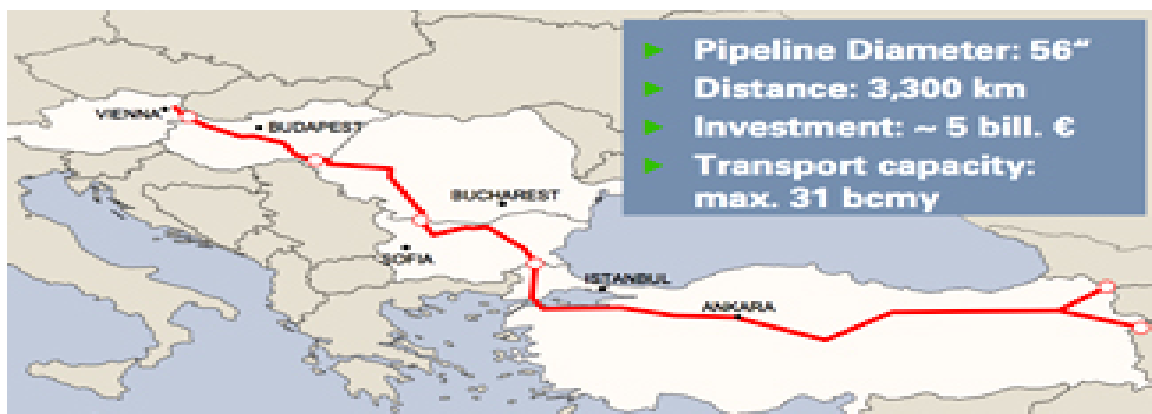
Bundeskanzler Alfred Gusenbauer traf am Rande der UNO-Vollversammlung in New York mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan zusammen und führte auch Gespräche mit den Präsidenten von Kasachstan, Nursultan Nasarbajew, und Turkmenistan, Gurbanguly Berdymuchammedow. Zuvor hatte bereits Wirtschaftsminister Martin Bartenstein in Astana mit dem kasachischen Energieminister Sauat Mynbajev verhandelt und in Baku mit dem Energieminister von Aserbaidtschan, Natiq Alijew, ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet. Darin verständigten sich die Aseris zu langfristigen Gaslieferungen nach Europa. Ziele dieser verstärkten Aktivitäten: Erdgasreiche Länder wie Aserbaidtschan und Turkmenistan mit ins Boot für die geplante Nabucco-Pipeline zu holen, sich weiter der Unterstützung durch die Türkei zu versichern und das gesamte Projekt auch gegen Widerstände aus Russland und den USA durchzuziehen. Gusenbauer in New York: „Wir werden Nabucco auf jeden Fall machen“. Österreich müsse die Abhängigkeit von der russischen Energiepolitik „wesentlich reduzieren“ und seine Energieversorgung auf eine breite Basis stellen. Nabucco sei dabei „unverzichtbar“. Bartenstein hatte zuvor die Nabucco-Pipeline als „das wichtigste Energieprojekt Europas“ überhaupt bezeichnet.

Aseris sollen als Projekt-Partner gewonnen werden.

Stand der Entwicklung: Damit sich Aserbaidtschan einen Ruck gibt und langfristigen Gaslieferungen nach Europa endgültig zustimmt, wurden der staatlichen Gasgesellschaft Aserbaidtschans, Socar, bis zu 10 % Anteile an der Nabucco-Betreibergesellschaft angeboten. Das Hauptproblem dabei: Die Socar müsste mit Cash einsteigen, hat dieses aber nicht und will mit Gaslieferungen zahlen, was aber von den Nabucco-Betreibern abgelehnt wird. Turkmenistan, das Land mit den drittgrößten Gasreserven der Welt, plant nun nach russischen

⁸² Der Standard, Die türkischen Streitkräfte

Bedenken gegen eine Pipeline über den Kaukasus eine Unterwasserleitung unter dem Kaspischen Meer ans gegenüberliegende Ufer nach Aserbaidshan. Und auch Kasachstan will weiterhin zweigleisig in enger Kooperation mit Russland fahren, hat auch mit Moskau eine neue Gas-Pipeline vereinbart, überlegt aber auch, unabhängig davon, Gas und Erdöl entweder über Tanker zu verschiffen oder ebenfalls über eine Pipeline über das Kaspische Meer zunächst nach Aserbaidshan und von dort über die Türkei nach Europa zu bringen. Kasachstan zählt neben Libyen und Russland zu den wichtigsten Öllieferanten Österreichs.



Nabucco vor dem Start

Treibende Kraft hinter dem Nabucco-Projekt einer Gasleitung aus dem Raum um das Kaspische Meer bis zu einem Europa-Verteiler in der Nähe von Wien ist Österreichs größter Energiekonzern OMV. Mit von der Partie im angestrebten Nabucco-Konsortium sind derzeit noch die Gasgesellschaften der Türkei, Griechenlands, Bulgariens, Rumäniens und Ungarns. Als sechster Partner soll die deutsche RWE dazukommen. Ob auch Gas de France aufgenommen wird, ist noch nicht entschieden. Die Kosten für Nabucco werden mit etwa 5 Mrd. Euro angegeben. Damit sich diese rechnen, müssten bereits beim Start mindestens 12 Mrd. m³ Gas durchgeschleust werden. Im Endausbau sind mehr als 30 Mrd. m³ geplant. Die Pipeline soll rund 3.300 km lang werden und 2011 in Betrieb gehen.⁸³

Die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, BTC, auch Transkaukasische Pipeline, ist eine Pipeline, die Rohöl von Ölfeldern aus Aserbaidshan und Kasachstan am Kaspischen Meer nach Ceyhan

⁸³ <http://www.wieninternational.at/de/node/5150>, Österreich macht Druck für Bau der Nabucco-Gas-Pipeline, 02.10.2007

im Mittelmeer transportiert. Die Inbetriebnahme dieser 1760 km langen Ölpipeline begann 2005 und soll den Westen vom Rohöl aus der Region am Persischen Golf unabhängiger machen.



„Manche europäische Länder betrachten die Türkei – geographisch gesehen – nicht als einen Staat, der zur Europa gehört, aber wenn es um den Energietransfer geht, dann wird wiederum anders gedacht. Diese Einstellung ist nicht akzeptabel, daher kann so eine Beziehung nicht funktionieren.“⁸⁴

4.1.3. Die Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten

Da hat die Türkei von der Geschichte her eine feste Beziehung, aufgrund der Tatsache, dass die Osmanen ca. vierhundert Jahre in diesen Gebieten herrschten. Da haben wir unsere Kriterien:

- Strategische und wirtschaftliche Fakten
- Sicherheit und Nutzung der Energiequellen
- Frieden⁸⁵

⁸⁴ Ahmet Davutoglu, (Berater von Recep.T. Erdogan), TV-Sender-CNN Türk, 4.1.2008

⁸⁵ Ahmet Davutoglu (Berater von RTE), TV-Sender-CNN Türk, 4.1.2008

4.1.4. Die geografische Lage der Türkei

Die Türkei ist eine kleinasiatische Halbinsel, von Gebirgen durchzogen, mit fruchtbaren und ebenen Küstengebieten. Das Staatsgebiet der heutigen Türkei umfasst eine Gesamtfläche von 780.000 qkm, womit das Land grob genommen doppelt so groß wie die BRD ist, 97 % der Landesfläche der Türkei gehören zu dem Kontinent Asien und nur 3 % zu Europa.

Der europäische Teil der Türkei wird auch als Thrakien bezeichnet und der asiatische Landesteil als Anatolien. Die beiden Kontinente sind durch den Bosphorus, das Marmarameer und im Nordwesten durch die Dardanellen getrennt.

Im Norden der Türkei liegt das Schwarze Meer, im Süden das Mittelmeer und im Westen die Ägäis. Die Küstenlänge beträgt ca. 8.000 km, die der Landgrenzen ca. 2.750 km. Die an die Türkei grenzenden Länder sind im Westen Griechenland (206 km Grenze), im Nordwesten Bulgarien (240 km), im Osten die ehemalige Sowjetunion (heutiges Georgien (252 km) und Armenien (268 km)) und der Iran (499 km). Im Südosten grenzt die Türkei an den Irak (352 km) und Syrien (822 km). Die Landschaft im Norden des Landes wird geprägt vom Pontischen, die des Südens vom Taurus-Gebirge.

Der höchste Berg des Landes ist mit 5.137 m der Große Ararat an der Grenze zu Armenien.⁸⁶

4.1.5. Vermittlerrolle der Türkei

Die dänische Zeitung "Jyllands-Posten" hatte Ende September 2005 zwölf satirische Zeichnungen mit dem Titel "Die Gesichter Mohammeds" abgedruckt. Darunter war ein Bild, der Mohammed mit einem Turban in Form einer Zeitbombe zeigte.⁸⁷ Es löste in der islamischen Welt große Empörung und andauernde Ausschreitungen aus. Der türkische Außenminister Abdullah Gül will in dieser Hinsicht vermitteln.⁸⁸

⁸⁶ <http://www.geldheinz.de/subs/tuerkei/geographie/index.php>, Die geographische Lage der Türkei, 2008

⁸⁷ Initiative muslimischer Österreicherinnen, 31.1.2006

⁸⁸ Der Kurier, Türkei als Vermittler, 10.03.2006

Die neue Hinwendung nach Osten kann allerdings auch Europa überaus nützlich sein, vorausgesetzt, die EU beginnt demnächst, außenpolitisch zu denken. Da Erdogan, im Gegensatz zu den meisten EU-Regierungschefs, im Nahen Osten mit allen im Gespräch ist, rückt die Türkei immer häufiger in eine Vermittlungsrolle. Erdogan rief auf Bitten Tony Blairs den iranischen Präsidenten direkt an, um bei der Lösung der Krise zu helfen. Wenn Assad den Israelis eine Nachricht zukommen lassen will, schaltet er immer häufiger die türkische Regierung ein. Und während die EU immer noch darüber diskutiert, mit welchen Mitgliedern der neuen palästinensischen Regierung sie demnächst wieder reden will, kommt der neue und alte Palästinenserpremier Ismail Haniyeh in den nächsten Tagen nach Ankara. Israel grummelt zwar, doch letztlich sind sowohl die israelische Regierung als auch die EU höchst interessiert zu hören, was Haniyeh in Ankara zu erzählen hat.⁸⁹

Nach der Verhaftung der 15 britischen Soldaten im Kaspischen Meer durch die Iraner wollte die Türkei sich für die Freilassung der Briten einsetzen. Eine Möglichkeit, die Krise zu entschärfen, könnte die Einschaltung eines Vermittlers sein. Der türkische Ministerpräsident Erdogan sagte nach einem Gespräch mit dem iranischen Außenminister Mottaki, möglicherweise könnten türkische Diplomaten die Briten besuchen.⁹⁰

4.1.6. Wirtschaftliche Vorteile

„Wir nehmen von der Wirtschaftsgröße her gesehen den 6. Platz in der EU-Rangliste und den 17. Platz auf der Weltrangliste ein.“⁹¹

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2006 ist unsere Außenbilanz mit der EU um 18 % gestiegen und betrug 22,3 Milliarden Euro.

In derselben Zeit betrugen die Zahlen für den Außenhandel mit den USA 103,1 Mio. Euro, mit China 101,9 Mio. Euro, mit Russland 80,9 Mio. Euro, mit Norwegen 47 Mio. Euro, mit

⁸⁹ Der Standard, Die Türkei in einer Vermittlerrolle, 06.04.2007

⁹⁰ Der Kurier, Freilassung der Briten, 29.03.2007

⁹¹ TV-Rede von R. T. ERDOGAN zum 69. Todestag von Atatürk, TRT-INT, 10.11.2007

Japan 44,4 Mio. Euro, mit der Schweiz 41,1 Mio. Euro. Dann kommt die Türkei mit 22,3 Milliarden Euro. Nach uns kommen Südkorea mit 21,4 Milliarden Euro, Indien mit 13,1 Milliarden Euro, Kanada mit 10,9 Milliarden Euro für die Exporte in die EU.⁹²

Auch heuer wieder ist der Urlaubs-Euro in der Türkei am meisten wert: In der Türkei bekommt man für 100 Euro derzeit einen Gegenwert von 164 Euro, was gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von acht Prozent entspricht.⁹³

Im Jahr 2007 betrugen die ausländischen Investitionen fast 20 Milliarden US-Dollar. Die Erwartungen für das Jahr 2008 belaufen sich auf 20 bis 25 Milliarden US-Dollar. Schaut man sich die investierenden Länder an, sieht man, dass es zahlreiche Interessenten gibt – angefangen von Österreich bis zu Kasachstan. Dies entspricht etwa 70 Ländern auf der Welt, die in der Türkei investieren wollen oder das Land momentan noch aus der Ferne beobachten.⁹⁴

Und dass die türkische Börse in den letzten vier Jahren ihren Wert fast verdoppelt hat, geht im Wesentlichen auf das Geld aus der Golfregion zurück. Erst vor zwei Wochen ersteigerte der Kronprinz von Dubai, Mohammed Ibn Raschid al Maktun, in einem spektakulären Bieterprozess für 800 Millionen Dollar eines der begehrtesten Baugrundstücke im Istanbuler Finanzdistrikt und wird dort nun die „Dubai-Towers“, die gewaltigsten Wolkenkratzer der Bosphorus-Metropole, bauen lassen.⁹⁵ Auch an der Börse sind 70 % aller gehandelten Wertpapiere unter ausländischer Kontrolle.

Unter den 500 größten Unternehmen der Türkei gibt es nicht eines, bei dem nicht ausländische Investoren am Umsatz beteiligt sind. Der gesamte Export der Türkei wird von ausländischen Firmen kontrolliert. Der Betrag, der jederzeit ins Ausland fließen könnte, beträgt 100 Milliarden Dollar.⁹⁶

⁹² Hürriyet Gazetesi, Außenbilanz mit der EU, 18.10.2006

⁹³ Der Kurier, Urlaub in der Türkei günstiger, 21.03.2007

⁹⁴ http://www.haber3.com/haber.php?haber_id=323057, İşte Türkiye Planı Yapan Yabancılar, (Pläne der Ausländer für die Türkei)

⁹⁵ Der Standard, Dubai Towers in Istanbul, 06.04.2007

⁹⁶ vgl. <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/yazarlar/israfilkumbasar/akpnin-ekonomi-uzerinde-estirdigi->

Sowohl im Bankensektor als auch in der Versicherungsbranche interessieren sich ausländische Firmen für unsere Unternehmen. Im Versicherungssektor beträgt der ausländische Anteil 40 %. 57 % der „Basak Sigorta“ wurden um 268 Mio. Dollar an die „Französische Gruopama“ und 88 % der „Ihlas Sigorta“ um 16,8 Mio. Dollar an die HDI verkauft. Die börsennotierte „Wiener Städtische“ startet jetzt als erster österreichischer Versicherungskonzern in der Türkei. Über die TBIH Financial Services Group, an der die Städtische die Mehrheit hält, erwirbt die Gruppe um 62 Mio. Euro 58,2 Prozent an der „Ray Sigorta“. Die „Ray Sigorta“ ist vor allem in der KFZ-Versicherung aktiv und erzielte 2006 mit 220 Mitarbeitern 135 Mio. Euro Prämieinnahmen. „Mapfre“ aus Spanien kaufte 80 % der „Genel Sigorta“-Versicherung um 375 Mio. Dollar. Im Vorjahr wuchs die Versicherungswirtschaft in der Türkei um 13 Prozent.⁹⁷ Im Jahr 2007 sind in der türkischen Versicherungsbranche die Anteile der ausländischen Firmen auf 70 % gestiegen.⁹⁸

Der Prozentsatz der an ausländische Investoren verkauften türkischen Banken beträgt 42 %. 14 % davon sind zur Gänze an fremde Investoren verkauft worden. BDDK-Obmann der Banken-Vereinigung Tevfik Bilgin gibt Auskunft und sagt, dass bei der Banken-Vereinigung 50 Banken angemeldet sind. Bei 26 der Banken gehören 50 % ausländischen Investoren. Die Oyakbank wurde um 2.673 Milliarden US-Dollar an die holländische ING-Gruppe verkauft.⁹⁹ „Turan Alem Securities“ aus Kazachistan bezahlte für 34 % Anteil an der „Sekerbank“ 300 Mio. Dollar. Die Banken-Vereinigungen verwalten auch 70 Finanzfirmen, 86 Factorings und neun Verbraucher-Finanzstellen. Der Anteil der 50 Banken am gesamten Sektor beträgt 13,7 %. Der Trend geht jetzt dahin, an europäische Banken Kredite mit hohen Zinsen zu vergeben.¹⁰⁰

Auch auf dem Energiesektor findet man zahlreiche ausländische Interessenten, darunter auch österreichische Firmen. Der Verbund kaufte sich um 326,6 Mio. Dollar (50 % Anteil) in die „Enerjisa“ ein. Auch die Firma EVN ist „an der Türkei interessiert“, sagt RIAG-Vorstand

yalan-ruzgarlari.html

⁹⁷ Kurier, Wiener Städtische investiert in der Türkei, 21.03.2007

⁹⁸ Ortadogu Gazetesi, Sigortalarin %70'i yabanci sirketlerin elinde (Anteil der Versicherungen beträgt 70 %), 27.03.2007

⁹⁹ Milliyet Gazetesi, Oyak Bank satildi, Oyak Bank wurde verkauft, 19.06.2007

¹⁰⁰ vgl. Ortadogu Gazetesi, Yabanci Sermaye, Ausländische Investoren, 22.11.2007

Heinz Sernetz.¹⁰¹ Und die ÖMV kauft dem Mischkonzern „Dogan“ 34 % des größten Tankstellenbetreibers in der Türkei, die „Petrol Ofisi“, ab. Damit hat der österreichische Konzern nicht nur mit einem Schlag eine starke Position in einem schnell wachsenden Mineralölmarkt errungen. Er hat auch, was für ihn strategisch noch wichtiger ist, das Tor nach Zentralasien mit der öl- und gasreichen kaspischen Region im Mittelpunkt weit geöffnet. „Petrol Ofisi“ hält mit 3.697 Tankstellen in der Türkei einen Marktanteil von 33,5 % und liegt damit an der Spitze vor „Shell“ (15,65 %) und BP (14,39 %). Die „Dogan Holding“ bekommt für ihre 34 % an ihrer Tochter „Petrol Ofisi“ 1,05 Mrd. Dollar (884 Mio. Euro).¹⁰² Damit erreichte allein das österreichisch-türkische Handelsvolumen im Jahr 2005 über 1,5 Mrd. US-Dollar.¹⁰³

Zwei weitere interessante Sektoren sind Telekommunikation und Infrastruktur. 55 % Anteil an der Türk-Telekom wurden an die Oger-Telekom, 51 % von Tüpras an Koc-Shell Konsensus verkauft. Der Hafen von Mersin wurde für 36 Jahre an die PSA-Afken-Gruppe, der Hafen von Izmir für 46 Jahre an die Global-Hutchison Wampoa-EIB-Gruppe zur Verwaltung übergeben. Die österreichische „Meinl Airport“ bezahlte für 10,1 % Anteil an den „TAV Havalimanlari“ 277,8 Mio. Dollar.¹⁰⁴ Auch wurden der Flughafen von Antalya für 17 Jahre und 3 Monate an die Fraport-IC-Gruppe und 51 % der Petkim an die „Trans Central Asia Petrochemical Holding“-Gruppe übergeben.¹⁰⁵ Und die österreichische VA-Tech baut den umstrittenen Staudamm, die türkische Regierung hat nun auf Basis eines neuen Expertengutachtens grünes Licht für das Projekt im Volumen von 1,2 Mrd. Euro gegeben.¹⁰⁶

Des Weiteren finden auch türkische Immobilien ausländische Interessenten. Die CA-Immo-International, die osteuropäische Tochter der CA-Immo, will in Zukunft verstärkt in Serbien und in der Türkei investieren. Sinkende Renditen in den Nachbarländern seien der Grund dafür, meinte Finanzvorstand Wolfhard Fromwald: „In den nächsten 12 bis 18 Monaten

¹⁰¹ Kurier, EVN an der Türkei interessiert, 25.01.2006,

¹⁰² Kurier, ÖMV kauft die Petrol Ofisi, 14.03.2006

¹⁰³ Avusturya Günlüğü, österreichisch-türkisches Handelsvolumen, Ausgabe 12/2005

¹⁰⁴ Hürriyet Gazetesi, Avusturyali Meinl Tav'a talib, Österr. Meinl will Tav, 08.01.2008

¹⁰⁵ vgl. <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/haberler/guvenlik-skandali.html>

¹⁰⁶ Die Presse, VA-Tech baut den Staudamm, 26.11.2005

möchten wir rund 1 Mrd. Euro investieren.“¹⁰⁷ Das saudische Unternehmen „National Commercial Bank“ kaufte 60 % der „Türkiye Finans“ um 1,8 Mrd. Dollar. Die kuwaitische „St. Martins Property“ kaufte das „Cevahir“ Einkaufszentrum um 393 Mio. Dollar. Die russische „Mirax Group“ kaufte um 340. Mio. Dollar die „Sun Royal Hotel“ zu 100 %.

4.2. Die Argumente der EU-Staaten gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei

4.2.1. Kultur und Religion

Eine christliche Türkei wäre längst in der EU

Die gebildeten Österreicher wissen, dass der westliche Teil der heutigen Türkei bis zur Eroberung von Konstantinopel 1453 durch die muslimischen Osmanen eine christlich orientierte Oberschicht hatte, die in griechisch-römischer Tradition dachte, agierte und regierte. Niemand weiß, wie sich ein byzantinisches Reich über die Jahrhunderte entwickelt hätte. Sicher ist aber, dass eine christliche Grundstimmung (inklusive Orthodoxie) genügt, um als "europäisch" zu gelten. Eine christliche Türkei wäre schon längst in der EU.

Den katholischen Staaten zum Beispiel sieht man vieles nach. Korrupt bis in die Knochen dürfen die Staatsapparate sein, sie können wochenlang EU-Beschlüsse mit grotesken Forderungen blockieren. Man ist befremdet. Viel mehr aber nicht. Im Falle der Türkei ist das alles anders. Ehrenmorde, Folterungen und vor allem das Vorgehen gegen die Kurden wiegen zwar schwerer als die Missstände in Rumänien, Bulgarien und dem „Noch- Nicht-Mitglied“ Kroatien, das bereits 2009 aufgenommen werden soll.

Selbst die Befürworter eines Türkei-Beitritts sprechen immer davon, dass dieser Schritt nicht vor 2015, eher einige Jahre später erfolgen soll. Dem Nato-Mitglied wird aber von Gegnern des Beitritts, selbst von Skeptikern jeder kleine Fehltritt als großer Fehler vorgehalten. Obwohl die Türkei eine entwickeltere Wirtschaft hat als die meisten Balkan-Länder, obwohl

¹⁰⁷ Der Kurier, CA Immo investiert in der Türkei, 28.11.2007

sie eine funktionierende Gewaltenteilung hat, die Todesstrafe abgeschafft hat und über ein Pressewesen verfügt, dessen Qualität in dieser Region nur von den israelischen Medien übertroffen wird. Wenn die Kroaten zwölf von 37 EU-Kapiteln abschließen, wird von einem "Durchbruch" geschrieben. Wenn die Türkei zur gleichen Zeit erst vier Kapitel abgeschlossen hat, obwohl der Beitritt in weiter Ferne liegt, wird ein Abbruch der Verhandlungen herbeigeschrieben.

Kein Zweifel: Eine Aufnahme der Türkei wäre sowohl in finanzieller als auch in machtpolitischer Hinsicht der größte Kraftakt in der Geschichte der EU. Sarkozy & Co sollten aber ehrlich sein. Die Begründungen, inklusive der geografischen, sind nur vorgeschoben. Die Wahrheit ist, dass man keine so große muslimisch dominierte Nation in der EU haben will. Über 90 Prozent der 75 Millionen Türken sind Muslime. Immerhin leben etwa 20 Millionen in Thrakien und in jenem kleinasiatischen Küstenteil, der europäisch durchströmt ist. Etwa 5 Millionen gehören dort zu anderen Bekenntnissen.

Die Frage, um die es geht, ist weltanschaulich dominiert. Wenn man überzeugt ist, dass eine Aufnahme in die EU den aufgeschlossenen Teil der islamischen Elite stärkt, dann sollte man den Türken Perspektiven bieten und sie nicht ständig vor den Kopf stoßen. Die populistische Art vieler europäischer Spitzenpolitiker (in dieser Frage inklusive Bundeskanzler Alfred Gusenbauer: „Die Missachtung der Menschenrechte in der Türkei ist ein Beweis, dass die Türkei noch nicht EU-reif ist.“¹⁰⁸) kräftigt die EU-Gegner und damit die Islamisten.

Die Türkei wäre nach einem Beitritt ohnehin noch kein Euro-Land und hätte keine Schengen-Grenze, müsste also (sachlich begründet) lange noch jene Nachteile in Kauf nehmen, welche derzeit den Osteuropäern auferlegt sind. Unfair ist, der südosteuropäischen Orthodoxie einen Persilschein ausgestellt zu haben, dem türkischen Islam aber zu unterstellen, er betreibe den Untergang Europas. Ein religiös überfrachteter Staat ist immer ein Problem.¹⁰⁹

Es sollte auch soziale Kriterien geben, meinen die Dänen, Griechen, Zyprioten und Franzosen, aufgrund der Bildung der Frauen, verschiedener Kulturen und der unterschied-

¹⁰⁸ Hürriyet Gazetesi, TürkiyeAB'ne Hazir Degil, Die Türkei ist nicht EU-reif, 14.04.2007

¹⁰⁹ gerfried.sperl@derStandard.at derStandard.at/Sperl, 02.07.2007

lichen Aufnahmekriterien für Mädchen in den Schulen. Aus diesen Gründen sollte man soziale Kriterien einführen. Aber dies stieß auf Widerstand aus den Mitgliedsländern Schweden, Finnland, Spanien, England, Polen, Litauen, Estland und Belgien.¹¹⁰

Der EU-Beitritt der Türkei würde aus der Einigung Europas ein eurasisches Großraumprojekt machen, dessen größter Mitgliedstaat einem anderen Kulturkreis angehört, sagen die Skeptiker. Jedes politische Gebilde müsse eine Identität entwickeln, um existenzfähig zu sein. Rechtsphilosoph Christian Stadler warnt: „Die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist der Ursprung der europäischen Identität. In der Türkei fehlt sie.“¹¹¹

4.2.2. Die Grenzen der Türkei

Durch einen Beitritt der Türkei würde die Europäische Union in die Konfliktherde des Nahen Ostens hineingezogen. Immerhin hat die Türkei eine direkte Grenze mit dem Irak und eine ungelöste Kurden-Problematik. Die EU hätte keine Möglichkeit, diese Konflikte zu koordinieren.¹¹²

Der französische Präsident N. Sarkozy meinte, er teile nicht die Meinung von Präsident Bush über den Beitritt der Türkei. Die EU müsse nämlich ihre Grenzen feststellen. Wegen ihrer Grenzen gehört die Türkei nicht zur EU. „Bush könne wünschen, dass das NATO-Mitglied der EU beitreten soll, aber ich bin nicht der gleichen Meinung“, so Sarkozy.¹¹³

In der Literatur gibt es verschiedene Europa-Definitionen. Die Türkei ist Teil der NATO und der OECD und liegt geografisch auf dem europäischen Teil. Sie ist ein europäischer Staat. Ob sie eine europäische Gesellschaft hat, ist eine andere Frage. Was ihre Grenzen angeht, ist sie ein europäischer Staat mit einer "360°-Außenpolitik": Sie hat Grenzen auf dem Balkan, zum Schwarzen Meer, Kaukasien, dem mittleren Osten und dem Mittelmeer. Auch aus historischer Sicht ist die Türkei Teil Europas, denn betrachtet man die zivilisatorische Entwicklung, so sieht man: Die ersten Kirchen wurden in der Türkei gebaut. Wenn Valéry Giscard d'Estaing

¹¹⁰ Hürriyet Gazetesi, Türkiye'ye Sosyal Kriter, Soziale Kriterien für die Türkei, 17.04.2006

¹¹¹ Die Presse, Kollektive Erinnerung, 30.01.2008

¹¹² Die Presse, EU-Grenzen, 30.01.2008

¹¹³ <http://www.pusula.at/site/haber.php?hid=2143&k=Gündem>, Sarkozy Türkiye'nin Üyeligine Karsi, (Sarkozy ist gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei)

sagt, dass die Türkei nicht zu Europa gehört, meint er natürlich nicht ihre geografischen Grenzen, sondern die intellektuellen. Vielleicht hat er da einigermaßen Recht. "Physisch" gesehen ist die Türkei aber europäisch – darüber gibt es keine Diskussion in der Literatur.

4.2.3. Wirtschaftliche Probleme

Kennziffern der türkischen Wirtschaft	2001	2002	2003
Bevölkerung (Mio.)	66,3	67,3	67,8
Bevölkerungswachstum (%)		1,2	1,24
Arbeitslosenquote (%)			9,41
Wachstumsrate des BIP (%)			5,8
Pro-Kopf-Einkommen (US\$)		2.173	2.586
Inflationsrate im Jahresdurchschnitt (%)	68,5	29,7	18,4
Außenhandel (Milliarden US \$)	2001	2002	2003
Importe	40,51	50,8	68,73
Exporte	31,19	35,1	46,88
Handelsbilanz	-9,3	-15,7	-26,3
Beschäftigtenstruktur (Erwerbspersonen in %)	1999	2003	
Landwirtschaft	46	44,6	

Ursprung des Bruttosozialprodukts (in %)	2002	2003
Landwirtschaft	14,5	
Industrie	28,4	
Dienstleistungen und sonstige Wirtschaftsbereiche	57,1	
Gesamt	100	
Industrie	20	16
Dienstleistungen und sonstige Wirtschaftsbereiche	34	39,4
	100	100

114

¹¹⁴ <http://www.isoplan.de/mi/index.htm?http://www.isoplan.de/mi/tr/tr7.htm>, .Politische und Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, 10.2007

Wachstumswerte:	
2004	9,9 %
2005	7,6%
2006	6 %
2007	4,2 %

Es ist ein deutlicher Abwärtstrend zu sehen.

Binnenschulden:	
2002 Ende des Jahres	149 Quadrillion YTL
2007 Ende des Jahres	268 Quadrillion YTL

Schulden der privaten Wirtschaft:	
2002	44 Mio. Dollar
2007	139 Mio. Dollar

Gesamtschulden:	
2002 Ende des Jahres	218 Mrd. Dollar
2007 Ende des Jahres	436 Mrd. Dollar
Privatschulden pro Haushalt (Kreditkarten, Einkäufe in Raten):	
2002 Ende des Jahres	4 Mrd. Dollar
2007 Ende des Jahres	74 Mrd. Dollar

Zinsendienst	
1975 - 1999 bezahlte Schulden:	127 Mrd.
1999 - 2003 bezahlte Schulden (Es gab in dieser Periode eine Wirtschaftskrise und ein Erdbeben in der Türkei):	128 Mrd.
2003- 2007 bezahlte Schulden:	184 Mrd.
Zum Vergleich: 184 Mrd. Dollar bedeutet 60 Atatürk-Staudämme	

Verschuldung in % des BIP	jährlich
Japan:	1%
Griechenland:	4,78 %
Ägypten:	7,13 %
Pakistan:	9,73 %
Türkei:	17,21 %
Türkei mehr verschuldet als Ägypten und Pakistan (fast doppelt so hoch)	

Jahresbericht der internationalen Finanzmärkte:	
Türkische Nationalbank TL	58 % Wert
Nach Goldman Sachs TL	74 % Wert

Rekorde	Jährlich
Handelsbilanz:	39 Mrd. \$
Zinsen:	46 Mrd. \$
Handelsbilanz zu BIP:	12,5 %

Der IMF berichtet, dass die Türkei sehr nahe an einer Wirtschaftskrise ist. Ein paar Daten von Ex-Abgeordnetem Ilhan Kesici:¹¹⁵ „Es sind vier Jahre vergangen (Anm. des Autors: von 2003 bis 2007), und es wurde bis jetzt nichts getan. Die Zahlen, die er in den Wahl-Meetings aussprach, sollten mit der Realität übereinstimmen. Der Premier Erdogan soll also erklären, wie er die Türkei über die Epochen springen lässt. Im November 2002 kostete 1 Liter Benzin 1 US-Dollar, heute (2006) kostet sie 2 Dollar. Eine Gasflasche kostet heute statt 12 US-Dollar 24 US Dollar. Ein Brot kostete damals 200.000 TL (Türkische Lira), heute 300.000 TL.

2002 zählte man 2,217 Mio. Arbeitslose, heute 4.87 Mio. Die Zahl der in Konkurs gegangenen Unternehmen betrug im Jahr 2002 18.661, im Jahr 2006 28.824. Die Anzahl der ungedeckten Schecks stieg von 748.493 auf 1.102.535, die der geplatzten Wechsel stieg von 816 Mio. YTL auf 2.803 Milliarden YTL. Die Außenschulden betrugen damals 120 Mrd. US-

¹¹⁵ Yenicag Gazetesi, Türkiye’de Kriz yakin, (Wirtschaftskrise in der Türkei ist nah), 25.12.2007

Dollar, heute betragen sie 170,1 Mrd. US-Dollar. Die Innenverschuldungen stiegen im selben Zeitraum von 87 Mrd. US-Dollar auf 182,4 Mrd. US-Dollar. Außenhandelsdefizit (Handelsbilanz) lag im Jahr 2002 bei ca. 15,5 Mrd. US-Dollar, heute bei 42,9 Mrd. US-Dollar.¹¹⁶

So viele Schulden hatten wir in den letzten 80 Jahren nicht. Nach der Regierungsübernahme betrugen unsere Binnenschulden 95,2 Mrd. US-Dollar. Ende September waren es dann plötzlich 213,3 Mrd. US-Dollar. Nur während der Zeit Necmettin Erbakan's sind unsere Schulden gesunken.

Die letzten 15 Regierungen und ihre Schulden;

Regierung	Premier	Beginn	Ende	(Million \$)
45	T. Özal	Dezember 83	Dezember 87	38.014
46	T. Özal	Dezember 87	November 89	38.390
47	Y. Akbulut	November 89	Juni 91	40.640
48	M. Yilmaz	Juni 91	November 91	42.724
49	S. Demirel	November 91	Juni 93	53.567
50	T. Çiller	Juni 93	Oktober 95	58.417
51	T. Çiller	Oktober 95	November 95	58.417
52	T. Çiller	November 95	März 96	60.686
53	M. Yilmaz	März 96	Juni 96	60.696
54	N. Erbakan	Juni 96	Juni 97	60.371
55	M. Yilmaz	Juni 97	Jänner 99	70.025
56	B. Ecevit	Jänner 99	Mai 99	71.821
57	B. Ecevit	Mai 99	November 02	149.905
58	A. Gül	November 02	März 03	152.312
59	R. T. Erdoğan	März 03	Juli 07	264.672
60	R. T. Erdoğan	September 07	Laufend	282.111

117

¹¹⁶ Tercüman Gazetesi, Gürcan Dagdas, MHP Abgeordneter von Kars, Reportage mit G. Dagdas, 2006

In dieser Hinsicht kritisierte die Oppositionspartei CHP (Republik-Volkspartei) Recep Tayyip Erdogan mit den Fakten, dass die Regierungen bis 2002 nur 220 Mrd. Dollar Außenschulden angehäuft hatten. Die Regierungen bis dato hatten ebenfalls investiert, Fabriken, Universitäten und vieles mehr errichtet. Die jetzige Regierung hingegen hat sogar das Vorhandene verkauft und es trotzdem nicht geschafft, die Außenschulden zu reduzieren. Stattdessen sind die Schulden gestiegen und haben mittlerweile die 500-Mrd.-US-Dollar-Grenze erreicht.¹¹⁸

Nach den Angaben von IMF, OECD und DPT ist die Handelsbilanzdefizit im Jahr 2006 32,9 Mrd. US-Dollar. Nach Schätzungen werden es dann im Jahr 2008 36,4 Mrd. Dollar sein und im Jahr 2009 ca. 39,2 Mrd. Dollar. Vergleicht man die heutigen Werte mit denen von damals, stellt man fest, dass das Defizit jetzt sehr hoch ist und weiterhin steigt: 2007: 7,4 %; 2008 7,5 % (in % des BIP).

In den USA ist dieser Wert relativ gering, gerade einmal 6,2 % des BIP. Damit ist die Türkei unter den Ländern mit dem höchsten Handelsbilanzdefizit (unter der ersten zehn). Nach der Türkei kommt Indien mit 23,1 Mrd. Dollar. Dann kommt Rumänien mit 21,9 Mrd. Dollar.¹¹⁹

Im Jahr 2002 betrug das Defizit noch 1,5 Mrd. Dollar, 2006 dann bereits 32,9 Mrd. Dollar. Das heißt innerhalb von vier Jahren stieg es auf das Zwanzigfache. In den letzten fünf Jahren stiegen die Schulden um zusätzliche 4 Mrd. Dollar. Damit ist der Schuldenberg der Türkei jetzt pro Person, statt bisher 3.244 Dollar jetzt 6.162 Dollar. Das heißt wir haben um 2.923 Dollar, dank der AKP Regierung, mehr Schulden am Rücken, meint Devlet Bahçeli (Parteivorsitzender der MHP) in seiner Rede.¹²⁰

4.2.4. Ansturm der türkischen Bevölkerung durch Öffnung der Grenzen

Die Auswanderung (Migration) hatte bis heute nur wirtschaftliche Gründe. Wenn wir uns wirtschaftlich verbessern und somit ein höheres Niveau erreichen, würde nicht mehr beziehungsweise viel weniger in die EU-Staaten emigriert werden. Geht es der Bevölkerung

¹¹⁷ Milliyet Gazetesi, Seksen Yillik Borç, (Außenverschuldung der letzten achtzig Jahre), 24.10.2007

¹¹⁸ <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/haberdetay.php?hit=6971>, (Außenschulden gestiegen), 04.05.08

¹¹⁹ Tercüman Gazetesi, Milli Gelir, BIP Werte, 26.11.2007

¹²⁰ Ortadoğu Gazetesi, AKP Yönetiminde Fazla Borç, (Mehr Schulden unter AKP-Partei), 06.12.2007

besser, wird sie nicht mehr den Bedarf haben auszuwandern. Durch Aufheben der Grenzen zwischen der EU und der Türkei würde der Anreiz zur Emigration auch sinken. Dasselbe haben wir in Spanien, Portugal und in Griechenland beobachtet. Sehr viele Emigranten aus diesen Regionen kehrten zurück, weil diese Regionen EU-Niveau erreicht hatten. Das wird in der Türkei nicht anders sein.¹²¹

4.2.5. Auswirkungen auf den EU-Haushalt

Finanzhilfen vor der Zollunion

Art der Unterstützung	Zeitraum	Zusage	Bezahlt
I. Finanzprotokoll (Kredit)	1964-1969	175 Mio. €	175 Mio. €
II. Finanzprotokoll	1971-1977	220 Mio. €	220 Mio. €
Finanzprotokoll gesamt (Kredit)	1971-1997	47 Mio. €	47 Mio. €
III. Finanzprotokoll (Kredit)	1979-1982	310 Mio. €	310 Mio. €
Private Zusammenarbeit (Kredit)	1982-1986	75 Mio. €	75 Mio. €
IV. Finanzprotokoll (Spende)	1982-1986	600 Mio. €	-
Private Zusammenarbeit	1983-lfd	3 Mio. €	3 Mio. €
Gesamt:		1.430 Mio. €	830 Mio. €

Finanzhilfen während der Zollunion

Art der Unterstützung	Zeitraum	Zusage	Bezahlt
1996 EU-Budget (Spende)	1996-2000	375 Mio. €	-
Nach der Zollunion	1996-2000	750 Mio. €	-
Für die Infrastruktur	1996-2000	300-400 Mio. €	331 Mio. €
EU-Mittelmeerländer (Spende)	1995-1999	375 Mio. €	42 Mio. €
EU-Mittelmeerländer (Kredit)	1997-1999	300 Mio. €	59 Mio. €
Administrative Zusammenarbeit (Spende)	1996-2000	3 Mio. €	3 Mio. €
Gesamt:		2.203 Mio. €	435 Mio. €

¹²¹ Zaman Avusturya, Selim Yenel, Türkischer Botschafter in Wien, 14.01.2008

Finanzhilfen während der Vollmitgliedschaftsdauer

Art der Unterstützung	Zeitraum	Zusage	Bezahlt
Erdbeben (Spende)	-	30 Mio. €	Bereit
Erdbebenhilfe	2000-2002	600 Mio. €	225 Mio. €
Strategische Hilfe	2000-2002	150 Mio. €	49,4 Mio. €
MEDA II (Spende)	2000-2002	381 Mio. €	127 Mio. €
EUROMED (Kredit)	2000-2006	1.470 Mio. €	210 Mio. €
Makrowirtschaftshilfe	-	200 Mio. €	n. Bedarf
Gesamt:		2.831 Mio. €	611,4 Mio. €

122

4.2.6. Die Bevölkerungszahl der Türkei und ihre Kompetenzen im EU-Gremium

Derzeit findet eine intensive Debatte darüber statt, ob die EU einen Türkei-Beitritt verkraften kann oder ob dieser nicht zu ihrer Überlastung führt. Die EU könne ihre aktuelle Krise nur dann überwinden – so ein deutscher und ein französischer Abgeordneter in Le Monde vom 25.3.2006 – wenn sie imstande ist zu erklären, wohin ihre weitere Entwicklung gehen soll und wo ihre Grenzen liegen. Damit ist die Frage nach der Aufnahmefähigkeit und Belastbarkeit der EU gestellt. In dieser Debatte sind verschiedene Aspekte zu unterscheiden.

Wie zum Beispiel die Türkei als die neue „Zentralmacht“ Europas. Da ist zum Ersten der institutionelle Aspekt, der gleichwohl über Macht- und Einflussverteilung in der künftigen EU entscheidet. Bei einem Beitritt in nicht weniger als zehn Jahren wird die Türkei mutmaßlich der bevölkerungsreichste EU-Mitgliedstaat sein. Nach den neuen Regeln des Verfassungsvertrags, der bis dahin wohl in seinen wichtigsten Aspekten umgesetzt sein wird, kommen Mehrheitsentscheide dann zustande, wenn 55 % der EU-Staaten, die 65 % der EU-Bevölkerung repräsentieren, zustimmen.

¹²² Ali Bulaç, Avrupa Birliği ve Türkiye, (EU und die Türkei), 2001, S. 45

Der Türkei käme somit die gewichtigste Rolle im EU-Entscheidungsprozess zu; sowohl im Ministerrat als auch im Europäischen Parlament besäße sie das größte Gewicht. Das entspricht den demokratischen Regeln. „Türkei-Skeptiker“ werfen hier aber die Frage auf, ob die tradierten Politikziele und -inhalte der EU auch mit der neuen "Zentralmacht Europas", nämlich der Türkei, weiter verfolgt werden können.¹²³

Viele fürchten das enorme Bevölkerungswachstum. Bereits heute hat die Türkei knapp 69 Millionen Einwohner und bis 2010 soll die Bevölkerungszahl auf mehr als 80 Millionen wachsen. Bei einem EU-Beitritt ab 2015, wie ihn Brüssels Erweiterungskommissar Günter Verheugen anvisiert, wäre die Türkei damit das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union.¹²⁴

Bereits im Jahr 2020 wäre die Türkei mit 86 Millionen Menschen der größte Mitgliedstaat der Europäischen Union. Österreichs ehemaliger EU-Botschafter Manfred Scheich hat keine Illusionen: „Die EU ist ein multinationales Gebilde und braucht den Konsens aller Mitglieder. Mit 27 ist sie schon überfordert. Der Beitritt der Türkei wäre ein Quantensprung, den die EU nicht überleben würde.“¹²⁵

4.2.7. Die EU-Bevölkerung ist dagegen

Bereits im letzten Jahr ergab eine Umfrage in der Türkei, dass 60 % der dortigen Bevölkerung eine Aussetzung der Beitrittsverhandlungen ihres Landes befürworteten. Nur 21 % sprachen sich für eine Fortsetzung des Prozesses aus. In Österreich sind 81 % der Bevölkerung gegen einen Türkeibeitritt, in Deutschland 69 % – selbst wenn alle Bedingungen erfüllt wären.¹²⁶

Nach einer weiteren Umfrage der bevölkerungsreichsten Länder der EU wurde es wiederum bewiesen, dass der größte Teil der Bevölkerung noch immer gegen den Beitritt der Türkei ist: Frankreich mit 71 % und Deutschland mit 66 %.

¹²³ http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html

¹²⁴ <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung219520.html>

¹²⁵ Die Presse, Quantensprung, 30.01.2008

¹²⁶ http://www.national-zeitung.de/Artikel_07/NZ41_1.html

Ebenfalls 2007 haben „Financial Times“ und „Haris Interactive Zeitungen“ eine Umfrage in fünf europäischen Ländern gemacht. In Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und England haben bei einer Umfrage unter 6.169 Erwachsenen auf die Frage der EU-Erweiterung weniger als 40 % der Befragten diese befürwortet.¹²⁷

4.2.8. Vorposten des Westens

Die islamische Welt sieht die Türkei nicht als Verbündeten, sondern als den bedrohlichen Vorposten westlicher Interessen und Kultur. Damit kann sie auch keine „Brückenfunktion“ ausüben, wie sich US-Präsident George W. Bush das wünscht. Erich Hochleitner, Leiter des „Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik“, meint: „Die Türkei ist Islam-untypisch, wie auch ihre enge Zusammenarbeit mit Israel zeigt. Sie muss selbst erst zu ihrer Identität finden.“

4.2.9. Keine gemeinsame Sprache

Die Europäische Union hat Standards auf dem Gebiet der Grundrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Rechtsphilosoph Stadler: „Mit Osteuropa gibt es eine gemeinsame Rechtstradition: das bürgerliche Gesetzbuch in den Staaten der Donaumonarchie, das Magdeburger Stadtrecht in der Ukraine und in Russland. Mit der Türkei hingegen spricht man nicht dieselbe Sprache.“

4.2.10. Teure Landwirtschaft

Der Beitritt der Türkei wäre für die EU wirtschaftlich nicht verkraftbar. Zum Zeitpunkt der Aufnahme hätte die Türkei in der EU einen prognostizierten Bevölkerungsanteil von 15 %,

¹²⁷ Milliyet Gazetesi, AB Bize Karsi (EU Staaten sind dagegen), 18.06.2007

jedoch nur einen Beitrag zur Wirtschaftsleistung von knappen 3 %. Im Agrarbereich müssten mehrere Generationen jährliche Nettotransfers von 20 bis 27 Milliarden Euro zahlen – ein Drittel des dafür vorgesehenen Budgets.¹²⁸

4.2.11. Sonderstatus

Ist es nicht etwas widersprüchlich, dass sich Österreich sehr um die EU-Integration des Westbalkans bemüht, gleichzeitig aber eine restriktive Politik gegenüber der Türkei fährt?

Schüssel: „Ich habe mit der Türkei eine andere Strategie vor. Ich glaube, dass die Türkei einen anderen Status haben wird, auch wenn das dann Mitgliedschaft heißt. Weil wir aber die Türkei so eng wie möglich heranholen wollen, müssen wir Verhandlungen führen. Bei sensiblen Bereichen wie Arbeitsmarkt, Landwirtschaft, Institutionen wird es auf die Aufnahmefähigkeit und auch auf die österreichische Befindlichkeit ankommen. Auch beim Balkan sind solche Fragen wichtig; etwa was die Finanzen betrifft.“¹²⁹

Außenministerin **Ursula Plassnik** berichtet in einem Interview: „Jetzt ist die Erweiterung der Balkan-Länder auf dem Plan. Wir werden den Beitritt der Türkei nicht ausschließen, aber eine Sonderregelung oder auch eine Alternative wäre möglich. Die Türkei hat endlich mitbekommen, dass sie sich verändern muss, wenn sie der EU beitreten will.“¹³⁰

Der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler schießt die Mythen ab, die sich rund um den neuen EU-Vertrag ranken und schließt aus, dass die Türkei je Mitglied in der Union wird.

Fischler: „Die Türkei ist ein Problem für sich. Auch wenn man da sehr lange verhandelt, am Ende des Tages wird es Referenden über den Türkei-Beitritt geben, und davon wird sicher eines schief gehen. Da wird eigentlich etwas ausverhandelt, was nie Realität wird. Man müsste da neue Überlegungen anstellen. Und zwar im Rahmen einer wesentlich glaubwürdigeren Nachbarschaftspolitik. In dem Punkt ist die EU bisher sehr schwach.“

¹²⁸ Die Presse, EU-Beitritt der Türkei ist wirtschaftlich nicht verkraftbar, 30.01.2008

¹²⁹ Christian Ultsch, Wolfgang Böhm, „ÖVP: Schüssel im Gespräch: Wahl wird knapp“, „Die Presse“, 24.06.2004

¹³⁰ <http://www.pusula.at/site/haber.php?hid=3117&k=Avusturya>

Wird's in 50 Jahren noch eine EU geben?

Fischler: „Wenn's keine gibt, wird es eine andere Form der europäischen Zusammenarbeit geben.“¹³¹

Frankreich versucht derzeit alles, um der Europäischen Union seinen Stempel aufzudrücken. So setzte sich Paris beim Treffen der EU-Außenminister am Montag in Brüssel mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer EU-Mitgliedschaft der Türkei durch. Nach einem verbalen Schlagabtausch verzichteten die Außenminister darauf, in Zusammenhang mit der Türkei das Wort „Beitritt“ oder „Mitgliedschaft“ zu erwähnen. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy ist ein erklärter Gegner des türkischen EU-Beitritts. Großbritannien und Schweden errangen immerhin einen Etappensieg: Am 19. Dezember werden zwei weitere Beitrittskapitel mit der Türkei eröffnet. Sie hatten zuvor gedroht, den von Sarkozy gewünschten „EU-Weisenrat“ zu blockieren, der auch über die Grenzen der EU sinnieren soll – mit dem Hintergedanken, dass die Türkei außerhalb liegt.¹³²

Mit scharfer Kritik reagiert der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan auf die Streichung der Begriffe „Beitritt“ und „Mitgliedschaft“ aus einem EU-Dokument auf Initiative Frankreichs. Stattdessen spricht man nun von „bilateralen Regierungskonferenzen“ mit der Türkei und Kroatien.

Erdogan wirft Sarkozy Heuchelei vor. In persönlichen Gesprächen hätte er den Eindruck gewonnen, Sarkozy würde die Verhandlungen nicht torpedieren, so Erdogan. Im Wahlkampf hat Sarkozy allerdings versprochen, den Beitritt der Türkei zu verhindern.

Mit dem Streichen des Wortes „Beitritt“ wollten die Franzosen nun Sarkozys Gesicht wahren, meinen EU-Diplomaten, da demnächst zwei weitere Kapitel in den Verhandlungen eröffnet werden. Die Gespräche laufen seit 2005, sind aber seit einem Jahr ins Stocken geraten. Erst vier der 35 Verhandlungs-Kapitel sind bisher eröffnet. Acht weitere liegen auf Eis, da die Türkei Zypern nicht anerkennt.

¹³¹ Die Presse, Gibt's die EU in 50 Jahren noch?, 13.12.2007

¹³² Die Presse, Sarkozy ist gegen den Beitritt der Türkei, 11.12.2007

Die EU-Mitglieder fordern von Ankara „deutlich mehr Anstrengung“ bei politischen Reformen. Das gelte besonders für den Kampf gegen Korruption, die Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten sowie die Kontrolle des Militärs.

„Wir erfüllen alle Verpflichtungen“, sagt Ali Babacan, Außenminister der Türkei. Ungeachtet innenpolitischer Debatten in den Mitgliedsländern werde die Türkei ihren Kurs fortsetzen. Eine privilegierte Partnerschaft sei keine Alternative. Auch Österreich, neben Frankreich einer der vehementesten Gegner des Türkei-Beitritts, hat sich dafür stark gemacht. Großbritannien, Schweden, Italien und Spanien unterstützen die Türkei.¹³³

Zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU gebe es "keine Alternative", sagte Erdogan und kritisierte Verzögerungen im Beitrittsprozess. „Privilegierte Partnerschaft“ gefällt uns überhaupt nicht. Man kann nicht mitten im Spiel die Regeln ändern“, meinte der türkische Regierungschef zu entsprechenden Vorschlägen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Der Türkei sei zugesagt worden, dass sie gleichberechtigt mit allen anderen EU-Kandidaten behandelt werde, hob Erdogan hervor. Derzeit erfülle sie zwar noch nicht alle Anforderungen, aber die Mängel würden im Laufe der Zeit behoben werden.¹³⁴

4.2.12. Türkische Gegenargumente

Der portugiesische Premier Jose Socrates: „Wenn die Aufnahmekriterien von der türkischen Seite erfüllt sind, dann muss die Türkei in die Union aufgenommen werden. Das hat die EU gegenüber der Türkei versprochen. Wenn wir unsere Versprechen nicht einhalten, dann bleibt die Türkei außerhalb der EU. Wir haben gegenüber allen Beitrittskandidaten unsere Verantwortung, über diese muss die EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten zusammen entscheiden.“¹³⁵

¹³³ Die Presse, Wir sind dagegen, 14.12.2007

¹³⁴ <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/361630/index.do>

¹³⁵ Tercüman Gazetesi, Die Türkei müsse in die Union aufgenommen werden, 26.11.2007

Eine andere Sichtweise wäre beispielsweise, dass ein EU-Beitritt zum Frieden im Mittleren Osten beitragen würde und Auswirkungen auf die Muslime auch in anderen Weltteilen haben würde. Mit Blickrichtung auf die Atompolitik des Iran sprach Jose Socrates von positiven Entwicklungen und setzte sich für eine diplomatische Lösung ein. Besorgt zeigte er sich über die andauernde Staatskrise im Libanon.¹³⁶

4.2.13. Heuchelei

Der ehemalige österreichische Spitzendiplomat Albert Rohan sieht dies anders: „Es darf keinen Krieg mehr geben, eine enge wirtschaftliche Verflechtung verhindert ihn. Um das zu wissen, muss man nicht Deutscher oder Franzose sein. Und natürlich geht es allen Beitrittsgegnern um die Religion. Wer das leugnet, heuchelt. In Wahrheit steht die Frage dahinter, ob die EU einen großen islamischen Staat aufnehmen kann. Bei einem kleineren Land wäre das kein Thema.“

4.2.14. Vermittler im Nahen Osten

Der Autor der Türkei-Studie und Leiter des ESI-Instituts, Gerald Knaus, glaubt, dass diese Sorge zu spät kommt. „Ein provinzielles Argument. Schon heute stehen die EU-Truppen im Libanon, im Irak und in Afghanistan. Die Türkei kann im Nahen Osten einen vermittelnden Einfluss ausüben. Dies hat sie schon bei der Vermittlung zwischen Israel und Pakistan gezeigt.“ Für Albert Rohan würde eine größere EU kein Problem bedeuten: „Größe ist keine Bedrohung, die EU würde dadurch an Bedeutung gewinnen.“

¹³⁶ <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/361630/index.do>

4.2.15. Heute offen muslimisch

Studienautor Gerald Knaus hält diese Ansicht für überholt. „Nur die alte, kemalistische Türkei wurde in der islamischen Welt als trojanisches Pferd der USA gesehen. Heute ist die Türkei zugleich offener muslimisch und offener zur EU – eine Demokratie, die auch ohne Ölreichtum wirtschaftlich schnell wächst.“

4.2.16. Kein Problem für die Briten

Studienautor Gerald Knaus findet hingegen, dass sich im Rahmen der EU unterschiedliche Rechtssysteme nicht zum ersten Mal einander annähern würden. „Auch Großbritannien und Irland haben eine andere Rechtstradition als der Rest der EU. Die Türkei hat schon in den Zwanzigerjahren das Zivilrecht aus der Schweiz übernommen, das Handelsrecht aus Frankreich, das Strafrecht aus Italien.“

4.2.17. Gegenmittel Agrarreform

„Das war dasselbe Argument gegen den Beitritt der neuen Mitgliedsländer aus dem Osten Europas“, kontert Studienautor Gerald Knaus. „Jetzt ist man erstaunt, wie wettbewerbsfähig die jungen EU-Staaten in nur kurzer Zeit geworden sind.“ Albert Rohan hält die Argumentation mit den hohen Agrarsubventionen insgesamt für überholt. „Die Förderungen von heute wird es, in Fortführung der Fischler-Reformen, schon in fünf Jahren nicht mehr geben.“

4.2.18. Dehnbare Strukturen

Studienautor Gerald Knaus glaubt auch bei diesem Punkt, dass die Gegner eines türkischen EU-Beitritts zu schwarz malen. „Dasselbe Argument, dass die EU mit 27 Mitgliedern nicht mehr funktionieren kann, wurde auch bei den vergangenen großen Erweiterungen

vorgebracht. Aber ganz offensichtlich kann sich die EU weiterhin einigen – und die Entscheidungen brauchen heute auch nicht länger als vor fünf Jahren.“¹³⁷

¹³⁷ Die Presse, Dehbare Strukturen, 30.01.2008

V. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSWORT

Historisch gesehen war die Entstehung der heutigen Europäischen Union die Folge des Zweiten Weltkriegs. Das europäische Einigungswerk sollte verhindern, dass Europa jemals wieder von Krieg und Zerstörung heimgesucht wird. In den ersten Jahren beschränkte sich die Zusammenarbeit der sechs Gründerstaaten hauptsächlich auf Handel und Wirtschaft, in erster Linie durch die Zusammenarbeit im Bereich der Kohle- und Stahlproduktion. Diese Zusammenarbeit nahm immer mehr zu und führte zu der Idee, einen gemeinsamen Wirtschaftsmarkt aufzubauen. Auf diese Weise wollten die Staaten eine engere Zusammenarbeit, eine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und zusätzlich Frieden auf dem europäischen Kontinent erreichen. Als diese Ideen so richtig Fuß fassten, waren die beteiligten Staaten derart positiv eingestellt, dass sie schon mehr wollten, als nur eine gemeinsame Wirtschaftsmacht zu werden. Diese Ereignisse führten schlussendlich dazu, dass sich in erster Instanz die Anzahl der beteiligten Staaten vermehrte und anschließend die Zusammenarbeit sich sowohl im Sicherheitspolitischen als auch im Außenpolitischen in positiver Art und Weise behauptete. Eine sehr zielstrebige und sichere Erweiterung hat, wie wir lesen und auch beobachten können, dazu geführt, dass die EU ihre jetzige Position erlangt hat.

Ein sehr oft diskutiertes Thema im Rahmen der EU-Erweiterung ist die EU-Vollmitgliedschaft der Türkei. In diesem Zusammenhang ist des Öfteren diskutiert worden, welche Vor- bzw. Nachteile ein Beitritt für die Europäische Union bedeutet. Auf der einen Seite haben wir die Für-Argumente, unter Umständen das große Wirtschaftspotenzial oder auch die weiteren Vorteile, die sich daraus ergeben würden. Auf der anderen Seite haben wir die Gegen-Argumente wie den Zypernkonflikt oder auch die zugespitzte Lage punkto Armenien. Alle Diskussionen bezüglich eines derartigen Beitritts führen dazu, dass das Thema ernst genommen wird, und auch dazu, dass dieses Thema aufgrund der Änderungen, in welchem Maß auch immer, immer aktuell bleibt. Das Ende des Kalten Krieges hat der Türkei, wie auch der übrigen Welt, Chancen und Risiken gebracht. Die Türkei hatte jetzt die Wahl zwischen Zentralasien, Mittlerem Osten oder Europa. Viele Beobachter behaupten, dass eine Wahl nicht notwendig ist, weil es durchaus möglich und auch sinnvoll wäre, mit all diesen Regionen gute Beziehungen – politischer, aber auch wirtschaftlicher Natur – zu

unterhalten, weil sich dann die Vorteile dieser Regionen ergänzen würden. Nach Ansicht mancher schwankt die Türkei zwischen Mittlerem Osten und Zentralasien, um den Anschluss an Europa zu beschleunigen. In Wirklichkeit hat die Türkei das Glück, mit dem Ende des Kalten Krieges mit einer noch aktiveren Außenpolitik einen noch stärkeren Einfluss ausüben zu können.

Heute umfasst die EU 27 Mitgliedstaaten mit 492 Millionen Einwohnern und behandelt eine Vielfalt von Fragen, die sich unmittelbar auf unser tägliches Leben auswirken.

Europa ist ein Kontinent mit vielen unterschiedlichen Traditionen und Sprachen, aber auch mit gemeinsamen Werten wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Die EU verteidigt diese Werte. Sie fördert die Zusammenarbeit der Völker Europas, indem sie die Einheit unter Wahrung der Vielfalt stärkt und sicherstellt, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden.

In unserer zunehmend durch globale Verflechtungen gekennzeichneten Welt des 21. Jahrhunderts ist es für jeden europäischen Bürger immer wichtiger, mit Menschen aus anderen Ländern im Geist der Aufgeschlossenheit, Toleranz und Solidarität zusammenzuarbeiten.¹³⁸

Leider kommt dieses Modell nur in Europa vor, obwohl vielleicht andere Staaten wie arabische oder auch islamische Staaten dieses Modell gut brauchen könnten. Dort herrschen Gewalt und Krieg innerhalb der eigenen Landesbevölkerung. Geschichtsträchtige Städte wie Bagdad, die einst das Zentrum für Zivilisation, Kultur und Wissenschaft waren, versinken in Gewalt, Chaos und Terror. Während Europa es geschafft hat, diverse Ethiken, Religionen und Kulturen zu vereinen, bleibt dies für viele Länder des Nahen Ostens ein frommer Wunsch.

Wegen der unmittelbaren Nachbarschaft zu dieser Region sollte Europa eine größere Rolle in der Außen- und Entwicklungspolitik spielen und mehr Friedensinitiativen unternehmen. Dazu gehört endlich die Implementierung eines EU-Außenministers. Mehr Politik und weniger Krieg sollte die Lösung sein. Europa ist es gelungen, mit Verhandlungen, Kompromissen und

¹³⁸ http://europa.eu/abc/panorama/index_de.htm

Geduld den Kontinent zu vereinen und zum Frieden zu führen. Europa sollte nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion sein, sondern vor allem eine Sozial- und Umweltunion. Eine Union, in der Beschäftigung und Wirtschaftswachstum Priorität haben, in der nicht der Profit das Hauptanliegen ist, sondern die Lebensqualität und Versorgungssicherheit für die Bevölkerung. Es geht auch darum, für uns alle ein starkes gemeinsames Europa zu schaffen, das im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wettbewerb zu den USA, zu Russland und China bestehen kann.

Wie allgemein bekannt ist, tragen die internationalen Beziehungen dazu bei, neben vertraglichen Verbündeten auch an Stärke zu gewinnen. Die Menschheit hat immer versucht, das auszugleichen, indem sie versuchte, das Kräftegleichgewicht zu institutionalisieren. Nach Sicht der Theoretiker, die sich mit den internationalen Beziehungen befassen, war die Ordnung der Mehrpoligkeit nach dem Kalten Krieg der Grund für die Gründung von Blöcken. Die Tatsache, dass die Türkei eine Zeit lang auf drei Kontinenten verteilt war und ein sehr vielseitiges Land war, war ein Grund dafür, dass sie von den Alliierten einerseits als problematische, instabile Region und andererseits als Brücke gesehen wurde. Die Chance, die Türkei als Brücke zum Osten zu verwenden, ließ es sinnvoll erscheinen, sie als Schutz gegen diese instabilen Regionen zu verwenden. Die Sicherheitsbeziehungen der Türkei zu Europa beruhen im großen Ausmaß darauf, wie Europa die Vorteile, die die Türkei bieten kann, am besten für sich nutzen kann.¹³⁹ Direkt ausgedrückt, ist die Frage diese: „Wie viele Vorteile hat Westeuropa in der Türkei? Was sind die heutigen Bedrohungen, denen sich die Türkei gegenüber sieht? Inwieweit kann die Bedrohung der Sicherheit der Türkei, die nicht von den Sowjets ausgeht, die Sicherheit Westeuropas beeinflussen?“

Mit anderen Worten: Wird Europa in der neuen Zeit nur auf sich konzentriert sein? Auch wenn die Türkei nur aus militärischer Sicht manche Bedrohungen auf sich nehmen würde, so verhindert die Tatsache, dass sie Brücken schlägt, dass sie in sozialer, politischer und kultureller Hinsicht alleine gelassen wird. Das Thema Sicherheit der Türkei ist nun nicht mehr nur das Thema der Türkei und auch nicht nur in rein militärischen Belangen. Aus diesem Grund ist es nicht möglich, dass die Türkei komplett ausgeschlossen wird.

¹³⁹ Graham E. Fuller: Turkey in The New International Security Environment, Rhodos, S. 43.

VI. LITERATURVERZEICHNIS

- Akkaya, Cigdem: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. 1996.
- Akkaya, Cigdem: Ein Land im Wartestand. In: PZ, Wir in Europa. Bonn, 1995.
- Akkaya, Cigdem: Komparative Darstellung der sozioökonomischen Strukturen der Türkei und der drei neuen EG-Mitgliedsländer Spanien, Portugal und Griechenland. In: Zeitschrift für Türkeistudien, J.4, Nr. 2, Essen, 1991.
- Aksoy, Metin: „Die Türkei auf dem Weg in die EU, 2006
- Aydogan, Metin: Wo sind wir in der Europäischen Union? Von Tanzimam bis zur Zollunion (Avrupa Birliginin Neresindeyiz? Tanzimattan Gümrük birliğine). Izmir, 2002.
- Bericht des Osteuropa-Instituts München. Der EU-Beitritt der Türkei belastet die EU. 9/2004.
- Bilgiseven, Ömer: Türkei, EG und die NATO; Wien, 1998
- Böhringer, Peter/Walter Jacob: „Die Europäische Union: Wesen, Struktur, Dynamik; Zwölf Beiträge zu einem vertieften Verständnis der europäischen Integration, mit Synopsen, Materialien und Kommentaren zur Situation nach Abschluss der Regierungskonferenz 1996/1997“, Zürich, 1997
- Boldt, Hans: „Die Europäische Union. Geschichte, Struktur und Politik“, Zürich, 1995
- Breuss, Fritz: Die EU-Erweiterung – Europas große Chance. Die Kosten der Erweiterung. Wien, 2001
- Bulac, Ali: „Die EU und die Türkei“, 2001
- Çelik Çelikyaman: „Tercüman Gazetesi“, 03.09.2007
- Die Erklärungen der Minister der EU anlässlich der Unterzeichnung des EGKS Vertrags vom 18.04.1951
- Ercan, Murat: „Die Türkei und die Europäische Union, die Bedeutung der Türkei für die EU“ 2006

- Erdogan, Recep Tayyip (türkischer Premierminister): Er erklärte bei einer TV-Sendung: Die Türkei hat die Kriterien erfüllt. Jetzt muss die EU über den Beitritt der Türkei positiv entscheiden. 2005
- EU-Budget-Kommissarin: Was kostet der Beitritt der Türkei? 30. September 2004
- Filzmaier, Peter/Otmar Höll: Internationale Politik. Wien/Innsbruck, 1999, S. 99
- Giering, Claus: „Die Einheitliche Europäische Akte (EEA)“, 2006
- Gümrükcü, Harun: EG-Türkei-Beziehungen unter dem Aspekt von Bevölkerungswachstum, Beschäftigung und Auswanderung; Hamburg, 1989
- Hallstein, Walter: „Der vergessene Europäer“, Bonn, 1995
- Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 2000
- Leggewie, Claus: Die Türkei und Europa. Frankfurt am Main, 2004
- Mesut, Yilmaz: Die Türkei und die EU. Die Suche nach der ehrlichen Partnerschaft. Berlin, 2004.
- Özdemir, Cem: Die neue Chance der Türkei. Wie Islam und Moderne miteinander versöhnt werden können. Berlin, 2004
- Röttger, Moritz: Handbuch der europäischen Integration. Strategie, Struktur, Politik der Europäischen Union. Köln, 1996
- Schäffer, Sebastian: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU. In: Die EU-Politik der Türkei, München, 2005
- Schubert, Klaus/Martina Klein: „Das Politiklexikon“, 4. aktualisierte Auflage, Bonn, Dietz 2006
- Sedat, Laciner: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, Kultur und Zivilisation. In: Liberal Denken, 1999
- Sen, Faruk: Die Türkei zu Beginn des EU-Beitritts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13-14/2001
- Verheugen, Günther (Erweiterungskommissar der EU): Erklärte bei einer TV-Sendung: „Der Türkei soll ein Verhandlungsdatum gegeben werden, weil die Türkei die politischen Kriterien erfüllt hat. Und es freut uns, dass die Türkei wirtschaftlich um 9,9 Prozent gewachsen ist. 2005.
- Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessel: Europa von A bis Z. Bonn, 2002

- Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessel: „Europa von A bis Z“ - 10. Auflage, 2007

INTERNETSEITEN

- http://europa.eu/scadplus/treaties/ecsc_de.htm, Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS-Vertrag, 31.01.2005
- <http://derstandard.at/?url=/?id=2804123>, „Happy Birthday EU: 50 Jahre Römische Verträge
- <http://www.schulserver.hessen.de/kassel/heinrich-schuetz/website-eu2000/vertragrom.htm>, Die Römischen Verträge, 2007
- <http://www.europa.eu.int>, Fusionsvertrag, 20.2.2006
- <http://www.dhm.de/lemo/html/WegeInDieGegenwart/DeutschlandInEuropa/vertragVonAmsterdamBody.html>; Der Vertrag von Amsterdam
- http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm, „Verträge und Recht“, 15.06.2007
- http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/wissen/lexikon/vertrag_von_nizza.html; „Vertrag von Nizza“, 24.03.2004
- http://www.turkfederasyon.com/altsayfadetay.php?dokuman_kod=238, Abkommen von Ankara, 01.03.2006
- <http://www.tuerkischebotschaft.de/de/eu/geschichte.htm>, Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union, 12.07.2008
- http://www.matax.de/A_H_P/listen/praef/Tuerkei/20040304_zollunion_EU_Tuerkei.pdf, Türkei, 2004
- <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung219520.html>, Entscheidung über Beitrittskandidat Türkei, 26.09.2004
- <http://www.isoplan.de/mi/index.htm?http://www.isoplan.de/mi/tr/tr7.htm>, 7. Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, 10.2007
- <http://www.byegm.gov.tr/yayinlarimiz/tages/ALM2005/05/05x05x12.HTM>, Türkei und EU, 13.02.2007
- <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/e02113.htm>, Türkei, 2007

- <http://www.tuerkeidialog.at/news/article/48/14.html>, Einige Fakten zum Zypern-Problem, 01.11.2007
- <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/361630/index.do>, Erdogan beansprucht EU-Vollmitgliedschaft, 09.02.2008
- [www.europa.eu/abc/panorama/index de.html](http://www.europa.eu/abc/panorama/index_de.html)

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

- Yenicag Gazetesi
- Hürriyet Gazetesi
- Türkiye Gazetesi
- Vatan Gazetesi
- Pusula Gazetesi
- Milliyet Gazetesi
- Aksam Gazetesi
- Zaman Gazetesi
- Ortadogu Gazetesi
- Avusturya Günlüğü
- Kurier
- Der Standard
- Die Presse

ANHANG

TÜRKEI

Geschichte	
Hauptstadt:	Ankara
Gründung:	1298
Souverän seit:	1923
Geographie	
Gesamtfläche in qkm:	780.580
Landfläche in qkm:	770.760
Wasserfläche in qkm:	9.820
Landesgrenze in km:	2.627
Küste in km:	7.200
Höchster Berg:	Mount Ararat (5.166m)
Demographie	
Bevölkerung:	68.894.000
Bevölkerung pro qkm:	88
Stadtbewohner:	45.022.000
Hauptstadteinwohner:	2.980.000
Urbanisierung (%):	65,35
Durchschnittsalter:	27,30

Bevölkerung 0-14 Jahre:	18.325.804
Bevölkerung 15-64 Jahre:	46.021.192
Bevölkerung über 65 Jahre:	4.547.004
Bevölkerungsanteil 0-14 Jahre (%):	26,60
Bevölkerungsanteil 15-64 Jahre (%):	66,80
Bevölkerungsanteil über 65 Jahre (%):	6,60
Bevölkerungszuwachs (jährl.):	778.502
Bevölkerungszuwachs (%):	1,13
Geburtenrate pro 100 Einwohner:	17,22
Geburten (jährl.):	1.186.355
Sterberate pro 100 Einwohner:	5,95
Sterbefälle (Jährl.):	409.919
Migration netto pro 1.000 Einwohner:	0,00
Migration netto:	0
Verhältnis Männer/Frauen:	1:1,02
Fertilität:	1,98
Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Neugeborene:	42,62
Lebenserwartung Männer (Jahre):	69,68
Lebenserwartung Frauen (Jahre):	74,61
Gesundheit	
Ärzte:	76.000
Ärzte pro 1.000 Einwohner:	1,103

Gesundheitsausgaben (\$):	6.883.487.700
Gesundheitsausgaben in % des BIP:	99,91
Tägl. Nahrungsaufnahme pro Einwohner (cal):	3.450
Bildung	
Studenten:	1.370.000
Studenten pro 1.000 Einwohner:	19,89
Bildungsausgaben (\$):	6.898.487.700
Analphabeten (Bevölkerung über 14 Jahre):	6.826.706
Analphabeten (% Bevölkerung über 14 Jahre):	13,50
Amtssprache:	Türkisch
Religion	
Überwiegende Religionsgruppe:	Muslime
Wirtschaft	
BIP (\$):	254.051.983.000
BIP (\$) pro Kopf:	3.688
BIP (\$) Kaufkraftparität:	458.200.000.000
BIP (\$) pro Kopf Kaufkraftparität:	6.651
Kaufkraft eines US-Bürgers (\$):	1,80
Wirtschaftswachstum (%):	5,80
Anteil der Landwirtschaftsproduktion am BIP (\$):	29.724.082.011
Anteil der Industrieproduktion am BIP (\$):	75.707.490.934

Anteil der Dienstleistungen am BIP (\$):	148.620.410.055
Anteil der Landwirtschaft am BIP(%):	11,70
Anteil der Industrie am BIP (%):	29,80
Anteil der Dienstleistungen am BIP (%):	58,50
Inflationsrate (%):	25,30
Arbeitskräfte:	23.790.000
Arbeitslose:	2.497.950
Arbeitslose (%):	10,50
Staatshaushalt – Einnahmen (\$):	66.790.000.000
Staatshaushalt – Ausgaben (\$):	93.310.000.000
Staatsausgaben in % des BIP:	36.73
Staatsverschuldung (\$)	199.938.910.621
Staatsverschuldung in % des BIP:	78,70
Export (\$):	49.120.000.000
Import (\$):	62.430.000.000
Export (\$) pro Kopf:	713
Auslandsverschuldung (\$):	147.300.000.0000
Gold und Währungsreserven:	35.550.000.000
Anteil der Auslandsverschuldung am BIP (%):	57,98
Internationale Hilfe (\$):	180.000.000
Elektrizitätsverbrauch (Mio. KWh):	112.600
Elektrizitätsverbrauch (KWh pro Einwohner):	1.634

Gasreserven:	8.685.000.000
Gasverbrauch:	15.940.000.000
Ölreserven (Barrel):	312.000.000
Erdölverbrauch (Barrel pro Tag):	619.500
Erdölproduktion (Barrel pro Tag):	48.000
Anbaufläche (km²):	248.493
Anbaufläche (%):	32,24
Anbaufläche pro Einwohner (ha):	0,36
Rinder (Stück):	11.600.000
Rinder pro 1.000 Einwohner:	168
Schafe (Stück):	30.000.000
Schafe pro 1.000 Einwohner:	435
Geflügel (Stück):	254.000.000
Geflügel pro 1.000 Einwohner:	3.687
Fischfang (Tonnen):	640.000
Fischfang (kg) pro Einwohner:	9,29
Kommunikation	
Telefonanschlüsse:	19.500.000
Telefonanschlüsse pro 1.000 Einwohner:	283,04
Mobiltelefone:	27.887.500
Mobiltelefone pro 1.000 Einwohner:	404,79
Rundfunkgeräte:	38.700.000

Rundfunkgeräte pro 1.000 Einwohner:	561,73
Fernsehgeräte:	32.400.000
Fernsehgeräte pro 1.000 Einwohner:	470,29
Internetanschlüsse:	5.500.000
Internetanschlüsse pro 1.000 Einwohner:	79,83
Transport	
Eisenbahnlinien (km):	8.671
Eisenbahndichte (km 100 qkm):	1,111
Befestigte Straßen (km):	131.226
Straßendichte (km 100 qkm):	16.811
davon Autobahnen (km):	1.749
PKW:	4.470.000
PKW pro 1.000 Einwohner:	64,88
PKW pro 100 km befestigter Straßen:	34,06
Wasserstraßen (km):	1.200
Handelsflotte Schiffe über 1.000 BRT:	508
Pipelines (km):	6.739
Militär	
Streitkräfte (Mannstärke):	515.000
Kampfpanzer:	2.995
Kriegsschiffe:	78
U-Boote:	14

Kampfflugzeuge:	440
Hubschrauber:	468
Nuklearsprengköpfe:	0
Verteidigungsausgaben (\$):	12.155.000.000
Verteidigungsausgaben pro Kopf (\$):	176

140

¹⁴⁰Die Daten sind tagesaktuell vom 06. Februar 2006 – Impressum Michael Dieckman

LEBENS LAUF

Name: Birol YILMAZ

Geburtsdatum/Ort: 18.07.1969/Konya

Staatsangehörigkeit: Österreich

1974-1979 Volksschule in der Türkei

1981-1986 Hauptschule in der Türkei

1986-1990 Gymnasium in der Türkei (in Konya)

1991-1994 Wirtschaftsuniversität in Wien

1993-2008 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

1998 Heirat

2008 Abschluss des Studiums der Politikwissenschaft

Sprachkenntnisse: Türkisch, Englisch

Weitere Kenntnisse: EDV (Microsoft Word, Excel, Internet-Explorer)

Hobbys: Lesen, Laufen, Schwimmen

Berufliche Tätigkeiten:

1995-2005 In der Versicherungsbranche

Ehrenamtliche Tätigkeiten:

2000-2004	Verein „Friede“ Institut für Dialog
1996-2004	Vereinigung türkische Eltern in Österreich
Seit 2004	Kammerrat in der AK-Wien
Seit 2004	Verein Bündnis Mosaik